Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,20 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Verchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Verchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Montag, den 26. April 1926** | **6. Jahrgang * Nr. 97**

Der Bezirksparteitag hat gesprochen

Kampfansage gegen alle Feinde Sowjet-Rußlands – Bekenntnis für die Linie der Komintern – Gelöbnis für revolutionäre Arbeit unter den Massen

Begrüßungsansprachen

Sonnabend abend begann, unter Teilnahme von 133 Delegierten und einer großen Anzahl von Gästen im hallischen „Volkspark" der Bezirksparteitag der KPD. für den Bezirk Halle-Merseburg. Wesen und Ziel des Parteitages zeigte Genosse Lademann in seinen einleitenden Begrüßungsworten auf, in denen er ausführte: Wir sind zusammengekommen zu ernster Arbeit, um die notwendige politische Klärung vorzunehmen, um eine leninistische Partei zu schaffen. Wir tagen heute in einer objektiv günstigen Situation, und wir werden Stellung nehmen zu sehr wichtigen Beschlüssen, die uns als Kommunistische Partei im Bezirk Halle-Merseburg ein Stück vorwärts bringen sollen, sowohl in politischer wie organisatorischer Hinsicht. Der Parteitag möge einen Wendepunkt darstellen zur Konsolidierung unseres Bezirks, er muß ein Auftakt werden zu neuer Arbeit, zur Erfüllung wichtiger Aufgaben im Interesse der Revolution.

Genosse Lademann gibt darauf die Tagesordnung bekannt:

1. Politischer und organisatorischer Bericht der Bezirksleitung, Referent Genosse Lademann.

2. Politische Lage und unsere Aufgaben, Referent: Genosse Thälmann.

3. Anträge und Wahlen.

Nach Bekanntgabe der Geschäftsordnung wird Abstimmung über einen Antrag zur Tagesordnung vorgenommen, der ein Korreferat des Genossen Koegler verlangt. **Der Antrag auf ein Korreferat wird mit großer Mehrheit abgelehnt.**

Es erfolgt die Wahl des Bureaus und der Kommissionen, und dann erhält Genosse Berger als Vertreter des Zentralkomitees das Wort **zur Begrüßung des Parteitages:**

Im Namen des Zentralkomitees wünscht er dem Parteitag den besten Erfolg. Das ZK. weiß genau, daß der Bezirk Halle-Merseburg einer der wichtigsten der deutschen Partei ist. Das ZK. läßt dem Parteitag übermitteln, daß es in Zukunft den Bezirk mit allen Mitteln zu unterstützen gedenkt. Der Parteitag tritt im Augenblick sehr günstiger Entwicklungsmöglichkeiten zusammen. Wir durchlaufen zwar eine Periode der relativen Stabilisierung, und trotzdem hat unsere Partei in der letzten Zeit große Erfolge erzielt, hat den Damm, der aufgerichtet war zwischen uns und den Massen, den sozialdemokratischen Arbeitern, bis auf kleine Ueberreste niedergerissen. Wir sind hineingegangen in die Massen und haben bewiesen, daß die Kommunistische Partei die Arbeiterklasse zu führen versteht. Sie hat bewiesen, daß sie nicht nur ihre geschichtliche Aufgabe erkannt hat, die Revolution durchzuführen, sondern daß sie dem deutschen Proletariat täglich und stündlich zeigt, daß sie die Massen auch um die Tagesforderungen in den Kampf führt. Wenn uns früher die Sozialdemokraten an die Rockschöße hängen konnten, wir seien Steigbügelhalter der Reaktion, und wenn wir mit aller Lungenkraft uns gegen diese Unterstellung zur Wehr setzen mußten, **so ist durch die augenblickliche Politik und Taktik der Partei diese Behauptung der SPD. von selbst gefallen.** Wir müssen, daß wir diesen Kurs verstärken müssen. Das Zentralkomitee will mithelfen, daß Mitteldeutschland durch unsere Partei wieder das rote Herz Deutschlands wird. Das ZK. weiß, daß das mitteldeutsche Proletariat eine große Kampfestradition hat, es weiß aber auch, daß eine große Passivität infolge der verschiedenen Niederlagen und Unterdrückung herrscht. Es weiß auch, daß die Passivität unserer Genossen bereits zu weichen beginnt, und wir wollen alle Kräfte zusammennehmen, daß wir einen mächtigen Aufstieg in Mitteldeutschland erleben. Genosse Berger schließt seine Begrüßung mit einem Hoch auf die Kommunistische Internationale, auf die Kommunistische Partei und das deutsche revolutionäre Proletariat.

Zu Beginn der Sonntagsitzung ist ein Genosse aus Hamburg eingetroffen, der den Parteitag aufs herzlichste begrüßt und die Wünsche des revolutionären Hamburger Proletariats dem Bezirksparteitag Halle-Merseburg übermittelt. **Hamburg und Mitteldeutschland sind zwei Bezirke, die beide ihre revolutionäre Tradition besitzen.** Während 1921 in Mitteldeutschland die Arbeiter auf den Barrikaden kämpften, hätten die Hamburger Arbeiter dies im Jahre 1923 getan. Der Genosse berichtet von der vor wenigen Tagen stattgehabten Hamburger Parteiarbeiterkonferenz, an der 600 Arbeiter teilgenommen haben. Die Zentrale habe für ihre Resolution alle Stimmen erhalten bei fünf Stimmenthaltungen. Es sei lächerlich, von einer Korsch-Opposition in Hamburg zu sprechen. Gleichfalls schwinde der Einfluß des Genossen Urbahns immer mehr. **Er wünscht dem Parteitag, daß er im Sinne der Zentrale, im Sinne der Komintern seine Beschlüsse fasse und auf diesem Wege vorwärts marschiere.**

Vor Eintritt in die Diskussion über das Referat des Genossen Thälmann erhält fernerhin zur Begrüßung des Parteitages der Genosse Shi Kai Chi das Wort. Er wird mit lebhaftem Beifall und mit dem spontanen Gesang der „Internationale" empfangen. Als Vertreter der KP. Chinas und der Kuomintang-Partei überbringt er die brüderlichen Grüße der revolutionären Arbeiter und Bauern Chinas. Diese führen einen erbitterten und schweren Kampf gegen die schamlose Unterdrückung und Ausbeutung durch die internationalen Imperialisten der kapitalistischen Staaten. Dann führt er fort: „Genossen, Ihr als einer der stärksten Bezirke der Partei, seid zusammengekommen, um die Waffen des Klassenkampfes zu prüfen, die Ihr Euch durch jahrelange Erfahrung angeeignet habt. In unserem Lande ist der Kampf viel schwieriger. Unsere Arbeiterbewegung ist noch sehr jung, und wir müssen erst die Erfahrungen sammeln, die zum endgültigen Siege notwendig sind. Wenn in den letzten Wochen durch imperialistische Intrigen die Konterrevolution Vorteile errungen hat, so sind wir trotzdem des endgültigen Sieges gewiß. Der Freiheitswillen eines 400-Millionen-Volkes läßt sich durch militärische Machtmittel nicht unterdrücken. Aber uns steht zur Seite die Sympathie der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt. Unser Nachbar ist die Sowjetunion, der einzige und wahre Freund des revolutionären Chinas.

Die Revolution in China hat bereits einen festen Stützpunkt, die Kanton-Regierung; diese beherrscht ein Gebiet, das beinahe zweimal so groß ist, wie Deutschland. Dort übt die Kouomintang-Partei die Regierungsgewalt aus. Sie verfügt über eine Armee von über 300 000 bewaffnete Arbeiter und Bauern. **Diese Regierung hat die achtstündige Arbeitszeit eingeführt.** Darum hassen die Imperialisten die Regierung unseres Landes und versuchen, sie durch Aushungerung und Waffengewalt zu stürzen. Aber die Arbeiter und Bauern in China sind fest entschlossen, die revolutionären Errungenschaften bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen bis zum endgültigen Siege. Ich fordere Euch auf, die Worte Lenins zu beherzigen: **Verbrüderung der Arbeiter und Bauern mit den Kolonialvölkern zwecks gemeinsamen Kampfes gegen den Klassenfeind. Es lebe die Kommunistische Partei, es lebe die Sowjetunion, es lebe die Weltrevolution!"**

(Fortsetzung Seite 3.)

Die angenommenen Resolutionen

An die politischen Gefangenen!

Der Bezirksparteitag Halle-Merseburg entbietet allen proletarischen politischen Gefangenen die brüderlichsten Grüße. Er verpflichtet alle Parteigenossen, unablässig eine breite Kampagne für die Freilassung der hinter Kerkermauern schmachtenden Klassenbrüder zu führen. Die Partei muß alle Kräfte mobilisieren, um einen festen systematischen politischen Kampf für die Befreiung des letzten Klassengenossen aus den Klauen der korrumpierten deutschen Klassenjustiz zu führen. Der Bezirksparteitag Halle-Merseburg entbietet vor allem den proletarischen politischen Gefangenen, die in den mitteldeutschen Klassenkämpfen in vorderster Reihe gestanden haben, die brüderlichsten Grüße.

Die Schandurteile der letzten Zeit (z. B. die Verurteilung der Ammendorfer roten Frontkämpfer, die Begünstigung des „Volkspark"-Mörders vom 23. März 1925 durch die Staatsanwaltschaft im Verfahren gegen Pietzker, das brutale Vorgehen des inzwischen entlarvten gemeinen Verbrechers Jürgens) müssen den letzten unserer Genossen auf den Plan rufen und durch Ausnutzung aller dieser ungeheuerlichen Tatsachen müssen wir eine solche Entrüstung bei den breiten Massen auslösen, daß sich endlich Millionen Proletarierfäuste gegen die Kerkertore erheben, sie sprengen und unseren Genossen der Weg zur Freiheit geebnet wird.

Der Kampf für die Freilassung der politischen Gefangenen ist für die Partei eine politische Frage ersten Ranges und muß von der Gesamtpartei als solche begriffen und durchgeführt werden.

Wir geloben alle, nicht zu ruhen und zu rasten, bis der letzte unserer Brüder wieder als Kämpfer in unserer Mitte steht.

Heraus mit den politischen Gefangenen!
Heraus mit Hölz und Margies!

Bezirksparteitag Halle-Merseburg
am 24. und 25. April 1926.

Resolution des Bezirksparteitages Halle-Merseburg zur Erweiterten Exekutive

Der Bezirksparteitag Halle-Merseburg stellt sich vorbehaltlos auf den Boden der Beschlüsse der Erweiterten Exekutive, die der Partei eine feste politische Marschroute zur Gewinnung der entscheidenden Schichten der werktätigen Massen geben.

Der Bezirksparteitag begrüßt besonders, daß die Politik des jetzigen ZK. der KPD., die seit dem Erscheinen des Offenen Briefes durchgeführt wurde, die restlose Billigung der Exekutive und aller Bruderparteien gefunden hat.

Der Parteitag verpflichtet die Mitgliedschaft, die Fortsetzung und Verstärkung dieser Politik mit allen Kräften zu unterstützen.

Scharf abgegrenzt gegen ultralinke sowie alle anderen opportunistischen Abweichungen, befreit von allen Schwankungen, muß die jetzige Politik der Partei auch im Bezirk Halle-Merseburg energischer und zielbewußter als bisher in Anwendung kommen, um so die Entfaltung aller Kräfte und den Aufstieg der Partei im Bezirk zu ermöglichen.

Der Bezirksparteitag billigt besonders die durch die Erweiterte Exekutive erfolgte scharfe Verurteilung der undefschewistischen, kominternfeindlichen Auffassungen und Methoden, wie sie seit dem Erscheinen des Offenen Briefes von einigen ultralinken Führern vertreten wurden und wie sie heute verstärkt von der Gruppe Korsch-Rolf-Schwarz vertreten werden.

Er billigt die bereits getroffenen Maßnahmen des ZK. und fordert das ZK. auf, gegen die parteischädigenden Fraktionstreibereien der Korsch-Schwarz-Gruppe den schärfsten und unerbittlichsten Kampf zu führen und alle Arbeitern, die sich in der Gefolgschaft der kominternfeindlichen Gruppe Korsch-Schwarz befinden, zu, sich von diesen unkommunistischen Elementen zu lösen und auf dem Boden der Beschlüsse der Erweiterten Exekutive mitzuarbeiten.

Ebenso entschieden lehnt der Bezirksparteitag die von der Gruppe Ruth-Fischer-Urbahns vertretenen politischen Ansichten und Auffassungen ab. Er begrüßt gleichzeitig auch die scharfe politische Stellungnahme gegen diese Gruppe, welche die Voraussetzung für das Bestehen der ausgesprochen gegenrevolutionären Propaganda der Korsch-Schwarz in den Reihen der Kommunistischen Partei und Internationale ist.

Gerade die Ruth-Fisch-Maslow-Urbahns-Gruppe ist augenblicklich die gefährlichste und schädlichste Gruppierung in unserer Partei, da sie unter dem Deckmantel einer kominternfreundlichen und parteitreuen Argumentation antileninistische und unmarxistische Begriffe und Anschauungen mit aller ihr zu Gebote stehenden Demagogie und Diplomatie in die Partei einschmuggeln will.

Diese Gruppe ist weiterhin von dem Unglauben und Pessimismus an die siegbafte Kraft des Proletariats wie an dem Aufstieg und sozialistischen Aufbau Sowjet-Rußlands behaftet und hindert durch ihr defaitistisches Geschrei und unsinnige Verdächtigungen wie „Die Komintern geht nach rechts", „Das ZK. steht unter dem Einfluß der Rechten", die Partei an der Zusammenfassung aller ihrer Kräfte zur Bewältigung der vor der Partei stehenden Tagesaufgaben und an ihrer inneren Konsolidierung.

Die Erweiterte Exekutive hat recht, gerade diese Gruppe als die politisch prinzipienlosete und zur Parteiführung am ungeeignetsten zu erklären, noch dazu, weil sie objektiv und tatsächlich durch ihre unklare und schwankende Stellungnahme nur den offenen Antibolschewisten à la Korsch und Schwarz in die Hände arbeitet.

Der Bezirksparteitag erklärt sich auch einverstanden mit der Stellungnahme der 6. Erw. Exekutive und des Zentralkomitees gegen alle rechten Gruppierungen, soweit sie noch in der Partei bestehen.

Der Bezirksparteitag billigt die Haltung der deutschen Delegation gegenüber der von der Genossin Klara Zetkin vertretenen Auffassung zur Frage des Oktober 1923. Der Bezirksparteitag sagt allen fraktionellen Sonderbestrebungen und Bindungen innerhalb der Partei den schärfsten Kampf an und fordert alle Parteigenossen auf, ehrlich und aktiv an der Durchführung der Politik, wie sie im Offbrief vorgezeichnet und durch die Erweiterte Exekutive erneut gutgeheißen worden ist, mitzuarbeiten.

Die Partei muß jetzt wirklich alle Kräfte zusammenreißen, die Normalisierung des Parteilebens beschleunigen, neue Führerkaders heranbilden, den wachsenden Einfluß der Partei auf die breitesten Schichten der Arbeiterschaft, auf die Kleinbauern, Landarbeiter und Mittelstandsschichten organisatorisch auswerten und festigen.

Dies kann nur erreicht werden durch Aktivierung aller Mitglieder und Parteiorganisationen, durch den Ausbau der Parteidemokratie, die aber nichts zu tun hat mit irgendwelchen Konzessionen an parteischädliche und parteizerstörende Gruppen innerhalb der Partei.

Der Bezirksparteitag beauftragt die neue Bezirksleitung, mit aller Schärfe gegen diese parteifeindlichen Strömungen vorzugehen, bei gleichzeitiger unermüdlicher ideologischer Aufklärungsarbeit zur Gewinnung aller proletarischen Elemente, die sich in das Lager jener Gruppierungen verirrt haben.

Die Hauptaufgabe unserer Partei ist darum die schleunigste Liquidierung aller Fraktionskämpfe durch zähe und unermüdliche Aufklärungs- und Schulungsarbeit im Sinne des Marxismus-Leninismus, zur Bildung einer wirklichen bolschewistischen Partei.

Die Resolution für die politischen Gefangenen wurde einstimmig angenommen.

Die Resolution zur Erweiterten Exekutive sowie die Resolution zur politischen Lage und unseren Aufgaben wurden angenommen mit

125 Stimmen gegen 6 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260426-11/fragment/page=0001

Provokatorische Erklärung der Luther-Regierung gegen den Volksentscheid

Das Kompromiß erübrigt den Volksentscheid

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Reichsregierung hat beschlossen, den im Volksbegehren verlangten Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen dem Reichstag zu unterbreiten. Demgemäß hat der Reichsminister des Innern eine entsprechende Vorlage an den Reichstag gemacht, die Sonnabend nachmittag dort eingegangen ist.

Die Vorlage enthält einen Bericht, der das Zustandekommen des Volksbegehrens feststellt. Dem Bericht sind vier Anlagen beigefügt, nämlich der Gesetzentwurf, eine Uebersicht über das Eintragungsergebnis, eine Darlegung der Reichsregierung zu dem Gesetzentwurf und eine gutachtliche Aeußerung zu der Frage der Verfassungsmäßigkeit dieses Entwurfs.

Die Darlegung der Reichsregierung führt aus:

Die entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der Fürsten, wie sie der Entwurf vorsieht, widerspricht den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben. Die Reichsregierung vermag daher den Inhalt des Entwurfs nicht als brauchbare Unterlage für die Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenhäusern anzusehen und spricht sich auf das entschiedenste gegen die Annahme des Entwurfs durch den Reichstag aus.

Dagegen kann nach Ansicht der Reichsregierung eine angemessene Regelung der Auseinandersetzungsfrage nach den Grundsätzen des zurzeit der Beratung des Rechtsausschusses des Reichstages unterliegenden Entwurfs eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern (sogenannter Kompromißentwurf) erfolgen.

Die Regierung wird ihrerseits in Verfolg ihrer Erklärung vom 26. Januar 1926 (Sten. Ber. des Reichstages S. 5146) das Zustandekommen eines Kompromißentwurfs mit allen Mitteln fördern und hofft, daß auf diesem Wege für die Auseinandersetzung zwischen Fürsten und Ländern eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, durch die sich der weitergehende Gesetzentwurf des Volksbegehrens inhaltlich erübrigt.

Diese offizielle Meldung der Reichsregierung beweist, daß es die Reichsregierung auf Biegen und Brechen ankommen lassen will. Die Reichsregierung will den Kompromiß unter Dach und Fach bringen, um dann den Volksentscheid abzuwürgen. Der Druck der Massen muß diese ungeheuerliche Provokation der Luther-Regierung zuschanden machen, muß bewirken, daß die Reichstagsfraktion der SPD. nicht dem Kompromißentwurf zustimmt bzw. sich der Stimme enthält. **Her mit dem Volksentscheid! Fort mit der Reichsregierung! Reichstagsneuwahl!**

Vor der Reichstagsauflösung?

(Eig. Drahtmeld.) Berlin, 25. April.

Zu der Regierungserklärung gegen das Enteignungsgesetz und gegen den Volksentscheid schreibt der „Vorwärts" in seiner Sonntags-Ausgabe:

„Die Reichsregierung muß sich darüber klar sein, daß sich die Auseinandersetzungen um das Fürstenkompromiß nunmehr auf einer anderen Ebene vollziehen werden. Die Sozialdemokratie vertritt das Enteignungsgesetz, das zum Volksentscheid geht. Glaubt die Regierung, daß die Sozialdemokratie einem Kompromiß zustimmen kann, dessen Zweck nach ihrer eigenen Erklärung ist, das Gesetz des Volksbegehrens zu erübrigen? Oder glaubt sie das Kompromiß mit den Deutschnationalen zustande bringen zu können, mit deren Hilfe die von ihr selbst geforderte Zweidrittel-Mehrheit niemals erreicht werden kann?"

Der „Montag Morgen" schreibt:

„Unklar ist, wie sich die Reichsregierung die weitere Entwicklung vorstellt. Sie hat durch ihre Auslegungskünste die Frage der Fürstenabfindung in das von ihr gewünschte Geleise gebracht, aber sie hat dadurch die Erregung großer Teile der Oeffentlichkeit sehr gesteigert, und sie hat auch den Ländern, die, wie Thüringen, bei einer „juristischen" Erledigung der Abfindungsfrage, dem Bankrott entgegensehen, keinen Ausweg gezeigt. Von einem Teil der Sozialdemokraten und Demokraten wird unter diesen Umständen Auflösung des Reichstages für die entscheidende Möglichkeit bezeichnet, um aus der zerfahrenen Situation herauszukommen."

Die **„Welt am Montag"** bezeichnet die Stellungnahme der Reichsregierung als eine glatte Verfassungsverletzung. Das Enteignungsgesetz sei nicht verfassungsändernd. Die **„Welt am Montag"** schreibt dann weiter:

„Kommt ein schlechtes Kompromiß mit Hilfe der Deutschnationalen zustande, oder scheitert jedes Kompromiß an den schwarzweißroten Neigungen der Volkspartei, so ändert sich die Lage des Volksentscheids gewaltig. Die Massen der Sparer, Hypothekengläubiger usw. sind furchtbar erregt, daß dieselbe Regierung, die ihnen die Aufwertung im Sinne des Volksentscheids ganz verwehren will, den Fürsten so ungeheure Werte zuzuschanzen sich bemüht. Sie werden wohl restlos dem Volksentscheid für Fürstenenteignung zustimmen, falls nicht schon der Reichstag die Fürstenansprüche bis auf ein Minimum beschneidet. Es ist schwer, die 20 Millionen zusammenzubekommen ... Aber es ist sogar wahrscheinlich, wenn nur der Reichstag jetzt schlechte Arbeit verrichtet."

Unerhörte Sabotage des Volksentscheids durch die Luther-Regierung

Heftige Zusammenstöße im Rechtsausschuß

Die Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstags am Sonnabend vormittag brachte bedeutsame Ergebnisse. Erstens zeigte sich der Wille der Luther-Regierung, mit allen Mitteln, auch mit dem Mittel des Verfassungsbruches, den Volksentscheid zu verschleppen. Zweitens kam ein neues Kompromiß der Regierungsparteien zum Vorschein, das wiederum den Fürsten Milliardenwerte läßt. **Drittens hat die preußische Regierung formell dem neuen Kompromiß zugestimmt.** Viertens haben die Sozialdemokraten im Rechtsausschuß weiter **durch die Taktik der Stimmenthaltung den Fürsten Vorschub geleistet.**

Zu Beginn der Sitzung stellten die Genossen Stoecker und Neubauer mehrere Anträgen an die Reichsregierung über die weitere Behandlung des Volksbegehrens. Sie wiesen darauf hin, daß die Rechtslage völlig eindeutig ist. Die Reichsregierung ist verpflichtet, das Volksbegehren sofort dem Reichstag zu überweisen. **Der Reichsrat hat dabei nichts zu tun.** Die Regierung kann zwar, wenn es ihr gefällt, den Reichsrat vom Inhalt des Volksbegehrens amtlich in Kenntnis setzen, aber es ist nicht zulässig, daß der Reichsrat vor dem Reichstag zum Volksbegehren Stellung nimmt, denn dadurch würde der **Volksentscheid um mehrere Wochen verschleppt werden.**

Die Antwort des Reichsjustizministers Marx erregte allgemeine Ueberraschung: Marx gab zu, daß das Reichskabinett zum Volksbegehren überhaupt noch nicht Stellung genommen hat, und er deutete an, daß nach der Entscheidung des Kabinetts das Volksbegehren dem Reichsrat zugehen würde! Von den kommunistischen Abgeordneten wurde noch einmal das verfassungswidrige Verhalten der Regierung gebrandmarkt und auf die Erregung der Massen hingewiesen. **Rosenfeld von der SPD., und sogar der Abgeordnete Wunderlich von der Deutschen Volkspartei gaben zu, daß die Regierung verpflichtet ist, das Volksbegehren ohne weiteres an den Reichstag gehen zu lassen.** Marx wurde verlegen, wobei man deutlich beobachten konnte, daß der neben ihm sitzende **Staatssekretär Joel**, der bekannte Reaktionär, ihn eifrig bearbeitete. Marx erklärte, er würde die Wünsche auf beschleunigte Behandlung des Volksbegehrens dem Kabinett unterbreiten. Als **Genosse Rosenberg** auf die verhängnisvolle Tätigkeit des Staatssekretärs Joel hinwies, sprang Marx erregt auf und verteidigte seinen **„ausgezeichneten Mitarbeiter Joel"**. Marx war nicht dazu zu bringen, daß er die Innehaltung der Verfassung durch die Reichsregierung zusicherte. Der Wille zur Sabotage konnte nicht deutlicher hervortreten.

Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stand nur eine Besprechung über die Geschäftslage des Ausschusses. Nun teilte aber der Vorsitzende Kahl mit, daß ein **neues Kompromiß der Regierungsparteien** vorliege und schlug vor, in die Beratung des Gegenstandes einzutreten. Die kommunistischen Abgeordneten protestierten jedoch gegen eine sachliche Beratung, die nicht auf der Tagesordnung stände. Kahl schloß darauf diese Sitzung und berief eine neue für eine Viertelstunde später ein.

In der zweiten Sitzung wurden die §§ 2 bis 4 des Kompromißentwurfes behandelt. **Die Haltung der „Oppositionsparteien" der SPD. und der Deutschnationalen war dabei sehr auffällig.** Die Deutschnationalen stimmten **in der Regel für die Regierungsvorlage.** Nur der unentwegte Fürstenverteidiger Dr. Everling enthielt sich gewöhnlich der Stimme. **Dasselbe taten die Sozialdemokraten.** Bei einem Paragraphen, wo die SPD. eine besondere Unzufriedenheit mit der Regierungsvorlage zeigte, wurde die Abstimmung mit Zustimmung der Sozialdemokraten selbst **verschoben.** Die Sozialdemokraten haben also **radikale Reden** gehalten, aber in der Sache die Beratung des schändlichen Kompromißentwurfes **gefördert,** denn ihre Opposition **reichte nur bis zur Stimmenthaltung, Arm in Arm mit Everling.** Wo aber ein ernstes Hindernis auftauchte, hat man die betreffende Abstimmung vorsorglich verschoben. **Als die sozialdemokratischen Arbeiter das Volksbegehren mitmachten, haben sie sich den Kampf gegen die Fürsten etwas anders gedacht.**

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm der Vertreter der preußischen Regierung, der Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff, zu einer Erklärung das Wort. Er teilte mit, daß nach langen Verhandlungen eine **Einigung zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung zustande gekommen ist.** Dementsprechend hat der Kompromißentwurf eine Anzahl neue Formulierungen bekommen. Was bedeutet diese neueste Form des Kompromisses? Nach dem bisherigen Vergleich zwischen den Hohenzollern und dem preußischen Staat hätte Wilhelm II. 500 000 Morgen Land und 30 Millionen Mark in bar bekommen. **Wie sich die Dinge unter dem neuen Kompromiß auswirken würden, ist noch nicht klar;** denn die Entscheidung über die strittigen Punkte hätte ja **das neue Reichssondergericht,** bestehend aus fünf Berufsrichtern und vier sogenannten Laien. Höpker-Aschoff setzte voraus, daß in den strittigen Fragen das Reichssondergericht im allgemeinen gegen die Fürsten entscheiden werde (!?). Dann bekäme Wilhelm II. nur 250 000 Morgen Land und 12 Millionen in bar. Das ist aber nur der ungünstigste Fall der für die Fürsten möglich ist. Wenn die Hohenzollern mit dem Reichssondergericht einigermaßen Glück hätten, und das werden sie haben, können sie **auf Grund der Regierungsvorlage leicht das Doppelte erhalten!** Diesem Schandkompromiß hat die Preußenregierung, **unter Führung der beiden Sozialdemokraten Braun und Severing, zugestimmt.**

Wie sich die neueste Kompromißformel auf die übrigen deutschen Länder auswirken wird, ist noch nicht klar. Genosse Neubauer verlangte Mitteilungen über die Situation für Thüringen, aber die Reichsregierung war nicht in der Lage, sich dazu zu äußern.

Die Sozialdemokratie redet also in der Fürstenfrage zurzeit **zwei Sprachen.** Die SPD.-Arbeiter sind für restlose Enteignung der Fürsten, **Braun und Severing dagegen wollen den Hohenzollern mindestens eine Viertelmillion Morgen Land und 12 Millionen Mark bar zuführen.** Welches wird die Sprache der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein?

Verbot einer sozialdemokratischen Frauenversammlung in München

München, 24. April.

Die Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei hatte für Freitag abend eine öffentliche Frauenversammlung in München einberufen, in der ein Arzt über **„Geburtenrückgang und soziale Fragen"** sprechen sollte. **Die Polizeidirektion hat die Versammlung verboten.**

Im Zeichen der Reichsgesundheitswoche verbietet man eine Frauenversammlung, welche sich mit einer vom medizinischen Standpunkt aus sicher wichtigen Frage beschäftigte. Die sozialdemokratischen Arbeiter mögen daraus ersehen, wie es mit der Versammlungsfreiheit, mit den „demokratischen" Freiheiten überhaupt bestellt ist. **Es gilt, in der proletarischen Einheitsfront den Kampf gegen diese bürgerliche Republik und ihre Luther-Regierung aufzunehmen, sie zu stürzen.**

„Seid fruchtbar und mehret Euch"

denn Mussolini braucht Soldaten

Das Innenministerium hat eine königliche Kommission ernannt, die Gesetzesvorschläge **gegen das Umsichgreifen des Neomalthusianismus machen soll.** In einem Kommentar dazu heißt es, daß der **üppige Nachwuchs der italienischen Familien** der größte Stolz der italienischen Nation sei, die in der Vermehrung ihrer Kinder das **wirksamste Instrument für ihre Ausbreitung in der Welt erblicke.** Das im einzelnen die Geburten bemerkenswert zurückgegangen seien, sei dem **ausländischen Einfluß** zuzuschreiben.

Aussperrung in Norwegen

Kopenhagen, 24. April.

Die bereits zu Anfang April von den norwegischen Arbeitgebern angekündigte **Aussperrung in der Eisen-, Bergwerks-, Textil- und Schuhwarenindustrie tritt heute in Kraft.** Während die Arbeitgeber den Vermittlungsvorschlag des Schlichtungsrates, **der eine Lohnherabsetzung von etwa 17 Prozent festsetzte,** angenommen hatten, verwarfen die Arbeiter diesen Vorschlag. Außer den unmittelbar von dem Konflikt betroffenen 30 000 bis 35 000 Mann werden wahrscheinlich auch die **Buchbinder** und **Buchdrucker** mit in den Konflikt hineingezogen werden, da auch in diesen Gewerben die Lohntarifverhandlungen gescheitert sind.

Der deutsch-russische Vertrag unterzeichnet

(WTB.) Berlin, 24. April. Amtlich. Die Abmachungen mit der Sowjetregierung über die bekanntlich seit längerer Zeit verhandelt worden ist, sind im Laufe des heutigen Tages im Auswärtigen Amt unterzeichnet worden, und zwar auf deutscher Seite von dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, auf russischer Seite von dem Botschafter Krestinski. Der Wortlaut der Abmachungen wird voraussichtlich am nächsten Dienstag veröffentlicht werden.

*

Die Mitteilung der „Times" von Verhandlungen über einen deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag haben die gesamte europäische Presse aufgeschreckt. Man spricht von einem neuen Rapallo, das ernstlich das Werk von Locarno, wie auch den Völkerbund gefährde usw. usw.

Welche Bedeutung haben die deutsch-russischen Verhandlungen tatsächlich? Gibt Deutschland wirklich die Locarno-Politik auf und tritt es mit Sowjet-Rußland in derart enge Beziehungen, daß es deshalb in Konflikte und Reibungen mit der britischen Diplomatie kommt?

Zunächst handelt es sich überhaupt nicht um einen sogenannten Rückversicherungsvertrag, sondern nur um einen **Neutralitätsvertrag,** der auf Anregung der russischen Regierung zustande kommt. Seit anderthalb Jahren hat die Sowjetregierung der deutschen Regierung als Bestätigung und Fortsetzung des Rapallo-Vertrages den Abschluß eines ernsten Freundschafts- und Neutralitätsvertrages, so wie ihn Rußland vor einem halben Jahre mit der Türkei abgeschlossen hat, vorgeschlagen. Der deutsche Außenminister Stresemann ging auf diese Anregung indes nicht ein, weil ihm als Vertreter der westlichen Orientierung der deutschen Außenpolitik Locarno und der Völkerbund weit wichtiger waren. Seit anderthalb Jahren macht Stresemann keinen wichtigen außenpolitischen Schritt ohne Verständigung mit der britischen Diplomatie.

Nach dem Abschluß in Locarno trat die Sowjetregierung an die deutsche Regierung heran. Jetzt mußte Stresemann, wollte er sich nicht im Osten Europas der ernsten Gefahr einer diplomatischen Isolierung aussetzen, eine andere Stellung einnehmen. Hierzu kam die wachsende Opposition in Deutschland gegen eine einseitige und völlig von England abhängige Westpolitik. So kam es zu den Beratungen über Abschluß eines Neutralitätsvertrages zwischen Deutschland und Rußland, nicht aber im Sinne des russisch-türkischen Vertrages, sondern im Sinne einer **beschränkten, begrenzten Neutralitätsversicherung,** weil die deutsche Regierung weitergehende Vorschläge ablehnte. Deutschland verpflichtet sich nur zu einer sehr beschränkten Neutralität, darüber hinaus zur Ablehnung aller wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Rußland.

Bevor aber Stresemann sich in ernste Verhandlungen mit der Sowjetregierung einließ, erkundigte er sich gehorsamst in London, Washington und Paris, wie weit er bei den Verhandlungen mit Rußland gehen dürfe, indem er diesen Regierungen den vorgesehenen Vertragsinhalt mitteilte. Und seit dem Bekanntwerden der Verhandlungen bemüht sich die deutsche Regierung, unermüdlich zu erklären, der beabsichtigte Vertrag halte sich völlig im Rahmen von Locarno und sei nur eine Ergänzung dieses Vertrages nach dem Osten. Tatsächlich hat sich Stresemann geradezu ängstlich und peinlich gehütet, bei den deutsch-russischen Verhandlungen irgendwie gegen den Locarno-Pakt zu verstoßen, und zwar nicht nur aus Diplomatie, sondern auf Grund seiner gesamten außenpolitischen Grundeinstellung. Die deutschnationale „Kreuzzeitung" hat sicher recht, wenn sie erklärt, daß man bei den Verhandlungen „auf deutscher Seite vielleicht nicht mit allzu großer Begeisterung und nur mit halbem Herzen" beteiligt gewesen sei. Die „Vossische Zeitung" erklärt, daß es sich nur um eine politische Interpretation des Locarno-Paktes nach Osten handle, **um nichts anderes.** Dann fährt sie fort:

„Wenn in der Darstellung des „Daily Herald" von einer freiwilligen Verpflichtung Deutschlands gesprochen wird, sich an keinerlei gegen Rußland gerichtete Maßnahmen politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Natur zu beteiligen, so kann sich das höchstens auf unprovozierte Boykottbestrebungen, wie sie früher verschiedentlich gegen Moskau versucht worden sind, keinesfalls aber auf die Deutschland aus seiner Mitgliedschaft beim Völkerbund unter Umständen erwachsende Verpflichtung zur Teilnahme an einer Bundesexekutive beziehen."

Im gleichen Sinne spricht sich Rudolf Breitscheid aus, der ausdrücklich das Durchmarschrecht des Völkerbundes durch Deutschland gegen Sowjet-Rußland anerkennt. Und die „Kölnische Zeitung", das Organ der Schwerindustrie, schreibt:

„Sollte Rußland der Angreifer sein, so behält sich Deutschland freie Hand vor, beiseite zu stehen, oder sogar Handlungen gegen Rußland als den Störer des Weltfriedens zu beginstigen.

Das führende Organ der Zentrumspartei, die „Germania", erklärt:

„Es wäre ganz falsch, in politischem Sinne von einem neuen Rapallo zu sprechen."

Die Aeußerungen, denen sich Dutzende hinzufügen ließen, zeigen klar die beschränkte und begrenzte Neutralitätsverpflichtung, die Deutschland in diesem Vertrage übernimmt. Es sind übrigens bei dieser Gelegenheit wieder die ganze Bedeutung des Artikels 16 der Völkerbundsatzung und seine Auslegung durch die Locarno-Mächte für Deutschland aufgerollt.

Natürlich versucht die deutsche Regierung im Rahmen der Locarno-Paktes und des Völkerbundes, so wie sie bisher die Gegensätze zwischen dem britischen und französischen Imperialismus ausgenutzt hat, jetzt auch die Lage zwischen London und Moskau auszuspielen und zu lavieren. Aber es ist klar, daß sich durch den Vertrag an der Grundlinie der von Stresemann geführten deutschen Außenpolitik nichts ändert, daß die deutsche Regierung weiter Dawes-, Locarno- und Völkerbundpolitik machen wird und sich mit Sowjet-Rußland nur so weit einlassen wird, wie es London gestattet.

Dennoch ist der Vertrag ohne Zweifel ein Erfolg Sowjet-Rußlands und eine Niederlage Großbritanniens. Denn die Versuche der britischen Diplomatie, Deutschland mit in seinen antirussischen Block hineinzuziehen, werden durch den Vertrag zum mindesten nicht erleichtert. Wenn Chamberlain jetzt keine ernsteren Einwendungen gegen den Vertrag macht, so sicher zum Teil auch deshalb, weil er erst in Genf Luther und Stresemann geradezu an den Schädel geschlagen hatte. Auch zeigt die emsige Wühlarbeit der Diplomatie in Warschau und Prag, daß diesen Herren die deutsch-russischen Verhandlungen sehr unangenehm sind.

Der Vertrag kann natürlich auch später einmal eine ganz andere Bedeutung erlangen, als sie jetzt beabsichtigt ist. Die Krise in Deutschland, die eine entschiedene Ostpolitik fordern, haben sich in der letzten Zeit, zumal nach Genf, zugenommen. Insbesondere haben in dieser Hinsicht auch die nationalistischen Töne des Laufes des Völkerbundes, Paul Boncours in Warschau, seine Lobrede auf den polnischen Militarismus und dessen Aufgaben zum Schutze der europäischen Kultur gegen Sowjet-Rußland stark beigetragen.

Auch gibt es einen wachsenden Teil der deutschen Bourgeoisie, der im Gegensatz zu Stresemanns England-Politik eine deutsch-französische Orientierung wünscht, die ja eher in der Linie der sowjetrussischen Außenpolitik liegt.

Jetzt aber denken Stresemann, Luther und die entscheidenden Kreise der deutschen Bourgeoisie nicht daran, die Dawes- und Locarno-Politik aufzugeben. Für sie ist der deutsch-russische Vertrag wirklich mehr eine Geste nach dem Osten im Rahmen ihrer Locarno-Politik. Deshalb braucht man sich bezüglich des Vertrages keinen Illusionen hinzugeben.

Daß bei den deutsch-russischen Verhandlungen die deutsche Sozialdemokratie wieder einmal ihre antibolschewistische Stellung bezog, ist bezeichnend. Breitscheid und sogar Paul Löbe schrieben Artikel, die geradezu strotzen von tiefstem Haß gegen die Bolschewiki und äußerster Wut über den geplanten Vertrag. Wenn es nach der deutschen Sozialdemokratie ginge, würde der jetzige Vertrag ebensowenig abgeschlossen, wie seinerzeit der Vertrag von Rapallo.

Einen wirklichen Freundschafts- und Bündnisvertrag Deutschlands mit Rußland wird erst die siegreiche deutsche Arbeiterschaft unter Führung ihres besten, ihres revolutionären Teiles durchführen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260426-11/fragment/page=0002

Bericht vom Bezirksparteitag

(Fortsetzung von Seite 1)

Hierauf beginnt Genosse Lademann seinen

Bericht über die politische und organisatorische Arbeit des Bezirks

Er erinnert an den Mai-Bezirksparteitag vorigens Jahres. Bis zum Erscheinen des Offenen Briefes ist im Bezirk eine Politik der Depression und der Unsicherheit zu verzeichnen gewesen. Man hörte wohl die Losungen der Partei, gab ihnen aber keinen politischen Inhalt und vermochte darum nicht, die Aktivität der Partei, wie es notwendig war, zu steigern. Die Arbeit der Partei seit dem letzten Jahre muß einer wahrhaft bolschewistischen Kritik unterzogen werden, weil diese Kritik der Arbeit förderlich sein wird.

Dann kommt der Redner auf die innerpolitische Arbeit zu sprechen. Er weist auf den Entwicklungsgang der Mitgliedschaft unseres Bezirks hin, die fast geschlossen von der SPD. über die USPD. zur Kommunistischen Partei gekommen ist, er stellt fest, daß oft versäumt wurde, die Diskussion über die wichtigsten politischen Fragen in die breiteste Mitgliedschaft zu tragen. Hieraus ergibt sich noch teilweise politische Unklarheit in den Köpfen unserer Genossen. **Die Versäumnisse der Vergangenheit konnten wir nicht in einem Jahre gut machen, sondern es bedarf einer intensiven Arbeit, gestützt auf das Vertrauen zur Partei, um unter Aufrollung aller grundsätzlichen Fragen zu einer Klärung der breitesten Parteimitgliedschaft und dadurch zu praktischer Arbeit in den Betrieben zu gelangen.** Trotz dieser noch bestehenden Unklarheiten sind wir jedoch politisch vorwärts gekommen.

Genosse Lademann kommt dann auf die

Veranstaltungen öffentlicher Versammlungen

zu sprechen, wobei er zuerst auf die Kampagne zur Preußenpolitik eingeht.

Zu den Antikriegskundgebungen bemerkt Genosse Lademann, daß unsere Arbeit nach außen gut aufgemacht war und einen politischen Erfolg hatte, aber es wurde noch nicht genügend verstanden, die organisatorischen Schlüsse daraus zu ziehen. Die Folge solcher Veranstaltungen muß in Zukunft mehr als bisher die Aktivität jedes einzelnen Genossen sein im Betrieb, in den Gewerkschaften, besonders in den Kartellen, die in unseren Händen sind.

Es folgte die Kampagne gegen die Steuern und Zölle, gegen die Luther-Schiele-Regierung. Wir haben in den größeren Kreisvororten 17 Versammlungen unter Hinzuziehung der ländlichen Arbeiterschaft veranstaltet. In Zukunft muß man in solchen Fällen auch aufs Land hinausgehen, wo **die kleinen Arbeitsbauern unter dem Steuerdruck der reaktionären Regierung seufzen.**

Genosse Lademann hebt die außerordentlich stark besuchten China-Kundgebungen hervor, wo der Bericht über die Leiden des chinesischen Volkes, verbunden mit der Erörterung unserer politischen Tagesfragen, die Zerstörung der Völkerbundsillusionen gefördert hat. Diese Kundgebungen, von der IAH. unterstützt, haben besonders in den ländlichen Orten für die Partei Sympathien erweckt.

Wir führten dann die **Kampagne gegen Locarno für Moskau,** die verbunden wurde mit den **Wahlen zum Provinziallandtag und zu den Kreistagen.** Wir haben dabei klargelegt, daß die Völkerbundspolitik der deutschen Bourgeoisie eindeutig gegen Sowjet-Rußland gerichtet war. **Damals haben wir verstanden, die politische Losung gegen die Locarno-Politik zu verbinden mit der Politik gegen die Luther-Regierung, gegen die einsetzende Krise, die Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit, gegen die Nationalisierungsbestrebungen der deutschen Bourgeoisie zu verbinden mit den praktischen Fragen der Kommunalpolitik.** Bei dieser Kampagne haben sich in erfreulichem Maße alle rednerisch befähigten Genossen des Bezirks zur Verfügung gestellt, und es erfolgte eine gute Durcharbeitung aller Orte bis in die entferntesten Landgebiete hinein. Es haben **356 gutbesuchte Versammlungen** stattgefunden im Gegensatz zu denen der SPD. und der Bürgerlichen, die fast durchweg außerordentlich schlecht besucht waren oder ganz ausfallen mußten. Hier hat sich ein erfreulicher Anfang wieder beginnender Aktivität unserer Genossen gezeigt. Deshalb war auch der Erfolg der Wahl gegenüber der Präsidentschaftswahl und der Wahl vom 7. Dezember ein guter. **Aber auch hier ist organisatorisch noch nicht entsprechend nachgeholt worden.** Die ländlichen Gebiete haben übrigens weit bessere Arbeit geleistet als Halle.

Die Aufrollung der Frage Locarno oder Moskau hat aber eine sichtbare Umstellung in der Arbeiterklasse hervorgerufen. Der Redner erinnert in diesem Zusammenhang an die beginnende Linksentwicklung innerhalb der Arbeiterschaft, die die **Absendung der Rußland-Delegation** zur Folge hatte. **In dieser Zeit wurde, unter Ausnutzung unserer gewerkschaftlichen Positionen, unsere Arbeit in die Betriebe verlegt.** In den Betrieben und Orten wurden 50 Einheitskomitees gegründet, die aus sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeitern bestanden. Die Rußland-Berichterstattung fand einen guten Boden. 188 **Berichtsversammlungen** wurden abgehalten, in denen zirka 47.000 Besucher zu zählen waren.

Zum erstenmal wurden auch **öffentliche Gewerkschaftsversammlungen veranstaltet,** verbunden mit nachhaltiger Propagierung der Gewerkschaftseinheit im nationalen und internationalen Maßstabe. Sie führten zur Zusammennahme der Gewerkschaftsorgane in unserem Bezirk. Die **Revolutionskundgebungen** (21) und die **Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feiern** (22) haben unter starker Beteiligung stattgefunden. Soweit die Bezirksleitung dort Referenten hatte, konnte festgestellt werden, daß wir auch hier die sozialdemokratischen Eierschalen abgestreift haben und daß der kleinbürgerliche Kitsch, der an solchen Abenden zu sehen ist, zurückgedrängt wurde.

Die **Fürstenabfindungskampagne** ist von unseren Genossen gut eingeleitet worden. Die Partei hat hier absolut die Führung gehabt. Sie hat die Parole der **Einheitskomitees** herausgegeben, die an elf Orten des Bezirks geschaffen wurden. Mit der Forderung der Fürstenenteignung wurden unsere politischen Forderungen verknüpft. Wir sind mit Briefen an die sozialdemokratischen Arbeiter herangetreten, und wir haben machtvolle Demonstrationen gehabt. Durch unsere Aktivität in dieser Frage haben wir die Sympathie der breitesten Massen erworben. Auch hier steht jedoch der organisatorische Aufstieg noch in keinem Verhältnis zu dem politischen Erfolg.

Genosse Lademann kommt dann auf die **Erwerbslosenbewegung** zu sprechen und muß hier hervorheben, daß die Bewegung im Bezirk besser als in Halle dasteht. Die Partei hat sich bemüht, **die Erwerbslosen nicht zu trennen von den Kurzarbeitern und von den Arbeitern im Betriebe überhaupt,** und so war bei den Erwerbslosendemonstrationen eine rege Beteiligung der im Betrieb stehenden Arbeiter zu verzeichnen.

Die Internationale Frauenwoche ergab für die Partei die Aufgabe, noch mehr als bisher unter den werktätigen Frauen und unter den Hausfrauen zu werben. Die März-Feiern haben überall im weitesten Maße unter Beteiligung der Arbeiterschaft stattgefunden. Hier hat besonders der RFB. seine Kräfte in den Dienst der Sache gestellt und auch bei den roten Landsonntagen hat der RFB. an der Arbeit mitgeholfen. Hier wurde die Erfahrung gemacht, daß Einzelpropaganda sehr viel Erfolg haben kann. Oeffentliche Volks- und Gemeindeversammlungen, die sich mit örtlichen Angelegenheiten beschäftigen, haben 97 stattgefunden.

Zur Reorganisation der Partei

führt Genosse Lademann aus, daß mehr als bisher ein Zustrom junger Kräfte erfolgen muß, daß eine Abkapselung der Funktionäre unter keinen Umständen erfolgen dürfe, und daß beim Umbau der Partei auf Betriebszellen noch mehr durchgegriffen werden muß. **Die Betriebsarbeit muß zum Fundament der Partei werden.** In der Gewerkschaftsarbeit sind starke antigewerkschaftliche Tendenzen zu überwinden gewesen. Mit Hilfe der Partei wurden sämtliche Splitterorganisationen liquidiert. Eine Kampagne zur 100prozentigen gewerkschaftlichen Organisierung wurde in den Betrieben geführt.

Der Einfluß der Partei in den Gewerkschaften ist gestiegen. Trotzdem muß festgestellt werden, daß noch immer zirka 30 Prozent der Parteimitgliedschaft gewerkschaftlich unorganisiert ist. Im Zusammenhang mit dieser Arbeit wurde eine besondere Landabteilung gegründet. Ihre Hauptarbeit muß an die Peripherie des Bezirks gelegt werden.

Die Genossenschaftsarbeit muß zu stärkerer Zusammenfassung aller im Konsumverein organisierten Parteigenossen zu Fraktionen führen. Von den acht Verwaltungen, die wir haben, wird in Halle wirklich gute Fraktionsarbeit geleistet.

In der Kommunalpolitik haben wir bei den Wahlen zu den Provinzial- und Kreistagen gewisse Erfolge verzeichnen können. Trotzdem muß eine engere Zusammenarbeit der Kommunalvertreter in den einzelnen Ortschaften mit der Bezirksleitung erfolgen. Zur Vertiefung dieser Arbeit wurde eine Kommunal-Abteilung geschaffen und Bezirkskommunalkonferenzen einberufen.

Nach einem kurzen Ueberblick über die Kassenverhältnisse geht der Redner auf die Presse-Agitation ein, bei der man in der letzten Zeit zu neuen Methoden gegriffen hat. Es wird nicht allein in den Häusern für den „Klassenkampf" agitiert, sondern besonders in den Betrieben, wozu jeweils für bestimmte Industriezweige besondere Beilagen veröffentlicht wurden. **Trotzdem muß die Agitation für die Presse noch viel schärfer angespannt werden.** Auch der Vertrieb der Parteiliteratur muß in stärkerem Umfange als bisher erfolgen. Der Parteiarbeiter z. B. ist allein im Bezirk Torgau-Liebenwerda in allen Ortsgruppen zu finden. Der beste Verkauf von Parteiliteratur ist übrigens dort, wo die Betriebszellen den Verkauf vornehmen.

Genosse Lademann geht noch auf die gebildeten Sport-Fraktionen, auf die Arbeit der Jugendorganisation und des Jung-Spartakus-Bundes ein. Letzterer hat erfreuliche Fortschritte gemacht, die Jugendorganisation aber hat noch nicht die genügende Unterstützung seitens der Partei gefunden. Es wird noch kurz die Mitarbeit der Parteigenossen am Roten Frontkämpfer-Bund, der Roten Hilfe und der Internationalen Arbeiterhilfe gestreift. Die beiden letzten Organisationen haben gute Arbeit im Bezirk geleistet.

Der Bericht schließt mit der nochmaligen Aufforderung des Referenten zu weiterer intensiver Arbeit, damit die Kommunistische Partei die führende Partei für die Interessen der Arbeiterschaft werde.

*

Genosse Sachs berichtet über die Arbeit der **Gewerkschaftsabteilung,** die sich zunächst die Bildung von Gewerkschaftsabteilungen in den Unterbezirken und Ortsgruppen und Wiederaufbau und Belebung der Fraktionstätigkeit zur Aufgabe machen mußte. Es wurde systematisch gegen noch bestehende antigewerkschaftliche Tendenzen der Kampf aufgenommen und der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter als letzte selbständige Organisation in den Baugewerksbund überführt. Die mit guten Resultaten abschließenden **Ortsverwaltungswahlen** mußten während der Kampagne zum Volksentscheid getätigt werden. 103 Ortsverwaltungen und Ortsausschüsse sind nach den bisher vorliegenden Berichten von Kommunisten beherrscht, doch sind noch immer Berichte ausständig. Dem Bezirksparteitag sind Statistiken zur Uebersicht verteilt worden, die zur Belebung der an sich toten Zahlen anspornen sollen. Eine Aufwärtsentwicklung in verschiedenen Verbänden ist auch heute schon hauptsächlich auf das Konto unserer Genossen zu buchen. Bei den Betriebsrätewahlen hat eins sich gezeigt: Unsere Parole, „nur freigewerkschaftliche Betriebsräte", hatte fast überall Erfolg. Die Erwerbslosen wurden auf gewerkschaftlicher Grundlage in allen wichtigen Orten zusammengefaßt, doch ist offen zu sagen, daß große Mängel vorhanden sind, hauptsächlich infolge zu geringer Aktivität des Bezirks-Ausschusses in Halle. Wir haben jetzt mit einer systematischen Schulungsarbeit unserer Gewerkschaftsfunktionäre in Halle begonnen, die von Mitte Mai ab auf den ganzen Bezirk ausgedehnt wird. Das wird viel dazu beitragen, daß die in unseren Händen befindlichen Positionen besser ausgenutzt werden, insbesondere auch in ländlichen Orten.

Genosse Sachs schildert kurz die Lage in den verschiedenen Industrien, in denen es zu neuen Lohnkonflikten mit den Unternehmern und zu neuen Abbauversuchen gekommen ist, in denen eine stärkere Organisierung von Abwehrkämpfen Platz greifen muß. Die Berichterstattung läßt noch viel zu wünschen übrig. Es geht nicht an, daß die BL. aus der bürgerlichen oder sozialdemokratischen Presse erst erfährt, was schon vorher, um die Führung in der Hand zu haben, von den Genossen der BL. berichtet sein müßte. Die Konflikte in der sächsischen SPD., die sich sehr stark in der Gewerkschaftsbewegung auswirken, bleiben nicht auf Sachsen beschränkt. Auch wir müssen die Dinge genau verfolgen und einen schärferen Kampf zum Sturze der rechten Gewerkschaftsbureaukratie führen.

Genosse Sämisch erstattete den **Kassenbericht** und mahnt besonders, die Abrechnung pünktlich vorzunehmen, wie das in früheren Zeiten auch gegangen ist. So, wie die BL. in der Abrechnung an das ZK. mit an erster Stelle steht, müssen auch die Kassierer der Ortsgruppen nicht auf jeden Rückstand warten, sondern regelmäßig abrechnen. Bei den Sammlungen zum Volksentscheid und für „Partei in Not" hat der Bezirk Halle-Merseburg nicht die Stelle im Reiche eingenommen, die ihm zustünde, wenn auch einzelne Ortsgruppen wie **Goddula-Besta** und **Ammendorf** sich besonders hervorgetan haben. Genosse Sämisch gibt einzelnes statistisches Material bekannt. Der Vertreter der Revisionskommission bestätigt den Bericht und beantragt Entlastung.

Genosse Kroh berichtet über den **Stand der Presse,** der erst in der letzten Zeit einen kleinen Aufschwung erfahren hat. Er gibt Vergleiche mit dem Jahre 1922, worüber eine ausführliche Tabelle, nach Unterbezirken geordnet, angefertigt ist, die aufweist, wieviel in fast allen Orten aufzubauen ist. Die Ausgestaltung der Zeitung, sowie die Reklame hängen unmittelbar mit einer Steigerung der Abonnentenzahl zusammen, auf die bewußt hingearbeitet werden muß. Als sehr stark beanspruchte Einrichtung hat sich die im Dezember gegründete **Rechtsauskunftstelle** erwiesen, bei der, abgesehen von der Anfertigung vieler Schriftstücke und Anträge und von mündlichen Antworten 2860 schriftliche Auskünfte erteilt wurden.

Genosse Borrmann, **Buchhandlung,** zeigt an Zahlenmaterial auf, wie wenig „Parteiarbeiter", „Internationale" und andere unbedingt wichtige Parteiliteratur im Bezirk gelesen werden. Er fordert, daß in jeder Ortsgruppe ein bestimmter Genosse für die regelmäßige Verbindung mit der Buchhandlung verantwortlich gemacht wird.

Genosse Bernhard Koenen beanstandet als Diskussionsredner die Angriffe des Genossen Lademann gegen ungenügende genossenschaftliche Fraktionstätigkeit im Unterbezirk Merseburg. Dort sind im letzten ¾ Jahre die Stimmen in den Generalversammlungen von 55 auf 80 Prozent gestiegen.

Genosse Höcker berichtet über die **IAH.,** die im Bezirk 35 Ortsgruppen mit 1100 Einzelmitgliedern und 120 korporativ angeschlossene Organisationen bzw. Belegschaften hat. Die Arbeit der IAH. liegt in der Linie der Kommunistischen Partei: „Tiefer hinein in die Massen." Genosse Höcker fordert zu aktiver Unterstützung der IAH. auf.

Genossin Lehmann übt Kritik an der mangelnden **Arbeit unter den Frauen** und die geringe Anzahl von weiblichen Parteimitgliedern im Bezirk. Sie wendet sich gegen die Veranstaltung innerparteilicher Frauenabende und berichtet über die Arbeit im RFMB. in Halle, der 60 Prozent Parteigenossinnen und 40 Prozent unorganisierte Frauen erfaßt hat. Sie wünscht von der gesamten Partei aktivere Tätigkeit unter den Frauen.

Genosse Kurt Lehnert spricht für die **Rote Hilfe** und muß feststellen, daß in nur 50 Prozent Parteiortsgruppen Rote-Hilfe-Organisationen bestehen. Von den 210 Ortsgruppen der Partei sind nur 14 korporativ der RH. angeschlossen. Wenn die Rote Hilfe erhalten bleiben soll, so muß eine stärkere Unterstützung eintreten. Zurzeit sind etwa 3000 Parteilose im Bezirk durch sie erfaßt. Redner schließt mit dem Wahlspruch der Roten Hilfe:

„Sie leiden für Dich, sie sterben für Dich,
Ihre Frauen und Kinder, sie darben für Dich.
Aus Qual und Kerker schreit das Gebot:
Klassengenossen! Rote Hilfe tut not!"

Genosse Kilian meint als **Kompol-Vertreter** der BL., eine scharfe Kritik an der Tätigkeit des Zentralkomitees üben zu müssen. Das ZK. gäbe keine zentralen Richtlinien heraus und könne infolge schwankender politischer Stellung keine feste Linie in der Kommunalpolitik angeben. Er polemisiert gegen die Kommunalarbeit in Berlin und meint, daß durch das Listenangebot an die SPD. die Partei sich so an die SPD. gebunden habe, daß alle weitere Arbeit auch in der Provinz dadurch gestört sei. Dabei sei die Kommunalpolitik der Teil der Einheitsfrontpolitik, der am konkretesten gehandhabt werden und deshalb am besten zum Ziele führen könne. Im Bezirk haben wir 1500 Kommunalvertreter, die Kommunisten sind. Die Genossen seien aber vielfach zu ängstlich. Es komme vor allem darauf an, daß sie grundsätzlich gute Kommunisten seien; allgemeine Rezepte von der Kompolabteilung der BL. zu geben, lehnt Redner ab. Er glaubt besondere Kritik an der Kommunalarbeit in Mansfeld, Schkeuditz und Weißenfels üben zu müssen.

*

Morgens Punkt 8 Uhr wurde der Parteitag fortgesetzt. Als erster in der Diskussion sprach der Genosse R., Weißenfels. Er führte aus, daß die Arbeit auf dem Lande intensiver gestaltet werden müßte, damit man wirklich zu organisatorischer Erfassung der Kleinbauern komme, die sich von den Faschisten abwenden. Gerade weil dies letztere der Fall sei, habe der Kleinbauer nichts für großen Tamtam übrig. Es sei viel besser, einige Genossen mit Literatur zu den Kleinbauern hinzuschicken und gründlich mit ihnen zu diskutieren, als nur Umzüge in den Dörfern mit dem RFB. zu veranstalten. Besonders stark sei das Interesse der Kleinbauern für Rußland.

Nach ihm ergreift der Genosse R., Wittenberg, das Wort zur Diskussion. Genosse Lademann habe nicht die objektiven Verhältnisse Wittenbergs und Piesteritz' berücksichtigt. In den letzten Jahren sind fünf- bis sechstausend Arbeiter aus diesem Industriebezirk abgewandert. Das waren gerade diejenigen Arbeiter, die die revolutionäre Tradition verkörpert haben. **Trotzdem haben wir sämtliche Gewerkschaftspositionen, die wir auch früher in der Hand hatten, uns erhalten.** Bei der Beurteilung über Wittenberg—Piesteritz darf man auch nicht die 2000 Erwerbslosen vergessen, die dort augenblicklich vorhanden sind. Im Verlauf seiner Ausführungen greift der Genosse R. noch die Haltung der Kommunalfraktion der KPD. in Halle an. Am Schlusse seiner Ausführungen solidarisiert er sich vollkommen mit der Politik der Zentrale, die endlich endgültig mit der geschwollenen Phrase gebrochen hat.

Genosse F., Radefeld, führt aus, daß früher die Leitung gefehlt habe. Als die Bildung auf Zehnergruppen vor sich ging, sind diese Zehnergruppen zu Kassierungsgruppen geworden, statt zu einem Kern zu werden, der auch politische Arbeit leistet. Diese Gefahr besteht auch bei den Zellengruppen. Dies muß auf jeden Fall verhindert werden.

Genosse H., Zeitz, meint, daß die Ortsgruppe Zeitz nicht schlecht gearbeitet hat. Er erläutert an den Zeitzer „Volksboten", der sich bekanntlich links drapiert, und der keinen zu unterschätzenden Einfluß bei den Zeitzer Arbeitern hat, woraus sich die schwierige Lage ergibt. Im Verlauf seiner Ausführungen geht der Genosse H. dann auf die Einheitsfronttaktik ein. Er hält die Anwendung für falsch, weil sie zu den Fehlern von 1923 führen müßte. In diesem Zusammenhang geht er auf die Verhandlungen ein, die im Januar zur Fürstendemonstration mit der SPD. gepflogen worden sind.

Der Genosse B., Zeitz, greift die Ortsgruppe Eilenburg an, weil sie den Ausschluß ultralinker Genossen verlangt habe, die selbst noch viel nachzuholen hat. Genosse B. kritisiert dann die Art der Spitzenverhandlungen in der Frage des Volksbegehrens für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Man hätte unbedingt erreichen müssen, daß die Einheitskomitees zugestanden worden seien. Gleichfalls kritisiert er unsere Kampagne zum Sturz der Luther-Regierung. Sie habe nicht diese organisatorischen Grundlagen wie 1923 beim Sturze der Cuno-Regierung. Die kommunistischen Ortskartelle arbeiten vielfach nicht kommunistisch. Am Schluß seiner Ausführungen geht der Genosse B. noch auf technische Unebenheiten ein, die sich in der Arbeit der Bezirksleitung ergeben haben.

Der Genosse M., Eilenburg, wehrt sich zuerst dagegen, daß die Ausschlußanträge der Ortsgruppe Eilenburg gegen die Ultralinken von der Genossin Irmgard Raich stammten.

Die Beschwerde des Genossen Sämisch über die Ortsgruppe Eilenburg besteht nicht zu Recht. Man dürfe nicht vergessen, daß in Eilenburg 1700 Erwerbslose existieren und daß noch nicht 10 Prozent aller Parteigenossen in Arbeit ständen. Die Parteigenossen seien zu hundert Prozent gewerkschaftlich organisiert, darüber hinaus seien sie im RFB., der IAH. und der Roten Hilfe, so daß die schlechte Abrechnung einfach auf diese Tatsache zurückzuführen sei. Hierdurch erfläre sich auch der Rückgang der Presse, da zwei bis drei Genossen vielfach den „Klassenkampf" zusammen lesen, da sie keine Möglichkeit hätten, allein das Abonnement zu zahlen. Am Schlusse seiner Ausführungen geht dann der Genosse M. noch auf die schlechte Abrechnung der Listen zum Volksbegehren ein, die darauf zurückzuführen sei, daß eine ganze Masse **Listen von der Polizei beschlagnahmt** worden sei.

Der Genosse K., Mansfeld, geht auf die Wichtigkeit der Kommunalpolitik ein. Er ist der Meinung, daß man im Mansfelder Kreistag keine wesentlichen Fehler begangen habe.

Der Genosse B., Selau, rechtfertigt die Politik im Weißenfelser **Kreisparlament.** Die Kritik des Genossen Kilian sei norcelig gewesen. Er verlangt, daß man vorher mit der Kreistagsfraktion Fühlung nimmt.

Jugendgenosse Fritz B. stellt einen Rückgang der Jugendorganisation im Bezirk fest. Es sei z. B. sehr bedauerlich, wenn man feststellen müßte, daß die Jugendorganisation Eisleben fast nichts bedeute gegenüber 500 Jugendlichen, die die Politischen dort organisiert haben, und unter denen sich zahlreiche jugendliche Arbeiter befinden. Auch in Wittenberg und Bitterfeld, wo die Jugendlichen in der dortigen Industrie besonders stark vertreten seien, seien die Organisationen vollkommen ungenügend. Die Partei müsse noch ungleich mehr Sorgfalt auf die Jugendorganisation wenden, wie das bisher geschehen sei. Die diesbezüglichen Beschlüsse des 10. Parteitags dürften nicht auf dem Papier stehen bleiben.

Sodann nimmt der Genosse Berger zu einer Richtigstellung das Wort. Er stellt zuerst einige Ausführungen des Gen. Kilian über die Berliner Stadtverordnetenfraktion richtig. Die Berliner Stadtverordnetenfraktion habe nicht der Erhöhung der Grundsteuer zugestimmt, sondern dies sei vom Berliner Magistrat geschehen. Im Gegenteil, es sei ein Gegenantrag gegen den Beschluß des Magistrats von der Berliner Stadtverordnetenfraktion der KPD. eingebracht worden. Die Fehler, die gemacht worden sind, seien in keiner Weise vom ZK. gedeckt worden. Es sei aber bezeichnend, daß diese opportunistischen Einigeleien von einer Stadtverordnetenfraktion gemacht worden seien, die ziemlich starke ultralinke Tendenzen aufweise und Kilian politisch nahestehe.

Der Gen. R., Schkeuditz, spricht über Kommunalfragen in Schkeuditz und verteidigt die Haltung bei der Etatberatung, die dort die kommunistische Fraktion eingenommen hat.

Genosse Sämisch erhält zu einer persönlichen Bemerkung das Wort. Der Genosse B. befindet sich in einem Irrtum, wenn er der Meinung sei, daß die Mitgliederzahl im letzten Jahre nicht gestiegen sei. Wenn die Einnahmen trotzdem niedriger seien, so liege das an der einfachen Tatsache, daß durch die stärkere Erwerbslosigkeit die Zahl der Beitragsmarken der ersten Klasse stark abgenommen, die der dritten Klasse dagegen sehr stark zugenommen habe. Dem Genossen M., Eilenburg, müsse er entgegnen, daß er erst gestern die „Partei-in-Not"-Marken und die Listen der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260426-11/fragment/page=0003

Fürstenkampagne abgerechnet habe. Diese Tatsache genüge doch zu der Kritik, die er an Eisenburg angelegt habe.

*

In seinem Schlußwort führt Genosse Lademann an, es sei nicht der Zweck seines gestrigen Berichts gewesen, einzelne Ortsgruppen herunterzureißen. Aber eine Kritik müsse angelegt werden. Der Genosse Bernhard Koenen habe die Konjunktur geleitet, trotzdem müsse festgestellt werden, daß die Parteimitglieder nicht nach Verkaufsstellen organisiert worden seien, um unsere Arbeit dort zu fördern. Seine Kritik unterscheide sich allerdings von der Kritik des Genossen Kilian, die lediglich negativ sei, und die nicht aufzeige, wie man es besser machten kann. Der Genosse R. aus Weißenfels habe im Gegensatz zu Kilian eine positive Kritik geübt, habe Wege gezeigt, wie man gerade auf dem Lande gut und erfolgreich in unserem Sinne arbeiten könne. Die Kritik gegenüber Wittenberg und Pfeiferitz müsse er aber aufrechterhalten. Die Gewerkschaftsarbeit dort sei zu wenig aktiv, auch sei zu verzeichnen, daß es dort mehr Parteigenossen gibt, als „Klassenkampf"-Leser, ein Zustand, der sonst im ganzen Bezirk nicht existiere. Was Güntheritz anbelange, so habe der Genosse B. zwar recht, doch dort handele es sich nicht um ein Gewerkschafts-, sondern um ein Sportkartell. In Güntheritz existiere kein Gewerkschaftskartell.

Wir haben im letzten Jahre im Bezirk einen kleinen Schritt nach vorwärts gemacht, das genügt aber keineswegs. Das Ziel des nächsten Jahres muß sein

100 Prozent mehr Leser, 100 Prozent mehr Parteigenossen.

Die Organisation muß gefestigt, verankert, verbreitert werden, damit sie wirklich ein Instrument der Revolution wird.

Referat des Genossen Thälmann

Vorbemerkung: Das Referat des Genossen Thälmann, das 3½ Stunden dauerte, kann unmöglich erschöpfend wiedergegeben werden, da der Raum für eine ausführliche Wiedergabe zu gering ist. Wir müssen uns deshalb begnügen, das Referat stichwortartig wiederzugeben.

Am Eingang seines Referats führte der Genosse Thälmann aus, daß man die Frage der Taktik nicht von den Fragen der proletarischen Revolution trennen könne. Die Frage der Taktik sei bestimmt von der Frage der Perspektive. Die letzte Sitzung der Erweiterten Exekutive habe sich aufs gründlichste mit der Frage der Perspektive beschäftigt. Man müsse mit zwei Perspektiven operieren, genau so wie dies schon beim dritten, vierten und fünften Weltkongreß geschehen sei. Es gäbe keine linke und rechte Perspektive. Die Genossen, die heute von rechter oder linker Perspektive sprechen, machen sich einer großen Inkonsequenz schuldig und verurteilen damit auch die Beschlüsse des dritten, vierten und fünften Weltkongresses, die sie damals restlos anerkannt haben. Man könne noch andere historische Beispiele anführen, um zu erhärten, daß diese zwei Perspektiven durchaus keine Besonderheit darstellen. 1905 habe der Genosse Lenin ebenfalls zwei Perspektiven aufgestellt, eine auf weite und eine auf kürzere Sicht. 1905 habe man noch nicht mit dem genauen Termin eines Weltkrieges rechnen können. Die Grundlage für alle beide Perspektiven, wie sie die Erweiterte Exekutive festgelegt hat, sind die, **daß der Kapitalismus aus dem Stadium des Zerfalls nicht herausgekommen ist.** Nur einige wenige Tatsachen genügen, um dies nachzuweisen. England befindet sich seit über 2 Jahren in einer schweren industriellen Krise. Neben der großen englischen Erwerbslosenarmee droht neuerdings der **Konflikt im englischen Bergbau.** Auch wenn man der Meinung ist, daß dieser Konflikt diesmal noch nicht zum Ausbruch kommt, weiß daß er als Bedrohung des englischen Kapitalismus erhalten bleibt. Die Inflationskrise in Frankreich geht weiter. In Polen haben wir nicht nur eine Inflationskrise, sondern auch eine unerhörte Arbeitslosigkeit, mit allen Begleiterscheinungen einer sehr schweren **Wirtschaftskrise.** Die Situation in Polen wäre noch mehr verschärft, wenn die **Polnische Kommunistische Partei gefestigter und stärker wäre.** Genosse Thälmann geht dann über zur Genfer Krise. Der Völkerbund ist und bleibt ein **Kriegsinstrument,** dessen Form lediglich geschaffen worden ist, **um die Massen zu verwirren.** Die Krise in Genf ist nicht nur zu einer Krise für die deutsche Luther-Regierung geworden, sondern sie ist in ganz besonderem Maße eine Krise der Zweiten Internationale und in erster Linie eine **Krise der Deutschen Sozialdemokratie,** die sich die Völkerbundspolitik Stresemann-Luther vollkommen zu eigen gemacht hat. Die englische pro-orientierte Gruppe der deutschen Bourgeoisie habe in der letzten Zeit einen Schlag erhalten. Amerika ließ auf der letzten Genfer Tagung **den französischen Vorstoß** zu, der zu der Nichtaufnahme Deutschlands in den Völkerbund geführt hat. Im engen Zusammenhang damit steht wiederum die Politik England-Italien. Es sei besonders wichtig, auf **die neuen Vorstöße des italienischen Imperialismus** sein Augenmerk zu richten (Tripolis-Reise Mussolinis, Abessinien) eine Politik, die zweifellos **im Einverständnis mit England erfolge.** Man müsse heute schon mit der Möglichkeit eines Krieges zwischen Italien und einem der Balkanländer (Türkei) rechnen und man wisse ja, wie stark ein solcher Konflikt sich auf die anderen europäischen Großstaaten auswirken würde. Man brauche in diesem Zusammenhang nur an die Balkankriege und den Weltkrieg zu erinnern.

Zu den revolutionären Faktoren übergehend, kennzeichnet er **den weiteren Aufstieg und die wirtschaftliche Festigung Sowjet-Rußlands** und die **nationalrevolutionären Bewegungen** in den Kolonial- und Halbkolonialländern. Man müsse gerade diese nationalrevolutionären Bewegungen in den Kolonien im Zusammenhang mit den revolutionären Bewegungen der alten Welt sehen. Die wachsende Industrialisierung in China werde immer wieder erneut dieselben Fragen auf erhöhte Stufenleiter stellen, auch wenn vorübergehend eine **Niederschlagung der revolutionären Bewegung eintreten sollte.** Die augenblickliche wirtschaftliche Krise in Rußland sei eine **kleine Teilerscheinung der Weltwirtschaftskrise.** Sie sei dadurch entstanden, daß Rußland noch nicht den Wahrenhunger des russischen Dorfes zu stillen imstande ist, der in den letzten zwei Jahren der stürmischen Aufwärtsentwicklung eingetreten sei. In diesem Zusammenhang gibt der Genosse Thälmann eine Wirtschaftsanalyse Sowjet-Rußlands und kommt vor allen Dingen auf die im Jahre 1920 eingeführte **Neue ökonomische Politik zu sprechen.** Hätte Rußland damals diese Neue Wirtschaftspolitik nicht eingeschlagen, so wäre das Werk der proletarischen Revolution zugrundegegangen. Die Nep. bezeichnet der Genosse Lenin als eine Rückzugspolitik in gesicherter Position, um von dort aus um so erfolgreicher vorstoßen zu können. Gerade infolge der Neuen ökonomischen Politik habe man die Möglichkeit gehabt, die sozialistischen Elemente der russischen Wirtschaft zu stärken und zu vervollkommnen. Rußland befinde sich noch heute in einer ungeheuren schwierigen außenpolitischen Lage. Ein Kurs zum Kapitalismus hin würde die Existenz der Sowjet-Regierung in Frage stellen. Die Sowjetregierung, die Komintern gibt sich nicht selbst auf.

Im zweiten Teile seiner Rede geht der Genosse Thälmann auf innerparteiliche Fragen ein. Besonders große Erfolge der Einheitsfronttaktik hat die Kommunistische Partei in China im Rahmen der Kuomintang erzielt. Dieselben guten Erfolge hat auch die englische Sektion der Kommunistischen Partei im Rahmen der Labour Party erreicht. Ganz natürlich sei, daß die Einheitsfronttaktik auch große Gefahren in sich berge. Die Gruppe Ruth Fischer-Urbahns pflege augenscheinlich auch die norwegische Frage zum Ausgangspunkt ihrer Angriffe zu machen. Die Bildung einer Labour Party in Norwegen sei keineswegs eine Aufgabe der KPN. **Bekanntlich habe Lenin die Kommunistische Partei Englands auf dem Zweiten Weltkongreß in die Labour Party hereingeprügelt,** 70 Prozent aller Arbeiter in Norwegen treten für die Bildung einer Labour Party ein. Bei Aufrechterhaltung der KPN. bestehe durchaus die Möglichkeit, daß die Norwegische Kommunistische Partei im Rahmen der allgemeinen Arbeiterpartei besser und erfolgreicher zu arbeiten vermöge als dies bisher geschehen sei.

Die rechte Gefahr in Frankreich ist sehr groß. Die deutsche Delegation habe sich in Moskau **besonders scharf gegen die französischen Rechten gewandt. Es sei bezeichnend, daß Souvarine und Katz sich in einer Linie gegenüber Sowjet-Rußland befinden.** Auch auf dem 3. Weltkongreß habe man mit einer starken ultralinken Opposition zu tun gehabt, aber sie war doch damals ehrlicher als die, die wir heute haben. Die linke Opposition in Deutschland sei mit Ausnahme der wenigen Arbeiter, die sich zu ihr bekennen, **die Opposition abgewirtschafteter Führergarnituren.** Man müsse diese Opposition sehr stark unterscheiden von der **Bordigas,** die wirklich eine eigene Linie habe und die offen und frei ohne jede doppelte Buchführung von Bordiga dargelegt werde. In diesem Zusammenhang geht dann der Genosse Thälmann noch auf die einzelnen linken Gruppierungen innerhalb unserer Partei ein, legt ihre Grundlagen, ihre Entstehung und ihr Verhalten in einzelnen politischen Situationen dar.

In konkreten politischen Situationen in Deutschland sei nicht die rechte Gruppierung um Ernst Meyer, der sich übrigens dem ZK. nähert, und viele seiner früheren Auffassungen fallengelassen habe, die größere Gefahr, sondern die **ultralinken Strömungen,** die die Partei hindern, wirklich an die Massen heranzukommen, die Partei zu stärken und sie wirklich zu den Instrument der proletarischen Revolution auszugestalten. Das ZK. habe bewiesen, daß es auch gegen alle rechten Abweichungen den Kampf aufnehmen werde und die Zukunft werde zeigen, daß das ZK. nicht nur die ultralinken Gefahren aufs schärfste bekämpfe, sondern auch imstande ist, **allen opportunistischen Gefahren entgegenzutreten.**

Am Schluß seiner Ausführungen geht der Genosse Thälmann auf **die Aufgaben der Partei** ein. Er streift in längeren Ausführungen die Gewerkschaftsarbeit der Partei, die in der Zukunft dahin führen muß, daß die Gewerkschaften zu einem Organ des Klassenkampfes durch Konzentration der einzelnen Verbände ausgebaut werden. Er macht längere Ausführungen zur Frage der Erwerbslosen.

Nachdem der Genosse Thälmann noch einige aktuelle politische Fragen, wie den Volksentscheid im Zusammenhang mit den Diktaturplänen der Luther-Regierung und den Sachsenkonflikt aufrollte, schloß er mit einem Appell, ohne Schwanken die Politik der Zentrale, die Politik der Komintern durchzuführen, die allein die Gewähr bietet, daß die Partei zum Instrument der proletarischen Revolution geschmiedet wird. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

(Fortsetzung Seite 5)

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001.
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Zwintschöna. Gemeinsame Mitgliederversammlung Montag, den 26. April, abends 7½ Uhr, im Gasthof Horn in Zwintschöna. Die Ortsgruppen Diesdau, Bruckdorf, Canena, Zwintschöna und Kleinkugel müssen geschlossen daran teilnehmen.
Zappendorf. Mitgliederversammlung Donnerstag, 29. April, abends 8 Uhr, im Lokal Rabe. Alles hat zu erscheinen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Nikwitz. Mitgliederversammlung Mittwoch, 28. April, abends 8 Uhr, im Parteilokal. Auch die „Klassenkampf"-Leser sind hierzu eingeladen.
Droyßig. Mitgliederversammlung Donnerstag, 29. April, abends 7 Uhr, im Gasthof Hirsch. Referent Genosse Gulsacher, Zeitz. Alles muß erscheinen.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Montag 6 Uhr im Jugendbureau Vorstandssitzung. Alle Vorstandsmitglieder haben zu erscheinen.
Montag 7 Uhr im „Volkspark" wichtige Zusammenkunft der Mitgliedschaft. In Anbetracht der kurzen Zeit, die wir noch bis zum 1. Mai zur Verfügung haben, muß die gesamte Mitgliedschaft erscheinen.
Dienstag Abendwanderung, dazu Treffen ½8 Uhr am Hallmarkt. Alle Musikspieler müssen erscheinen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Montag, den 26. April, ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus erweiterte Vorstandssitzung. Alles hat zu erscheinen.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Kameraden, besucht den Film „Sein Mahnruf"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Ortsgruppe Halle

Kameraden! Rüstet zur Teilnahme am Bundestreffen in Berlin Pfingsten. Fahrpreis einschließlich Versicherung 7,50 Mark. Meldungen bis 30. April. Einzahlung des Fahrgeldes bis 15. Mai. Sparmarken sind bei allen Gruppenführern zu erhalten.
Funktionäre. Mittwoch, 28. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Sitzung. Vorher Abrechnung der Reichstreffen-Marken. Abteilungsführer rechnen Sparmarken ab.

Jungfront

Funktionäre. Mittwoch, 28. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" große Funktionärsitzung.
Bezirk 2 (Norden). Dienstag, 27. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Funktionärsitzung.

Untergau Merseburg

Merseburg. Dienstag, 27. April, Leben der Pfeifer, Saalestraße 3.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 28. April, abends ½8 Uhr, Pflichtversammlung.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Rote Jungfront. Mittwoch, 28. April, Pflichtversammlung. Thema: Die Bedeutung des 1. Mai. Antreten 7 Uhr Rosalistweg.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Halle. Montag, den 26. April, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung. Alle Funktionäre müssen pünktlich erscheinen.
Weißenfels. Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" (obere Räume) Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Klassenkampf und Rote Hilfe.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Die Nähstube ist verlegt nach der Lutherschule, Schlosserstraße (Haltestelle der Linie 4). Arbeitsstunden von Montag bis Donnerstag ab 3½ Uhr nachmittags. Weitere Mitarbeiterinnen dringend erwünscht. Meldungen in der Nähstube.

Allgemeiner Konsumverein Halle und Umgegend

Unseren werten Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß die

Geschäftszeit unser. Verteilungsstellen

vom **Montag, dem 3. Mai 1926** an wie folgt festgesetzt ist:

Montag bis Donnerstag
von 8—12½ Uhr vormittags und 3—6½ Uhr nachm.

Freitag und Sonnabend
von 8—12½ Uhr vormittags u. 3—7 Uhr nachmittags

Wir bitten dies gefälligst zu beachten

Der Vorstand

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß Halle-Saale
Die Einzeichnungslisten für die
Sommer-Konzerte
liegen in allen Konsum-Filialen sowie Volksbuchhandlungen aus
Hauptkarte Mk. 5,00, Nebenkarte Mk. 3,00 für 18 Konzerte

Nur Dienstag
Billiger Fischtag
Reklametag!
Jeder überzeuge sich, daß der Fisch in dieser Jahreszeit von hervorragender Güte ist
Jeder Hallenser esse Fisch aus unserem Dampfer **Halle**

Nordsee

Kabeljau ohne Kopf	⌀ 19 ₰
Seelachs ohne Kopf	
Kardonaden von Kabeljau, vollst. brutfertig ⌀	35 ₰
Schellfisch o. K., groß, fett, zart ..... Pfund	45 ₰

Ebenso preiswert und gut sind unsere
Räucherwaren, Marinaden, Fischkonserven
Zur Händler und Großverbraucher noch billiger!
Großer Versand nach auswärts

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem „64
werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen

Infolge der stark gestiegenen **Roggenmehl-Preise** haben wir uns veranlaßt gesehen, den
Brotpreis
von morgen an auf *1588
55 Pf. f. 1650 Gramm
festzusetzen
Bäcker-Zwangs-Innung u. Vereinigung der Broterzeuger von Halle u. Umgebung

Kleine Anzeigen
haben im Klassenkampf
Große Wirkung!

Bekanntmachungen

Betrifft: Vorläufige Erhebung der Gemeindesteuern für das Rechnungsjahr 1926

Auf Grund des § 59 des Kommunalabgaben-Gesetzes vom 26. August 1921 (Gesetz-Sammlg. S. 495) werden nach empfohlener Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung die **vorläufigen Steuerzuschläge bis Ende Juni 1926 weiter erhoben.** Die so eingehenden Steuern werden auf die für 1926/27 zu beschließenden Steuern angerechnet.

Es kommen demnach vom 1. April bis 30. Juni 1926 zur Erhebung:

200 % Zuschlag zur Grundvermögensteuer von unbebauten und landwirtschaftlich genutzten Grundstücken,
250 % Zuschlag zur Grundvermögensteuer von bebauten Grundstücken,
100 % Zuschlag zur Hauszinssteuer,
27 % Zuschlag zur früheren Gebäudesteuer als Kanalsteuer,
750 % Zuschlag zur Gewerbe-Ertragssteuer,
770 % Zuschlag für Zweigstellen und Gastwirtschaften und Kleinhändler mit Branntwein usw.,
2½ % von den gezahlten Bruttolöhnen als Lohnsummensteuer
900 % der Grundvermögensteuer werden außerdem als Hauszinssteuer erhoben (vergl. besondere Bekanntmachung vom heutigen Tage).

Die Steuerzettel bezw. Empfangsbescheinigungen werden bis auf weiteres — gegen Vorlegung der Zettel aus 1925 — in der Stadtsteuerkasse ausgefertigt. Die Zahlung der Grundvermögens- und Hauszinssteuer für Monat April hat innerhalb einer Woche, für die übrigen Monate zu den bisher in den bezgl. Gesetzen bezw. durch Verordnungen festgelegten Fristen (bis zum 15. jeden Monats) zu erfolgen. Die Gewerbe-Ertragssteuer für April/Juni 1926 ist bis zum **15. Mai,** die Lohnsummensteuer ist monatlich, z. B. für die im April verausgabten Löhne bis 15. Mai usw., zu zahlen.

Eisleben, den 24. April 1926
*1584 **Der Magistrat**

Hauszinssteuer

Nach dem vom Preußischen Landtage beschlossenen Gesetz zur Aenderung der Preuß. Steuernotverordnung **wird die Hauszinssteuer mit Wirkung vom 1. April 1926 auf den neunfachen Betrag der kantischen vorläufigen Steuer von Grundvermögen erhöht.** Eine besondere Benachrichtigung ergeht an die Steuerzahler nicht. **Die Steuer wird wie bisher am 15. eines jeden Monats fällig;** der erhöhte Steuerbetrag ist also zum ersten Male innerhalb 1 Woche nach dieser Bekanntmachung an die Steuerkasse zu entrichten. Soweit bisher Steuerermäßigungen auf Antrag gemäß § 2 (2a) oder § 3 (3) der Preußischen Steuernotverordnung gewährt worden sind, erfolgt die entsprechende Herabsetzung der Steuer von Amts wegen; ohne daß es eines besonderen Antrages bedarf.

Die Frist für die Stellung solcher Anträge wird durch besondere Verordnung bis zum 30. Juni 1926 verlängert. Die Steuerminderung tritt bei neuen Anträgen vom 1. April 1926 in Wirkung

Der Vorsitzende des Grundsteuerausschusses
Veröffentlicht:
Eisleben, den 24. April 1926
Der Magistrat *1585

Werbt f. d. Klassenkampf

Schlafzimmer Küchen Einzelmöbel
alles preiswert und gediegen 1581
M. Junghlut,
Albrechtstr. 37

Schlafstelle Norden gel. Neißstr. 104 b. Handwerg

Morgen, Dienstag:
Schlachtefest
Otto Kliebe
Nachf.
Gustav Terne, Merseburg,
Große Sittistraße 12

Stadt-Theater
Montag 8 Uhr
Der einsame Weg
Dienstag 8 Uhr
Beatrice u. Benedikt
Hierauf
Giannl Schicchi
Mimmi 7½ Uhr
Lohengrin

Walhalla
8 Uhr. Tel. 3385
Nur noch 4 Tage!
Das Mädchen ohne Ehre
Großes Volksstück m. Gesang u. Tanz in 11 Bildern
Tageskasse ab 11 Uhr geöffnet
Spendet für die „Rote Hilfe"

Nachruf

Am 11. April 1926 schied unser Kamerad
Erich Schäfer
freiwillig aus dem Leben. Miserable wirtschaftliche Verhältnisse, hervorgerufen durch längere Arbeitslosigkeit, werden ihn zu diesem Schritte veranlaßt haben. Uns war er stets ein treuer Kamerad, welchem wir über das Grab hinaus ehrend gedenken werden
Ortsgruppe des RFB., Merseburg

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme u. Spenden beim Heimgange unseres lieben unvergeßlichen Sohnes und Bruders Fritz sprechen wir hierdurch allen unseren herzlichen Dank aus. Besonders Dank meinen lieben Kollegen für ihr erbrennende Trauermusik, sowie Herrn Borgmann für seine tröstenden Worte und seinen lieben Freunden für die letzten Ehrungen 1590
Halle, den 26. April 1926
Im Namen aller Hinterbliebenen:
Familie Fritz Barth

Dank

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Sohnes und Bruders, sagen wir allen Kameraden des RFB., die ihn zur letzten Ruhe geleiteten, unseren herzlichsten Dank. Dank auch dem Genossen Paul Koch für die trostreichen Worte am Grabe
Merseburg, den 26. April 1926
Familie Konrad Schäfer
nebst Angehörigen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260426-11/fragment/page=0004

Schluß des Berichts vom Bezirksparteitag

(Fortsetzung von Seite 4)

Diskussion über das politische Referat

Nach dem Referat des Genossen Thälmann trat eine kurze Mittagspause ein. Um 2 Uhr begann die Diskussion über das Referat des Genossen Thälmann.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte nahm der Genosse Kilian mit verlängerter Redezeit bis zu einer halben Stunde das Wort. Er beschwerte sich zunächst darüber, daß es unmöglich sei, in dieser kurzen Zeit erschöpfend die politische Haltung der Opposition klarzulegen. Weiter beschwerte sich der Genosse Kilian darüber, daß man linke Genossen durch Versetzungen organisatorisch maßregele. Schließlich rollte der Genosse Kilian die russische Frage auf. Nicht die hinter den Erwartungen zurückbleibende Ernte habe in Rußland die Krise hervorgerufen, sondern die mangelnde Ablieferung durch die Kulaki. Die Leningrader Opposition verkörpere den unbeugsamen Klassenwillen des russischen Proletariats, die Sowjetregierung vor Wegen zu bewahren, die ihr gefährlich werden könnten. Genosse Kilian glaubte zwischen der Politik der Komintern und der russischen Politik eine Verbindungslinie ziehen zu müssen, als es der Komintern heute hauptsächlich auf eine starke Linksbewegung in den europäischen Staaten ankomme, wodurch das revolutionäre Ziel verwischt werden könne.

Der Genosse **B., Zeitz**, hält die Analyse, die die Erweiterte Exekutive zur weltpolitischen Lage gegeben hat, für falsch. Wir befinden uns nicht in einem Stadium der Schwankenden relativen Stabilisierung, sondern wir befinden uns in Deutschland in einer **akut revolutionären Situation.** Er könne sich mit der Politik, die augenblicklich betrieben wird, nicht einverstanden erklären. Die Verhältnisse ähnelten der Situation von 1923. Es bestünde die Gefahr, daß die KPD. sich wieder in die Fehler von 1923 hinein verrenne.

Sodann wird der Bericht der Mandatskommission entgegengenommen. **Es sind im ganzen 133 Delegierte mit gültigen Karten auf dem Bezirksparteitag anwesend.**

Der Genosse S. (Torgau-Liebenwerda) erklärt sich mit dem Referat des Genossen Thälmann einverstanden. Er hat aber genau so wie der nachfolgende Diskussionsredner, der Genosse W. (Seeben) **sehr starke Bedenken,** daß die Zentrale nicht genügend Rückgrat besitze, um gegen rechts zu kämpfen. Man dürfe bei dem Kampf gegen die Ultralinken nicht die Gefahr der opportunistischen Tendenzen der Partei aus dem Auge lassen.

Der Genosse **Baumgärtel** äußert sich zu der Frage: Ist der Aufbau des Sozialismus in einem Lande möglich? Er bejahte diese Frage an Hand von Lenin-Zitaten aus dem Jahre 1915 und an Aeußerungen, die Stalin zu dieser Frage getan hat. Trotzki hat bekanntlich diese Frage in gewisser Weise verneint und es sei bezeichnend, daß unsere Linken heute in einer Front mit Trotzki ständen, der doch noch von denselben Genossen vor zwei Jahren so heftig bekämpft wurde. Im übrigen ist auch er der Meinung, daß die Partei die Aufgabe habe, opportunistische Tendenzen, die sich bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik leicht einstellen können, rücksichtslos zu bekämpfen. Jetzt aber sei es vor allem notwendig, die ultralinken Strömungen endgültig zu liquidieren.

H., Zeitz, beschwert sich darüber, daß der Kampf nur gegen ultralinks geführt wird. Die Rechten sind schlauer, sie stellen sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen, um dann im Trüben zu fischen. Bezeichnend ist, wenn Meyer sagt, das Zk. hat sich uns (Meyer) genähert, eine solche Politik können wir nicht mitmachen. Wir glauben nicht, daß Korsch mit einer Parteispaltung spielt.

Der Vorsitzende verliest eine Resolution der sogenannten linken Gruppe, die mit zur Debatte gestellt wird.

L., Halle, wendet sich gegen den Vorredner. Es muß endlich Schluß mit den verschiedenen Gruppierungen gemacht werden. Es ist zu begrüßen, daß der Bezirksparteitag in diesem Jahre ein ganz anderes Bild als im vorigen Jahre bietet. Der jetzige Streit ist ein Führerstreit, jeder will seine Meinung durchsetzen. Redner verbreitet sich dann über Rußland.

M., Eilenburg. Auch ich sage, fort mit den Gruppierungen, wir sind alle Parteimitglieder. Rußland kann bei allen seinen Maßnahmen nur das Interesse der Weltrevolution im Auge haben. Die wirtschaftliche Verelendung schreitet weiter vor. Redner erhärtet dies durch Beispiele aus dem Wirtschaftsleben. Die Fragen, die jetzt diskutiert werden, sind kleinliche Fragen, wir müssen großzügige Politik machen. Wenn es wahr ist, was Thälmann über Korsch gesagt hat, so muß Korsch aus der Partei ausgeschlossen werden.

Berger beschäftigt sich mit den Ausführungen des Genossen Kilian und greift zwei Punkte heraus: Ist der Sozialismus in einem Lande bis zu Ende durchführbar? Und: Kann in einem proletarischen Staat den Arbeitern der volle Arbeitsertrag gegeben werden? Erstere Frage ist schon längst erledigt. Wenn man sagt, die Komintern verschweige diese Frage, um den bestehenden Opportunismus zu verdecken, so ist das ein Zeichen, **daß den Ultralinken der Glaube an die Revolution fehlt.** Zur zweiten Frage gibt der Redner den Standpunkt von Karl Marx bekannt. Ein Teil des Arbeitsertrages muß zur Erhaltung der unproduktiven Mitglieder (Kranke, Kinder usw.) des proletarischen Staates verwandt werden. der Standpunkt von Kilian ist der Standpunkt von Eduard Bernstein.

Es läuft ein Antrag auf Schluß der Debatte ein, welcher mit der Erweiterung, daß der Genosse Kögler noch sprechen soll, angenommen wird.

Kögler: Es ist interessant, daß die unklaren Formulierungen Thälmanns bei den Rechten beifällig aufgenommen worden sind. Thälmann und die Rechte stehen gar nicht soweit auseinander. Redner beschäftigt sich dann mit der vorliegenden politischen Resolution und erklärt, daß die in ihr enthaltenen Formulierungen letzten Endes zu derselben Politik führen, wie Brandler sie 1923 durchgeführt hat. Wenn die Resolution angenommen wird, hat der Parteitag sich rechts orientiert. Was hat sich geändert, daß die früheren Linken jetzt dieselben Formulierungen bringen, die uns den Oktober 1923 beschert haben?

Thälmann (Schlußwort): In seinem Schlußwort präzisiert der Genosse Thälmann noch einmal die Stellung des Zentralkomitees zur Frage der **Arbeiter- und Bauernregierung.** Da die Resolution in dieser Beziehung etwas unklar gehalten ist, schlägt Thälmann kleine Abänderungen vor. Redner erläutert dann den Sinn der Parole: **Kontrolle der Produktion.**

Wenn **die russische Frage** nicht diskutiert werden soll, so deshalb, weil die Opposition die Frage fraktionell benutzen will, um nicht zur Lage in Deutschland Stellung nehmen zu müssen. Wenn man sagt, fünf führende Genossen stehen an der Spitze der Leningrader Opposition, so beweist das gar nichts. Beim Friedensschluß von Brest-Litowsk standen ebenfalls führende Genossen in der Opposition, die dann auch kein Recht bekommen haben. Die Leningrader Opposition ist jetzt nur noch eine kleine Gruppe. Redner verliest hierzu ein Schreiben der Leningrader Parteikonferenz.

Wenn ich die **Lage in England** skeptisch ansehe, so ist das doch kein Schaden für uns. Wir wollen doch **keine falschen Illusionen erwecken. Aber natürlich ist der Kampf in England in jedem Fall ein Plus für die revolutionäre Bewegung der Welt.**

Man kann die Lage, wie sie heute ist, nicht mit der von 1923 vergleichen. **Wir haben jetzt keine akut revolutionäre Situation. Diese Situation kann sich natürlich schnell ändern, z. B. wenn ein Krieg ausbricht.**

Es war ein Erfolg unserer Politik, daß die Winzer rebellierten. Der **Winzeraufstand** ist ein Ausdruck der Revolutionierung der Kleinbauern.

Einige Genossen befürchten, daß das Zk. nicht auch den Kampf **gegen rechts** führen könne. Wer gegen links kämpfen kann, was viel schwieriger ist, wird mit Leichtigkeit gegen rechte Abweichungen kämpfen. **Zur Herausbildung einer wahrhaft bolschewistischen Taktik gehört jedoch mehr als nur der Kampf gegen rechts.**

Redner beschäftigt sich dann noch einmal mit den verschiedenen Parteigruppierungen. **Uns sind alle Genossen lieb, die ehrlich mitarbeiten wollen. Wenn wir zu einer Konsolidierung der Partei kommen, so kann es nur von Vorteil für die Revolution sein. Die Partei hat Fortschritte gemacht. Rechte und ultralinke Gefahren wird es immer geben. Es gilt, durch sie hindurch zur einheitlichen Kommunistischen Partei zu kommen, die allein den Sieg der Revolution verbürgt.**

*

Anschließend wird der Bericht der **Redaktionskommission** gegeben, welche zu den verschiedenen Resolutionen Abänderungsvorschläge einbringt.

Die Resolution für die politischen Gefangenen wird **einstimmig angenommen.**

Die Resolution zur Erweiterten Exekutive sowie die allgemeine politische Resolution wurden bei 133 stimmberechtigten Delegierten mit allen gegen 6 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Die vorliegenden Anträge organisatorischer sowie politischer Natur werden auf Vorschlag der Bezirksleitung angenommen bzw. der neuen Bezirksleitung oder dem Zentralkomitee als Material überwiesen.

Es wird dann in die Wahl der Bezirksleitung eingetreten. Der vorliegende Vorschlag der Bezirksleitung wird nach zwei Abänderungen **mit allen gegen 4 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen angenommen.** Darauf wird die Wahl der Revisoren getätigt.

*

Nach einem Mahnruf des Vorsitzenden, den 1. Mai zu einem Kampftag auszugestalten, die Arbeit der Partei auf allen Gebieten zu verstärken, wird der Bezirksparteitag mit dem Gesang der „Internationale" geschlossen.

Hamburg einstimmig für die Komintern!

Die **Parteiarbeiter Hamburgs** nahmen in einer am Freitag von 591 Funktionären besuchten Versammlung das Referat des Genossen **Thälmann** über die Tagung der Erweiterten Exekutive entgegen. Es wurde folgende Entschließung **einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen** angenommen:

Die Versammlung der Parteiarbeiter Groß-Hamburgs stellt sich **hinter die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive** und des Zk. Die Versammlung wehrt sich aufs schärfste gegen die antibolschewistischen Treibereien der Gruppe **Korsch-Schwarz.** Die offen mit dem gegenrevolutionären Katz zusammen arbeitenden Korsch-Schwarz haben nichts mehr mit der Partei gemein. Die Parteiarbeiter sind **für den Ausschluß dieser Liquidatoren** und Feinde Räte-Rußlands aus der Partei. Die Versammlung lehnt auf das entschiedenste den wirren **KAPismus der Gruppe Weber-Pfalz** und die doppelte Buchführung der **ultralinken Gruppe Ruth Fischer-Urbahns** ab, die objektiv eine Unterstützung der Korsch- und Katz-Gruppe darstellt. Die Parteiarbeiter werden den schärfsten ideologischen Kampf gegen die Ultralinken führen, die gegenwärtig zu den größten Gefahren gehören, ohne die Möglichkeit des Auftretens rechter Abweichungen und die rechten Gefahren aus dem Auge zu verlieren. Die Parteiarbeiter werden entschlossen und energisch die **Einheitsfronttaktik** unter Vermeidung aller dieser Abweichungen anwenden, um die Massen zu mobilisieren, an die KPD. heranzuziehen und den Weg zur Revolution zu führen.

Wieder eine Rote-Hilfe-Versammlung in Bayern verboten!

Die Schikanen und Versammlungsverbote nehmen in Bayern kein Ende. Am 16. April sollte in Nürnberg im Saal der Rosenau eine öffentliche Versammlung der Roten Hilfe stattfinden, in der die Landtagsabgeordneten Rosa Aschenbrenner über die „Frauen und die Rote Hilfe", Fritz Baumgärtner: „Die Separatistenbewegung in der Pfalz und die Rote Hilfe" und Xaver Bühs über die „Rote Hilfe und ihre Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft" sprechen sollten. Daraufhin erging am 11. April von der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth ein **Verbot der Versammlung** mit der Begründung, daß „die Rote Hilfe eine im engsten Zusammenhang mit der KPD. stehende Organisation" sei, die bezweckt, durch jede mögliche Unterstützung politischer Gefangener und politischer Flüchtlinge den revolutionären Kampfgeist zur Erreichung des von der KPD. angestrebten Endzieles, des gewaltsamen Sturzes der Staatsordnung, aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Die Gesamtarbeiterschaft in Deutschland muß endlich **dem systematischen Unterdrückungsfeldzug der Roten Hilfe durch die bayrischen Behörden die größte Aufmerksamkeit widmen** und durch die Unterstützung der Roten Hilfe, durch Masseneintritt in ihre Organisation den beabsichtigten Vernichtungsschlag unmöglich machen.

Ein „Kampfbund für Volksrecht" gebildet

Die ständig wachsenden Justizskandale in der Republik, namentlich auch das Vorgehen gegen republikanische und sozialdemokratische Polizei- und Justizbeamte, die Justizverfolgungen von Pazifisten, Sozialdemokraten und Reichsbannerleuten auf der einen, die offene Begünstigung faschistischer Verbrecher auf der anderen Seite, sowie die im Falle Jürgens und im Falle Kußmann-Knoll zutage getretene Justizkorruption haben endlich auch Schichten aufgerüttelt, die bisher dem Treiben der bürgerlichen Klassenjustiz in Deutschland ziemlich teilnahmslos gegenübergestanden.

Namentlich in den Kreisen der Intellektuellen ist durch die Justizskandale der letzten Monate eine lebhafte, ständig wachsende Protestbewegung entstanden, die nunmehr feste Formen anzunehmen beginnt. Unter dem Namen „Kampfbund für Volksrecht" hat sich jetzt eine Organisation gebildet, die den Kampf gegen die deutsche Justizschande aufnehmen will. Die Organisation, deren Gründung von intellektuellen Kreisen ausging und der schon eine Reihe von Organisationen angeschlossen sind, verkündet in ihrem Mitteilungsblatt Nr. 1 vom 15. April folgende Aufgaben, die sie sich gesteckt hat: Sie will

1. **alles Material sammeln und bearbeiten, das geeignet ist, die deutschen Justizmißstände aufzudecken und der Schaffung eines gesunden, gerechten, volkstümlichen, der Menschheit und des 20. Jahrhunderts würdigen Rechtes zu dienen;**
2. **das Volk selbst aufrufen und mitbeteiligen am Kampf gegen die Justizschmach unserer Zeit (Fall Fechenbach, Fall Wandt, ungesühnte Feme- und sonstige Morde, Fürstenprozesse);**
3. **das Volk aufklären über die Mängel der Justiz und über die Erfordernisse einer gesunden Justizumwälzung;**
4. **an der Umgestaltung mitarbeiten durch Vorschläge für wirksame Verbesserung bestehender, Vorbereitung neuer Gesetze, des Straf-, Zivil-, Arbeits- und öffentlichen Rechtes, sowie des Strafvollzuges. Die Rechtsprechung und Justizverwaltung ständig in geeigneter Weise überwachen.**
5. **Alle gleichstrebenden politischen Fach- und Kulturorganisationen jeder Art und mit ihrer Bewegung sympathisierende Einzelpersönlichkeiten zur Mitarbeit heranziehen.**

Die Bildung dieser Organisation ist zweifellos ein Fortschritt im Kampf gegen die Klassenjustiz; denn sie bedeutet, daß jetzt auch Schichten in den Kampf eintreten, die ihm bisher noch teilnahmslos gegenüberstanden. Es wird sich aber erst noch zeigen müssen, wie weit die Organisation fähig sein wird, diesen Kampf wirksam zu führen.

Auch die Rote Hilfe Deutschlands wird in ihrer Zentralvorstandssitzung zur Frage des Anschlusses an den Kampfbund Stellung nehmen und sich wahrscheinlich kooperativ dem Bunde anschließen.

Wir hoffen, daß die deutsche Justizschande so breiten Schichten der Intellektuellen die Augen geöffnet haben wird, daß ein dauerndes Kampfbündnis gegen die Klassenjustiz zwischen Arbeitern und Intellektuellen sich bilden wird.

Genosse, hast Du schon an das Reichsjustiz-Ministerium geschrieben?

Kämpft weiter für die Freilassung der Jürgens-Opfer!

Die deutsche Klassenjustiz ist drauf und dran, den Jürgens-Skandal zu vertuschen.

Inzwischen aber sitzen die Jürgens-Opfer weiter im Kerker und harren ihrer Befreiung. Während zu Anfang der bekanntgewordenen Skandale auch ein Teil der bürgerlichen Presse die Freilassung der Jürgens-Opfer forderte, ist diese Forderung zwar jetzt nicht zurückgenommen, aber sie ist einem fast völligen Stillschweigen gewichen. Auch der Beschluß des Rechtsausschusses im Preußischen Landtag, von der Reichsregierung die Nachprüfung der Jürgens-Prozesse vor dem Staatsgerichtshof sowie Wiederaufnahmeverfahren bzw. Begnadigungen zu fordern, atmet den Geist der Halbheit, wenn auch zugegeben ist, daß selbst dieser Beschluß nur unter dem Druck der Massenproteste zustande gekommen ist.

Angesichts dieser Lage ist es doppelt notwendig, die Massen weiter zum Kampf gegen die deutsche Justizschande und für die Forderung der Freilassung der Jürgens-Opfer und darüber hinaus aller politischen Gefangenen zu mobilisieren. Der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands hat zur Fortführung dieser Kampagne folgende Karte in einer Massenauflage drucken lassen:

Herr Reichsjustizminister!

Unterzeichneter verlangt die sofortige Nachprüfung aller Urteile des Staatsgerichtshofes, insbesondere derjenigen, bei denen die Untersuchungsrichter Jürgens und Vogt mitgewirkt haben. Um weiterem Unrecht vorzubeugen, fordert der Unterzeichnete, daß die in Mitleidenschaft gezogenen politischen Gefangenen und Untersuchungsgefangenen sofort auf freiem Fuß gesetzt werden.

Unterschrift: .....

Wohnung: .....

Ort: .....

Auf der Vorderseite tragen die Karten die Adresse des Reichsjustizministeriums. Es muß die Aufgabe jedes Werktätigen sein, diese Karte nicht nur selbst zu unterschreiben und abzuschicken, sondern auch seine Arbeitskameraden und sonstige Bekannte zur Absendung zu veranlassen. Eine Massenabsendung der Karten bedeutet einen Massenprotest gegen diese Klassenjustiz und ist ein Mittel, die Kampfkraft der werktätigen Massen zu steigern, zusammenzufassen, um imstande zu sein, zum entscheidenden Schlag gegen diese Klassenjustiz auszuholen.

Darum, jeder Arbeiter muß schreiben!

Neues vom Tage

Die Ausweisungsschmach der Thüringer Ordnungsregierung

Vom Thüringer Ministerium des Innern wurde der Arbeiter Thomas Morwicz, der sich seit 24 Jahren in Deutschland aufhält und dem keinerlei Vergehen zur Last gelegt werden können, vor einigen Wochen ausgewiesen. Ebenso wurde der Arbeiter Julius Pillminzki, polnischer Herkunft, der 1914 in deutsche Gefangenschaft geriet und sich seit dieser Zeit in Deutschland aufhält, ausgewiesen. Die Ausweisungsschmach der Thüringer Ordnungsregierung läßt an Brutalität nichts zu wünschen übrig. Die ausländischen Arbeiter können sich zwar ausbeuten lassen von den deutschen Unternehmern, sie können auch Beiträge für die Erwerbslosenversicherung bezahlen, aber sie werden, wenn sie erwerbslos sind, **einfach landesverwiesen.** Es wird höchste Zeit, daß die Thüringer Arbeiterschaft Schluß macht mit dieser Regierung der geheiligten Ordnung.

Zum Quieken

Unserem Bruderblatt, der „Sächsischen Arbeiterzeitung", entnehmen wir:

Borsdorf. Am 1. März hat sich hier ein Verbrechen abgespielt, welches bei einer älteren Einwohnerin und einem Beamten furchtbares Aergernis erregte. Es hat nunmehr seine Sühne gefunden, wie die untenstehende Verfügung beweist.

Strafverfügung.

Laut erstatteter Anzeige des Polizeiwachtmeisters Voigt, hier, sind Sie beschuldigt, durch Anfassen (Kneipen, Kitzeln) des Dienstmädchens F. G. aus Altheim am Montag, dem 1. März d. J., nachts ½1 Uhr, auf hiesiger Kaiser-Wilhelm-Straße Veranlassung gegeben zu haben, daß dieses Mädchen durch lautes, weithin hörbares Schreien (Quieken) erheblich die nächtliche Ruhe der Anwohner gestört hat. Nicht minder haben auch Sie sich durch lautes Schreien der nächtlichen Ruhestörung schuldig gemacht. Beweis: Zeugnis des Anzeigeerstatters und von Anwohnern der Kaiser-Wilhelm- und König-Albert-Straße.

Auf Grund von § 360, Ziffer 11 des Reichsstrafgesetzbuches wird daher gegen Sie wegen Verübung groben Unfuges hierdurch eine Geldstrafe von fünf Mark und Bezahlung der erwachsenen Verlege mit der Maßgabe festgesetzt, daß im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe an deren Stelle ein Tag Haft zu treten hat.

Borsdorf, 14. April 1926. Heber, Bürgermeister.

Ueberfall auf einen Hungerkünstler

Chemnitz, 23. April. Eine größere Menge von Erwerbslosen drang gestern abend in das Restaurant Meistereck ein, **zertrümmerte das Glashaus des Hungerkünstlers Tantalus** und riß die Reklameplakate und die Befindenstabelle des Hungerkünstlers ab. Der Hungerkünstler Tantalus blieb während des Zerstörungswerkes ruhig auf seinem Lager liegen und hungert weiter. **Die Polizei verhaftete einige Urheber des Ueberfalls.**

So mußte es kommen. Die Erwerbslosen haben zur Selbsthilfe gegriffen, um den Provokationen der Behörden, der offenen Verhöhnung tausender hungernder Erwerbsloser zu begegnen. Elementar hat sich die Empörung Bahn gebrochen. Aber die Erwerbslosen müssen erkennen, daß auch Hungerkünstler mit zu den Volksverdummungsmitteln der Bourgeoisie gehören, welche die Aufgabe haben, die werktätige Bevölkerung von ihrem eigenen Hunger abzulenken. Die Arbeiterschaft muß durch Massendruck erzwingen, daß endgültig mit derartigen „Volksbelustigungen" Schluß gemacht wird.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Gummi-Absätze, Gummi-Sohlen, Gummi-Lösung, Gummi-Bieder, Große Steinstr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260426-11/fragment/page=0005

Gewerkschaftsbewegung

Die SPD. als Gewerkschaftsspalter

Scharfe Auseinandersetzungen im Gewerkschaftskartell Torgau

In der Ortsausschußsitzung am 27. April 1926 wurden unter den Eingängen besonders die im Mai stattfindenden **Wahlen zum Verwaltungsausschuß beim Arbeitsnachweis behandelt.** Kollege Gerecke ist nicht einverstanden mit dem Vorschlag des Ausschusses. Er will für Torgau vier Kollegen, für Annaburg einen Kollegen, ebenfalls für Dommitzsch einen Kollegen. Ferner müßten die Landarbeiter mehr Einfluß bekommen. Auf Vorschlag Holzweißigs wird im Prinzip beschlossen, nach Rücksprache mit den anderen Kartellen den Wünschen des Kollegen Gerecke gerecht zu werden.

Eine berechtigte Entrüstung tritt ein nach Verlesen eines **Schreibens vom Fabrikarbeiterverband,** der behauptet, daß die Wahl zur Generalversammlung nicht einwandfrei vor sich gegangen sei und seine **Delegierten so lange nicht an den Sitzungen teilnehmen lassen will,** bis der Bundesvorstand die Sache „geregelt" hätte. Zu diesen Verdächtigungen wird das Kartell im Beisein eines Mitgliedes des Bezirksausschusses noch Stellung nehmen.

Auch Kollege Franke hatte einen Brief an das Kartell gerichtet mit dem Vorwurf, daß Kollege Holzweißig durch scharfe Auseinandersetzungen in der letzten Kartellsitzung eine provozierende Haltung herbeigeführt habe. Dem Kollegen Franke wird nahegelegt, seine Aeußerungen zurückzunehmen. Wenn dies geschieht, ist auch Kollege Holzweißig bereit, seine Aeußerungen zurückzunehmen. Eine Erklärung des Kollegen Gerecke zeigt jedoch deutlich, daß ein Zusammenarbeiten überhaupt nicht die Absicht der SPD.-Vertreter im Kartell ist. Gerecke, der in der letzten Sitzung nicht anwesend war und sich nur auf unwahre Berichte stützen mußte, beharrte auf einer Erklärung der sogenannten OppositION und

forderte zugleich die Delegierten auf, die Sitzung zu verlassen.

Ganze vier Mann verließen das Lokal, um sich im Nebenzimmer zu placieren. Kollege Franke, um den es sich drehte, blieb zu aller Erstaunen und gab eine Erklärung ab, daß er derartige Sachen, wie Kollege Gerecke, nicht mitmachen würde. Mehrmals wurde dem Kollegen Franke nun vom Kollegen Groß nahegelegt, die Sache durch Zurücknahme seiner provozierenden Aeußerungen beizulegen, leider ohne Erfolg. Kollege Franke sowie Kollege Holzweißig erklärten sich aber bereit, protokollarische Erklärungen in der nächsten Sitzung abzugeben. Nun endlich konnte Genosse Holzweißig sein Referat über die jetzt im Vordergrund stehenden Forderungen der Gewerkschaften halten, dem die Kollegen mit großem Interesse folgten. Eine Resolution im Sinne des Referats, auf die wir noch zurückkommen, wurde einstimmig angenommen. Auf Antrag des Kollegen Franke wurde beschlossen, den Arbeiter-Stenographen 25 Mark Unterstützung zu gewähren. Ebenfalls wurde dem Arbeiter-Turnverein tatkräftige Unterstützung zugesagt.

Wenn Gerecke glaubte, mit seiner Handlungsweise das Kartell zu sprengen, so hatte er sich gründlich geirrt. Und die Torgauer Gewerkschafter werden sich auch in Zukunft für solches arbeiterschädigende Tun nicht hergeben. Sie haben wieder einen Beweis mehr, mit welchen demagogischen Mitteln gearbeitet wird und wo die Gewerkschaftsschädlinge sitzen. Wir erwarten aber natürlich auch weitere Klärung der Dinge, insbesondere eine gründliche Auseinandersetzung mit dem FVB. durch den Bezirksleiter Wernicke, und daß er in der nächsten Kartellsitzung erscheint oder von sich aus eine außerordentliche Sitzung des Ortsausschusses ansetzt, um die Verhältnisse zu klären.

Bezirkskonferenz der Schuhmacher

17. und 18. April 1926

(Schluß)

Schüßler-Erfurt (Opp.) betont, daß die Kollegen in den Betrieben, besonders die weiblichen, erbittert sind wegen der bedeutenden Verschlechterungen, die der neu abgeschlossene Tarifvertrag birgt. Es sei nicht zu verkennen, daß Bezirksberichte die Kollegen anspornen zu größerer Aktivität. Wenn Simon dem Tarif zustimmt und als gut auslegt, so muß man nur sagen: „Jeder Krämer lobt seine Ware." Der Vertrag sagt wiederum, daß praktisch an den Achtstundentag nicht gedacht werden kann. Kollege Schüßler gab an Beispielen zu verstehen, wie die Unternehmer die Auslegung des Tarifvertrages kommentieren. Ein besonders schwer zu verstehender Fall ist, daß den Heimarbeitern die Ferien gestrichen werden und den anderen Kollegen ein Tag Ferien abgestrichen wird und daß die Organisation der Reduzierung des Arbeiterinnenlohnes zustimmte. — Da der nächste Redner zugunsten Sch. verzichtet, fährt Schüßler nach Ablauf von 15 Minuten Redezeit fort: Das alles hat eine gewaltige Verwirrung unter den Kollegen verursacht, und die SPD.-Kollegen haben hier mit Unrecht die Frauenfrage nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Wenn Simon sage, daß wir von anderen Berufsgruppen den höchsten Lohn hätten, dann kann man annehmen, daß bei jeder Verhandlung 5 Prozent des Frauenlohnes abgezogen werden könnte.

Schäfer-Erfurt gab einige Fälle bekannt, wie die Landgerichte unseren Vertrag sowie das Betriebsrätegesetz mit Füßen treten und daß man gesagt hat: „Wir Richter kennen kein Betriebsrätegesetz".

Simon (Vors.) verteidigt sich damit, daß die Geschäftslage kein anderes Auftreten erlaubt habe, als dem Vertrag zuzustimmen. Im Verlauf seiner Ausführungen kommt es zu einer heftigen Debatte über die Frage der Gewerkschaft als Kampforganisation.

Beratung der Anträge

Von Erfurt lagen **sechs Anträge** vor, in welchen gefordert wurde: 1. Stellung zu nehmen gegen die Offensive der Unternehmer, 2. Schaffung von Industrieverbänden, 3. Einladung des russischen Lederarbeiterverbandes zum Verbandstag, 4. Entsendung einer Delegation der Lederarbeiter nach Rußland, 5. Aufnahme des russischen Lederarbeiterverbandes in die Lederarbeiterinternationale, 6. Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit.

Simon meint, auf diese Fragen brauche man nicht einzugehen. Dasselbe wiederholten die Regierarbeiter der SPD. Ziegler (SPD.) mußte sich vom Kollegen Jordan-Erfurt sagen lassen, daß das Demagogie sei, und mit recht bedrückten Gemütern lehnte die SPD.-Mehrheit die Anträge ab. Man ist eben in allen Situationen der getreue Diener seines Herrn. Abgelehnt wurde auch ein Antrag Erfurt, daß nur noch Streik- und Maßregelungsunterstützung gezahlt werden sollte. Auch der Antrag, daß die Ortsbeamten jedes Jahr in der Mitgliederversammlung gewählt werden sollten, wurde abgelehnt. Schallende Heiterkeit erregte es, als ein wichtiger Antrag 19 zu § 13, Ziffer 3 zur Debatte stand: Die Zahlstelle Nürnberg-Fürth wählt die unbesoldeten Vorstandsmitglieder in einer Versammlung mit Stimmenmehrheit. Einige SPD.-Kollegen hatten sich an einen stillen Ort verzogen, und flugs saufte einer hinaus und holte die Kollegen herein. Diese kamen hereingestürzt und der Auszähler empfing die Kollegen noch zur rechten Zeit, der Antrag Erfurt wäre sonst ohne die Kollegen nämlich zur Annahme gekommen! Die Helden wußten natürlich gar nicht, worüber überhaupt abgestimmt wurde. Im Verlauf der weiteren Beratungen wurde durch treffende, aber durchaus sachliche Zwischenrufe Simon öfter aus dem Konzept gebracht.

Ein Mißtrauensantrag gegen den **Redakteur des Fachblattes** wurde vom Antragsteller zurückgezogen. Die Debatte darüber stellte fest, daß das Verbandsorgan die Schaukelpolitik der allmächtigen SPD. vertrete und sich manchmal in einer Harmonieduselei befinde. Ein Kollege aus Gotha führte dazu aus, daß alles, was die SPD.-Kollegen nicht erfahren sollen, im Papierkorb verschwindet oder die eingeschickten Artikel beschnippelt und mit Pferdefüßen versehen werden. Zur Frage der **Beiratswahlen** entspann sich wider Erwarten nur eine kurze Diskussion. Gewählt wurde Ziegler-Burg (wahrscheinlich zum letztenmal, denn nur durch ein Wahlversehen kommt Z. an dieser Wahl noch einmal teilnehmen), und von der Opposition Schüßler-Weißenfels, als Vertreter Rockstroh-Magdeburg und Herrmann-Erfurt. Nachdem diese Wahlen getätigt waren, erklärte mit kurzem Schlußwort der Bezirksleiter Illner die Konferenz als geschlossen.

Das Ergebnis ist, kurz zusammengefaßt, daß die Kollegen der Opposition in ihren Zahlstellen ihren Einfluß unter den Kollegen gehalten und ausgebaut haben. Als Symptom der Vorwärtsentwicklung der oppositionellen Bewegung ist charakteristisch, daß die Zahlstelle Burg bei Magdeburg, die Hochburg eines Blut-Hörsing, auf dieser Bezirkskonferenz durch 5 KPD.- und 1 SPD.-Kollegen vertreten war, während bisher nur SPD.-Kollegen das Heft in der Hand hatten. **Nur die kleinen Zahlstellen mit 30 oder noch weniger Kollegen steifen dem Reformismus noch den Rücken,** obgleich man in privater Unterhaltung feststellen muß, daß auch dort innerhalb der SPD.-Kollegen Stimmungen vorhanden sind, daß das Maß der Geduld überlaufen kann, wenn nicht bald eine **gemeinsame** Front geschaffen wird gegen die Verhältnisse, wie sie mit durch die ADGB.-Führung heraufbeschworen sind. Wir haben als Oppositionskollegen Fehler und Schwächen abzustellen, die uns noch anhaften und dafür zu sorgen, daß auf der nächsten Konferenz unsere Einstellung für wirkliche Kampfgewerkschaften, für das einige Proletariat, gegen den Unternehmerterror auch auf die Kollegen übergegangen ist, die heute noch abseits stehen.

Die Zeitzer Staats- und Gemeindearbeiter für Arbeitsruhe am 1. Mai

In der am 10. April tagenden Mitgliederversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Zeitz wurde beschlossen, von dem Magistrat in einem diesbezüglichen Antrage für den 1. Mai eine Arbeitsregelung wie an Sonn- und Feiertagen festzusetzen.

Weiter wurde ein Protestschreiben an den Hauptvorstand, insbesondere gegen das Hauptvorstandsmitglied Müntner, beschlossen, das auf eine Anfrage über die Gehälter des Hauptvorstandes eine unerhört provozierende Antwort gegeben hatte.

Noch einmal hallische Buchdrucker und 1. Mai

In unserer Mitteilung über die Urabstimmung bei den hallischen Buchdruckern haben wir das uns durch einen Zufall bekannt gewordene Ergebnis der einzelnen Betriebe bekanntgegeben. Die graphischen Hilfsarbeiter und Buchbinder der genannten Betriebe legen Wert darauf, zu betonen, daß es sich bei den Zahlen nur um die Buchdrucker handelt und daß sie in ihren Gewerkschaften die Arbeitsruhe durchzuführen beschlossen haben.

Wir richten an diese Kollegen den Appell: Agitiert auch unter den Buchdruckern! Helft mit, **daß auch sie sich noch eines Besseren besinnen!**

Der Deutsche Beamtenbund

auf dem Wege zu den Christen

Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes hat am 17. April in Berlin eine Sitzung abgehalten, die sich mit der Einigung aller Beamtenverbände befaßte. In einer Resolution wurde die Politik des Bundes gebilligt und alle Schritte begrüßt, die in der Richtung der Vereinheitlichung der Beamtenbewegung gemacht werden.

Schon seit einiger Zeit schweben zwischen dem DBB. und der Spitzenorganisation der christlichen Beamtenverbände Verhandlungen zwecks Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft mit dem späteren Ziel einer Verschmelzung. Zwischen dem Reichsverband der Postbeamten, der dem DBB. angehört und der christlichen Deutschen Postgewerkschaft besteht bereits eine solche Arbeitsgemeinschaft. Der Gesamtvorstand des DBB. hat nun durch seinen Beschluß diese Bestrebungen ausdrücklich sanktioniert.

Für die Beamten wird bei einer solchen Verschmelzung nicht viel herauskommen. Der Deutsche Beamtenbund hat mit seiner Politik der „Neutralität", der ewigen Hoffnung auf wohlwollendes Entgegenkommen von seiten der Regierungen, mit seiner Isolierung der Beamten von den Arbeitern Fiasko gemacht. Das ist ihm letztihin erst wieder ausdrücklich auf dem Verbandstag der sächsischen Polizeibeamten bescheinigt worden. Im Interesse der Beamten wäre deshalb **eine Annäherung und Verbindung mit der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung viel notwendiger als der Zusammenschluß mit den Christen,** die in der Beamtenbewegung sowieso nicht viel bedeuten.

Wenn die Resolution des Gesamtvorstandes weiterhin behauptet, daß es dem Zentralgewerkschaftsbund der Reichsbahnbeamten, der dem DBB. angeschlossen ist, gelungen ist, für die Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis IV einen grundsätzlichen Erfolg zu erzielen, weil der Verwaltungsrat der Reichsbahn beschlossen haben soll, für diese Gruppen die unkündbare Anstellung nach 20jähriger Beamtendienstzeit vorzusehen, so kennzeichnet das wiederum so recht die Mischung von Ueberheblichkeit gegenüber den Arbeitern und Bescheidenheit gegenüber „hohen Vorgesetzten", die für die Leitung des DBB. als Richtlinie gilt. Diese großen Strategen verschweigen nämlich kläglich, daß die unteren Beamten der Reichsbahn bis vor kurzer Zeit noch weit bessere Anstellungs- und Arbeitsbedingungen hatten. Und wenn die Reichsbahn ihre ursprüngliche Absicht, das unkündbare Beamtenverhältnis für die unteren Gruppen überhaupt aufzuheben, zurzeit anscheinend aufgegeben hat, so tut sie das nur, weil sie den engen Zusammenschluß von unteren Beamten und Arbeitern befürchtet, wofür in der letzten Zeit deutliche Anzeichen vorlagen. Die unteren Reichsbahnbeamten verdanken diesen bescheidenen Erfolg nicht der „Standespolitik" des Deutschen Beamtenbundes, sondern ihrem wachsenden Klassenbewußtsein, vor dessen Auswirkungen die Reichsbahngesellschaft etwas zurückgewichen ist. Die Beamten dürfen deshalb ihre Hoffnung nicht auf die loyale Gesinnung der Führer im DBB. und auf den Zusammenschluß mit den Christen setzen, sie müssen im Gegenteil mehr denn je dafür sorgen, daß der Zusammenschluß der Beamten mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen erfolgt.

Heute 7½ Uhr: Metallarbeiterversammlung im „Volkspark".

Referent: Genosse **A. Enderle.**

Die Hölle der amerikanischen Textilarbeiter

Seit Monaten hören die deutschen Arbeiter von der Amerika-Delegation des ADGB. die rosigsten Schilderungen über die idealen Lebensverhältnisse und hohen Löhne der Arbeiter in Amerika. Die reformistischen Führer des ADGB., die Tarnow, Eggert und Ko., sind des Lobes voll über das „wohlwollende Verhalten" der amerikanischen Kapitalisten gegenüber ihren Arbeitern. Von den Reformisten werden die Zustände in Amerika, wo die Technik und Wirtschaft am fortgeschrittensten entwickelt ist, die kapitalistische Nationalisierung und der Fordismus die höchsten Formen erreicht haben und die raffinierteste Ausbeutung herrscht, als erstrebenswertes Ziel empfohlen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Amerika-Apostel berichten über **das Leben der von den Kapitalisten gutbezahlten Arbeiteraristokratie,** die durch hohe Löhne sich Autos, Aktien usw. kaufen und besser leben kann als die **große Masse der Ungelernten und Neger.** In Wirklichkeit ist Amerika kein Paradies, sondern ein hochentwickelter imperialistischer Staat, wo die Klassengegensätze und die Klassenkämpfe die schärfsten, brutalsten Formen annehmen. Darüber schweigen aber die Führer der deutschen Gewerkschaften. Um so mehr ist notwendig, die deutsche Arbeiterschaft mit der wirklichen Lage und der Verschärfung der Lohn- und Arbeitszeitkämpfe der amerikanischen bekannt zu machen. Ein krasses Beispiel der ungeheuerlichsten Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter unter Anwendung barbarischer Methoden durch Unternehmer, Polizei und Justiz ist der Streik der Arbeiter im Textilgebiete **Passaic** in der Nähe von Neuyork. Im folgenden geben wir **einen Brief aus Amerika** wieder, der eine ausführliche Darstellung der Ereignisse in diesem Streikgebiet enthält:

Der Textilarbeiterstreik bei Neuyork

„Etwa 25 Meilen von Neuyork City liegt eins der wichtigsten Textilzentren der U. S. in den Orten Passaic, Paterson, Carfield, Clinton und Lodi. Vor dem Kriege waren die meisten Fabriken Zweigniederlassungen deutscher Firmen, wie Stoehr-Leipzig, Forstmann, Hoffmann-Werden a. d. Ruhr usw. Während des Krieges wurden die Werke zum Teil beschlagnahmt als feindliches Eigentum, aber durch Prozesse und geschickte Manipulationen der Inhaber sind sie jetzt meist wieder in den Händen der ehemaligen Besitzer. (Es wäre interessant, festzustellen, ob sie nicht seinerzeit Schadenersatz von der deutschen Regierung bekommen haben. Hier kämpften sie mit dem Argument, daß sie unabhängig seien und zudem auch schon naturalisiert, wofür ihnen die Beweisführung nicht gelang.)

Passaic und die anderen Orte sind im Besitz dieser Aktiengesellschaften. Der Bürgermeister und die ganze hohe Obrigkeit ist auch deutsch, während die „gemeine Masse" aus Russen, Polen und Italienern besteht. Der Bürgermeister hat gleichzeitig einen fetten Posten als Sekretär bei einem dieser großen Werke, der Polizeihäuptling hat einen Kontrakt für die Verwertung der Abfälle dieser Fabriken, die ihm 175 000 Dollars jährlich einbringt. Alle Versuche der Gewerkschaften, die Arbeiter zu organisieren, sind bisher gescheitert. Die Majorität der Arbeiter sind in bezug auf die englische Sprache Analphabeten, sehr viele sind es auch in bezug auf ihre Muttersprache, außerdem der Gegensatz zwischen Weißen und Negern, der geringe Eifer der amerikanischen Federation of Labour, sich um ungelernte Arbeiter zu kümmern, das alles war von großem Vorteil für die Unternehmer.

Dementsprechend waren auch die Arbeitsverhältnisse. Die wöchentliche Arbeitszeit soll 48 Stunden betragen. Aus Lohnlüsten, die für eine Kongreßuntersuchung jetzt gesammelt wurden, geht hervor, daß in den Färbereien von Lodi ungefähr folgender Lohn gezahlt wurde:

für 130 Stunden (in zwei Wochen) 41 Dollar,
für 145 Stunden (in zwei Wochen) 43 Dollar,
für 160 Stunden (in zwei Wochen) 48 Dollar.

Der Mindestlohn, den das Arbeitsamt unter Zugrundelegung amerikanischer Existenzbedingungen errechnet, ist 50 Dollar wöchentlich, und in Neunork verdienen verschiedene Kategorien von Unionarbeitern erheblich mehr (Tapezierer 10 Dollar täglich, Schreiner und Tischler 12 Dollar täglich).

Da ein Einkommen in diesem Gebiet zur Erhaltung einer Familie, die durchschnittlich fünf Köpfe zählt, nicht reicht, haben die Kapitalisten, einsichtsvoll wie sie nun einmal sind, die **Nachtschicht für Frauen eingeführt. In den Farbwerken von Lodi arbeitet jede Nacht eine Schicht von 1000 Frauen und Müttern,** denn die jungen Mädchen haben am Tage Zeit zum Geldverdienen. In den Kammgarn- und Wollfabriken ist der gleiche „humanitäre" Schichtwechsel; die Männer und Mädchen schuften am Tage, die Frauen und Mütter in der Nacht! Die Wochenlöhne der Frauen schwanken zwischen 10 und 20 Dollar, die jungen Mädchen haben einen Anfangslohn als Spulerinnen von 4 Dollar die Woche — bei 50 Dollar Existenzminimum!

Im vergangenen Oktober hat die Botany Worsted Mills in Passaic (Pflanzenstoffabrik Stoehr-Konzern) **eine Kürzung von 10 Prozent des Stundenlohnes und 25 Prozent des Akkordlohnes durchzuführen versucht. Zum ersten Male war die Bewegung der ganzen Arbeitermassen so groß, daß der Versuch mit Erfolg gemacht werden konnte, eine Organisation zu schaffen, die die 10 Prozent zurückholte.** Zirka 1000 Textilarbeiter schlossen sich Anfang Januar **in Einheitskomitees der Textilarbeiter zusammen** und eine Delegation verlangte im Betrieb die Rückgängigmachung der Lohnkürzung. Die Antwort war der Rausschmiß aller Arbeiter, die dem Komitee angehörten. Am nächsten Tage standen von **6000 Personen der Belegschaft 5600 im Streik.**

Dieser Kampf hält nun schon 9 Wochen an und 15 000 Arbeiter sind von ihm betroffen. Dem Einheitsfrontkomitee gehören 3000 Mitglieder an und die Forderungen der Streikenden lauten: **10 Prozent Lohnerhöhung, Anerkennung der Gewerkschaften!**

In diesem Kampf amerikanischer Textilarbeiter werden von den Kapitalisten Methoden ausprobiert, die das **Proletariat der ganzen Welt herausfordern.** Da sie von deutschen Kapitalistengruppen in Amerika angewandt werden, da bei der Amerikanisierung in Deutschland sehr nahe liegt, daß man diese Methoden sehr rasch übernehmen wird, sind die Vorgänge in Passaic insbesondere eine Alarmierung der **deutschen Arbeiter.**

Auf Anordnung der deutschen Unternehmer ging die Polizei gegen friedliche Streikposten, Männer, Frauen und Kinder mit Gasbomben vor. Die Polizei warf Tränengasbomben! Die „Ordnungshüter" hatten aber die Strategie des Giftgaskrieges wohl nicht studiert. Jedenfalls, der Wind trug die grauen Wolken von der Masse weg in die Stadt hinein, die **ganze Bevölkerung — unterschiedslos** — bekam zu spüren, mit welchen Mitteln 10 Prozent Lohnabzug an unterbezahlten Arbeitern durchgeführt wird. Feuerlöschzüge mit Starkwasserströmen und verstärkte Anzahl Polizeiknüppel mußten die Empörung niederhalten. Da auch die bürgerlichen Zeitungsmenschen, Photographen, Filmkurbler usw. ihr Teil abbekamen, da Filmaufnahmen vor der Ordnungswüterei noch gerettet werden konnten, stieg die Empörung über Polizei und Unternehmer durch dieses Vorgehen noch mehr.

Die Streikenden marschierten am nächsten Tage zu Tausenden auf, voran ein Zug Frontsoldaten in Stahlhelmen und Gasmaske. Die Berichterstatter erschienen in Panzerautos und die Photographen machten ihre Aufnahmen von einem Flugzeug aus.

So tobt seit Wochen ein erbitteltes Ringen. Die Stimmung der Streikenden ist trotz alledem glänzend. Ihr Kampf hat die Sympathien auch der ganzen organisierten Arbeiterschaft. Das Echo der Explosion der kleinen Gasbombe geht über ganz Amerika, und von allen Teilen des Landes kommt Hilfe. Manche Gewerkschaften geben einen Stundenlohn pro Mitglied, manche sogar mehr. Es geben Verbände namhafte Summen aus ihren Reserven. **Die Justiz unterstützt natürlich auch die Polizei. Täglich werden zahllose Arbeiter verhaftet und zu hohen Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt.** Streikpostenstehen „kostet" an ruhigen Tagen zirka 3 Dollar, an stürmischen 10 oder 20 Dollar. **Singen oder den Ruf: Solidarität für immer! ausbringen, kostet 30 bis 90 Tage Gefängnis!** Freilassung erfolgt nur gegen unverschämt hohe Kaution — 1000 bis 2000 Dollar verlangt die schamlose Klassenjustiz von Arbeitern, die seit Januar im Streik stehen und vorher unterbezahlt wurden.

Solidarität für immer! Das muß die Antwort der deutschen klassenbewußten Arbeiter sein!

Der Ruf: Solidarität für immer! — muß bei den deutschen Arbeitern, insbesondere bei den Textilarbeitern lebhaften Widerhall finden. In den Textilbetrieben und Versammlungen des DTV. müssen die Arbeiter **Sympathiekundgebungen für die im harten Kampfe stehenden amerikanischen Kollegen** beschließen und vom Hauptvorstand des DTV. fordern, daß er ebenfalls seine Solidarität mit den Streikenden in Passaic bekundet. Auch in den übrigen Betrieben und Gewerkschaften müssen die Arbeiter ihre Solidarität mit den kämpfenden Textilarbeitern in Amerika zum Ausdruck bringen. Der Textilarbeiterstreik in Amerika zeigt zugleich, **wie notwendig der Kampf gegen das internationale Kapital und die internationale Gewerkschaftseinheit** zur Führung des internationalen proletarischen Klassenkampfes gegen die Kapitalsoffensive ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260426-11/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis

Arbeitereltern, rüstet zum 1. Mai!

In wenigen Tagen marschiert die Arbeiterschaft auf, um den Weltfeiertag der Arbeiterklasse, den 1. Mai, durch einen machtvollen Aufmarsch zu begehen. Dieser Aufmarsch muß in diesem Jahre gewaltiger denn je sein. Die Erwerbslosigkeit mit all ihrem Elend ist heute in Deutschland ins Ungeheuerliche gestiegen. Der Teil der Arbeiter, der heute noch eine Erwerbsmöglichkeit hat, erhält einen Lohn, der bei weitem nicht ausreicht, die notwendigsten Bedürfnisse des Lebens zu bestreiten. Dieser schon ungenügende Lohn ist durch die Offensive der Unternehmer bedroht. Sie glauben, die Erwerbslosen gegen die im Betrieb Stehenden ausspielen zu können. Sie gehen in ihrer Profitgier so weit, jugendliche Arbeiter, Frauen und sogar Kinder, besonders auf dem Lande, in größerer Zahl als früher zu beschäftigen und das nur, um den erwachsenen Arbeitern nicht den ihnen zustehenden Lohn zu zahlen. Im vergangenen Jahr wurden in der deutschen Landwirtschaft

Heute abend 7 Uhr wichtige Zusammenkunft des Kommunistischen Jugendverbandes im „Volkspark". Jedes Mitglied hat pünktlich zu erscheinen!

1½ Millionen Kinder, davon war ½ Million noch nicht einmal 10 Jahre alt, beschäftigt. **Diese Zahl soll nach den Zeitungen der Agrarier in diesem Jahre noch erhöht werden.** Ein großer Teil von Euch Arbeiter-Eltern ist leider gezwungen, seine Kinder einige Pfennige verdienen zu lassen. Denkt aber daran, daß dies nur Judasgroschen sind. Ihr verkauft dadurch die Gesundheit Eurer Kinder und müßt später vielleicht das Vielfache, was sie heute verdienen, zum Arzt schaffen. Deshalb demonstriert am 1. Mai in gewaltiger Zahl und kämpft für höhere Löhne, damit Eure Kinder nicht zu Lohndrückern an Euch und Euren Klassengenossen zu werden brauchen. Aber nicht nur Ihr Arbeiter-Eltern sollt am 1. Mai in gewaltiger Zahl aufmarschieren, auch für Eure Kinder ist der 1. Mai ein Weltfeiertag.

Werden Eure Kinder in der Schule gezwungen, die Feiertage, die von der Kirche anbefohlen sind, und die Gedenktage nationalistischer Helden zu feiern, dann haben sie auch ein Recht, sich nach ihren Kräften gegen ihr heutiges Elend zu wehren. Sie sollen sich am 1. Mai gemeinsam mit uns über die Geschichte des 1. Mai und die Bedeutung desselben für die Arbeiterklasse unterhalten. Der heutige reaktionäre Unterricht an den Volksschulen hat wohl Raum genug für die Geschichte der Kirche und der sogenannten großen nationalen Helden Deutschlands, nicht aber für die Geschichte der Arbeiterklasse. Das, was Euren Kindern in der Schule wissentlich vorenthalten wird, wollen wir ihnen sagen. **Schickt Eure Kinder darum am 1. Mai nicht zur Schule, sondern meldet sie einen Tag vorher vom Schulunterricht für den 1. Mai ab.** Keine noch so reaktionäre Schulbehörde kann Euch und Eure Kinder daraus irgendwelche Schwierigkeiten bereiten.

Die Parole des Jung-Spartakus-Bundes muß auch die aller Arbeitereltern sein:

1. Mai schulfrei!

Nehmt Eure Kinder mit zur Maidemonstration und laßt sie mit einreihen in die Gruppen des Jung-Spartakus-Bundes, die sich an allen Orten an den Demonstrationen der revolutionären Arbeiterschaft zum 1. Mai beteiligen.

Arbeitereltern, kämpft um höhere Löhne, damit Ihr nicht gezwungen seid, Eure Kinder für wenige Pfennige von Kapitalisten ausbeuten zu lassen!

Arbeiter, kämpft dafür, daß die Kinder der Erwerbslosen ausreichende Nahrung und Kleidung erhalten!

Die kranke Reichsgesundheitswoche

Demonstration für die Gesundung der werktätigen Massen

Die mit vielem Tamtam eingeleitete Reichsgesundheitswoche hat nun ihren Abschluß gefunden. Was hat sie positiv für die Gesundung der breiten Volksmassen getan? — nichts! Das ist die objektive Antwort auf die vorstehende Frage, die gestellt werden muß. Am Montag hat man im Zoo an einige Schulkinder gratis Milch und Brezeln verteilt, das ist alles, was überhaupt zu bewerten ist. Die 10 000 Mark, die von der Stadt für die Durchführung der Reichsgesundheitswoche zur Verfügung gestellt wurden, sind im wahrsten Sinne des Wortes verpulvert, ohne auch nur einem einzigen Kranken geholfen zu haben. Aber das war auch gar nicht der Zweck der Reichsgesundheitswoche. Hätte man ernstlich die Absicht, den Kranken und Siechen zu helfen, dann hätte man zu ganz anderen Mitteln greifen müssen, als zu Marktkino, Stahlhelmkapelle und Polizeiarzt. Man hätte die Schlösser und Paläste der ehemaligen deutschen Fürsten zu Kinder- und Erholungsheimen, den übermäßigen Wohnraum der Besitzenden zugunsten der kinderreichen Familien enteignen müssen. Man hätte für ausreichende Löhne, für den Achtstundentag, für den größtmöglichsten Ausbau der Schutzvorrichtungen an Maschinen usw. Sorge tragen müssen. Das hat man nicht getan und auch gar nicht gewollt. Darum konnte die Reichsgesundheitswoche, die ja selber sehr, sehr krank und schwach auf den Beinen war, niemand praktische Hilfe bringen.

Aus dieser richtigen Erkenntnis heraus versammelten sich am Sonnabendnachmittag auf dem Roßplatz die hallischen Arbeiter zu einer Demonstration, um für die Forderungen der werktätigen Massen in Stadt und Land zu demonstrieren. Leider hatte die Demonstration nicht die Teilnehmerzahl aufzuweisen, wie man es bei anderen Anlässen gewöhnt ist, wie man es angesichts der Wichtigkeit dieser Demonstration auch hätte erwarten können. Trotzdem aber war die Demonstration dennoch nicht wirkungslos. Der Spielmannszug des Jung-Spartakus-Bundes bildete die Spitze des Zuges, und immer wieder konnte man von den Kindern hören: „Wir haben Hunger!" — „Wir fordern Schulpeisung!" — „Gebt unseren Vätern lohnende Arbeit!" usw. Die hallischen Arbeiterfrauen waren besonders stark im Zuge vertreten. Viele Arbeiter, die gerade um diese Zeit aus der Fabrik kamen, schlossen sich dem Zuge bis zum Hallmarkt noch an.

Von der Terrasse der Umformerstation sprach der Genosse Kilian zu den Versammelten und schilderte diesen den wahren Zweck der Reichsgesundheitswoche. Er wies nach, daß diese Veranstaltung im Reichsmaßstabe nichts anderes als ein **Ablenkungsmanöver** sei, weil eine solche Veranstaltung ohne praktische und tatsächliche Hilfeleistung sinnlos sei. Man brauchte nicht immer und immer wieder die Weisheiten der gelehrten Professoren zu hören, was dem Körper zu seiner Erhaltung dienlich sei. Das sei überall bekannt. Unbekannt ist aber, wo die darbende und in Not geratene Volksmasse die Mittel zu ihrer Gesundhaltung hernehmen soll. **Mit der Zahnbürste allein lasse sich die Gesundheit nicht erhalten, wenn andererseits die Zähne nichts zum Beißen hätten.** Und die Tausende, die täglich viele Stunden hart schuften, oder gar im Leuna-Zuchthaus giftige Gase atmen müssen, können naturgemäß nicht jung und schön bleiben, auch wenn man ihnen täglich hygienisch belehrende Filme zeigt. Das klassenbewußte Proletariat aber erkennt sehr wohl die richtigen Wege, auf denen es zur völligen Gesundung gelangen kann. **Nur der rücksichtslose Klassenkampf, der intensive Kampf für höhere Löhne, für gesunde und ausreichende Wohnräume, für den Achtstundentag, für vierwöchigen Erholungsurlaub, für Verbot der Kinderarbeit usw. sei der einzige Weg, der das Proletariat zur völligen und dauernden Gesundung führen könne.** Die Ausführungen fanden den lebhaften Beifall der Demonstranten.

Nach dem Genossen Kilian wies noch der Genosse Höcker auf Rußland hin, das als einziges Land der arbeitenden Bevölkerung hinreichend Gelegenheit gebe, sich gesund zu erhalten. Er wies ferner noch kurz auf die Zwecke der IAH. hin und ersuchte, diese Hilfsorganisation der Arbeiterschaft tatkräftig zu unterstützen. Mit dem gemeinsam gesungenen Liede „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit", fand die Kundgebung ihr Ende.

Der rote Ball auf der Flugzeughalle!

Uns wird geschrieben:

Wenn man von Nrtleben kommend als Fußgänger oder Radfahrer die links über den Flugplatz nach dem Weinberg führende neuangelegte Autostraße benutzt, passiert es fast täglich, daß man, an der Flugzeughalle angekommen, von einem Polizeibeamten wegen unbefugter Benutzung dieser Straße gestellt und zur Anzeige gebracht wird. Alle Einwendungen sind fruchtlos, der Polizeibeamte handelt nach seinen Instruktionen!

Und der Grund dieser täglichen unliebsamen Auseinandersetzungen? Am Eingang zur Autostraße steht in der Fahrtrichtung links, mit dem Ankommenden abgewendeter Schrift, eine unscheinbare Tafel mit der polizeilichen Bekanntmachung: „Wenn der rote Ball auf der Flugzeughalle hochgezogen ist, ist es verboten usw." Von der Warnungstafel bis zur Flugzeughalle sind mehrere hundert Meter Luftlinie. Trotz größter Anstrengung kann der harmlose Wanderer mit bewaffnetem oder unbewaffnetem Auge auf der Flugzeughalle einen roten Ball nicht entdecken. Auf der Halle befinden sich lediglich eine Fahnenstange, eine Antenne und eine Vorrichtung zur Feststellung der Windrichtung. Benutzt man nun im guten Glauben, sich keiner strafbaren Handlung schuldig zu machen, die Autostraße und wird an der Halle zur Anzeige gebracht, dann entdeckt man an der einen Giebelfront der Halle eine Vorrichtung in Form einer senkrechten Eindrahtbusantenne. An diesem Drahte hängt 1 bis 2 Meter unterhalb der Dachrinne ein unscheinbares und durch die Witterungsverhältnisse jeder roten Farbe entbehrendes Bällchen.

Durch Anbringen eines großen roten Balles auf der Halle, der dann auch von der Weinbergseite aus gesehen werden könnte, würde der Allgemeinheit viel Aerger und den ohnehin stark belasteten Polizeibeamten viel Arbeit erspart werden können. R. Z.

Aus dem Provinziallandtag ausgeschieden

ist, wie die bürgerliche Presse meldet, der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Zehle aus Magdeburg, der in den letzten Jahren Vizepräsident des Provinziallandtages war. Zehle führte in der letzten Landtagssitzung den Vorsitz, als die neue verschärfte Geschäftsordnung durchgepeitscht wurde, und er glaubte wohl, die Kommunisten damit mundtot gemacht zu haben. Die darauffolgenden bekannten Vorgänge haben ihn eines anderen belehrt. Jedenfalls hat er die Nase voll.

Hallische Tageschronik

Bekanntmachung über die Tätigkeit der Feuerwehr

Die Hilfeleistung der Feuerwehr in Brand- und Unglücksfällen sowie zur Beseitigung von Verkehrshindernissen oder Abwehr einer öffentlichen Gefahr erfolgt innerhalb des Stadtgebietes Halle unentgeltlich.

Für das Verhalten bei Brandfällen gilt nachstehendes:

1. Bei Schadenfeuern sofort Feuerwehr rufen, nicht erst, wenn Feuer gefahrdrohend ist. 2. Alarmierung durch Feuermelder oder Fernsprechanschluß 7777 bzw. durch die nächste Polizeiwache. Jedermann muß den nächstgelegenen Feuermelder kennen, Hauspersonal und Kinder belehren! Fernsprechmeldung langsam und deutlich. Ort des Brandes nicht vergessen. Unfälle, Schornstein- oder Aschengrubenbrände nur durch Fernspruch melden, alles übrige durch Feuermelder oder Fernsprech. 3. Mißbräuchliche Benutzung der Feuermelder schädigt die Sicherheit der Bürgerschaft. Ermittlung von Tätern ist organisiert, schwere Strafe.

Von Feuer Bedrohte beachten nachstehendes:

Ruhe bewahren, vernünftig handeln. Feuerwehr sofort alarmieren. Brennende Räume dicht abschließen, bringe zwischen Dich und Brandherd möglichst viele geschlossene Türen. Tür nach Treppe stets geschlossen halten (sehr wichtig)! Ist Weg über Treppe unbenutzbar, zurückbleiben. Gefährdete Personen zeigen sich der Feuerwehr am Fenster. Niemals auf Zuruf des Publikums herabspringen, nur Anordnungen der Feuerwehr befolgen. In verqualmten Räumen auf Fußboden kriechen, nasses Tuch vor Mund und Nase. Brennende Personen am Fortlaufen hindern, zu Boden werfen und wälzen, deren Kleider nicht abreißen, sondern mit fremden Kleidern oder Decken fest umhüllen, dann ernst begießen. Umgehend Arzt rufen.

Sonstiges: Im Interesse der Allgemeinheit ist bei der Branddirektion eine „Abteilung Feuerschutz" eingerichtet, welche gegen geringe Gebühr auf Wunsch Interessenten in allen Feuerschutzfragen (Gutachten, Nachprüfungen u. a.) behilflich ist.

Herzschlag

Am 24. April, gegen 3.55 Uhr nachmittags, erlitt in einem Fleischerladen eine 81jährige Witwe einen Herzschlag. Der hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Schlägerei

Am 26. April gegen 1 Uhr vormittags entstand in der Ulrichstraße zwischen mehreren Personen eine Schlägerei, in deren Verlauf einer der Beteiligten eine Verletzung im Gesicht erlitt. In dem unter den Zuschauern entstandenen Gedränge wurde einer männlichen Person von einem unerkannt entkommenen Täter die rechte Westentasche abgerissen und die Uhr entwendet. Von den an der Schlägerei beteiligten Personen wurden zwei zur Personalienfeststellung der Polizeiwache zugeführt.

* **An alle Werbebezirksführerinnen und Kassiererinnen des RFMB. Heute, Montag, abend 8 Uhr findet in der „Goldenen Kette", Alter Markt, eine außerordentlich wichtige Sitzung aller Werbebezirksführerinnen und Kassiererinnen statt, die sich mit der Durchführung der Kassierung und anderen organisatorischen Angelegenheiten zu beschäftigen hat. Alle Genossinnen haben bestimmt und pünktlich zu erscheinen.**

Die Leitung des RFMB.

* **Verloren** wurde gestern auf der Peißnitz ein Portemonnaie mit 38 Mark Inhalt. Abzugeben im Verlag Klassenkampf.

* **Deutscher Verkehrsbund.** Morgen, Dienstag, den 27. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark": **Generalversammlung.** Alle Mitglieder müssen erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Ammendorf

Maifeier! Alle proletarischen Organisationen, sowie die Betriebsräte von Ammendorf und Umgegend, ausgenommen die SPD. und Reichsbanner, welche eine Beteiligung abgelehnt haben, rufen zur allgemeinen, strikten Arbeitsruhe am 1. Mai auf. Die Durchführung der Maifeier findet wie folgt statt: Vormittags 9 Uhr Sammeln am „Dreierhaus", von da Demonstrationsumzug. Endpunkt Beesen. Dortselbst Versammlung. Abends ½7 Uhr Sammeln in Beesen vor dem „Deutschen Haus". Punkt 7 Uhr Abmarsch nach dem „Dreierhaus", daselbst Versammlung. Anschließend Unterhaltungsabend. Näheres später.

KPD., AFB., IGB., KJ., Erwerbslosenrat, Sportkartell, Bund der Arb.-Invaliden.

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Montag, den 26. April, 6 Uhr, „Volkspark" Versammlung des Bezirks 4.

Dienstag, den 27. April, 6 Uhr, Produktiv-Genossenschaft Versammlung des Bezirks 1.

Mittwoch, den 28. April, 6 Uhr, Produktiv-Genossenschaft Versammlung der Bezirke 2 und 3.

Die Leningrader Kommunalpolitik

Von A. Iwanow. (Leiter der Leningrader Kommunalpolitik)

Die Wohnungsfrage

Früher wurde die Wohnungsmiete ganz nach den Wünschen der Hausbesitzer bestimmt. Wegen des kleinsten Zahlungsrückstandes wurde der Arbeitslose unverzüglich mit seiner Familie auf die Straße geworfen. Und durch diese „Freiheit der ökonomischen Wechselbeziehung" auf dem Wohnungsmarkt hat natürlich das Proletariat am meisten gelitten.

Der Arbeiter, der in schlechten Wohnungen hauste, zahlte dafür durchschnittlich 19 Prozent seines Arbeitslohnes.

Die proletarische Revolution entriß alle Häuser den Händen der Hausbesitzer und übergab sie dem Sowjet.

Die Verwaltung der Häuser

befindet sich in den Händen der Mieter selbst. Die Bewohner eines jeden Hauses bilden eine **Wohngenossenschaft** und wählen die Verwaltung des Hauses. An deren Wahlen nehmen alle jene teil, die das Wahlrecht nach der Sowjetkonstitution besitzen. **In den Hausverwaltungen haben Arbeiter und Angestellte die Mehrheit.** Gegenwärtig beträgt die Zahl der Arbeiter in den Hausverwaltungen Leningrads 59,7 Prozent, die der Angestellten 32,7 Prozent, Invaliden und Arbeitslose 3,4 Prozent; kaum 4,2 Prozent entfallen auf alle anderen Bevölkerungsschichten.

Die Arbeiter haben bewiesen, daß sie die Häuser nicht schlechter verwalten als die Hausbesitzer. Alle Zerstörungen, die die Häuser während Krieg und Blockade erlitten hatten, werden ausgebessert. Die Bewohner sorgen selbst für ihre Wohnstätten und haben den ehemaligen, gefürchteten Hausherrn schon lange vergessen, der mit den notwendigsten Reparaturen jahrelang wartete.

Handels- und Industrielokale bleiben in der Hand des Sowjets und der **Pachtschilling wird für die städtische Wohlfahrtspflege, teilweise auch für Bildungs- und Gesundheitsschutzzwecke verwendet.**

Der Mietzins

ist gesetzlich geregelt und **niemand hat das Recht, ihn zu erhöhen.** Die Höhe des Mietzinses wird festgesetzt in Abhängigkeit vom Berufe; für Arbeiter und Angestellte **im Verhältnis zum Lohn.** Kaufleute und andere Bürger, die nicht aus ihrem Arbeitseinkommen leben, zahlen in der Regel **zehnfach so viel als der Arbeiter.** Arbeiter mit einem Lohn bis zur 5. Tarifklasse zahlen insgesamt **10 Prozent des Friedenszinses.** Der höchste Mietzins, den Arbeiter mit Spitzenverdienst bezahlen, beträgt 20 Prozent des Friedenszinses. Die Arbeitslosen zahlen nach dem Minimaltarif. Arbeiter und Angestellte zahlen den Zins nicht im vorhinein, sondern zehn Tage nach dem in der Wohnung schon verbrachten Monat.

Das ganze Einkommen aus dem Hause dient für wirtschaftliche Ausgaben und Instandhaltung, und darüber verfügen die Mieter selber.

Nur in den Häusern, in denen viel **nichtproletarisches** Element wohnt, wird jetzt ein besonderer Pachtschilling erhoben. Dieser wird für den Bau neuer Häuser in Arbeiterrayons verwendet. Ungeachtet aller Maßnahmen, die den Arbeitern eine Uebersiedlung in die zentralen Teile der Stadt erleichtern, ziehen sie doch lieber in die Nähe der Fabriken, um keine Zeit durch die Fahrt von und zur Arbeitsstätte zu verlieren. Dabei spielt auch keine geringe Rolle, daß das Unternehmen, worin der Arbeiter beschäftigt ist, in der Mehrzahl der Fälle durch das breit entfaltete gesellschaftliche Leben die Arbeiter an sich fesselt. Doch sind die alten Wohnräume nach der vorrevolutionären Lebensweise der Arbeiter bemessen und können deren gegenwärtige Bedürfnisse nicht befriedigen.

Der Leningrader Sowjet schritt zu Neubauten von Arbeiterhäusern. Die Pläne dazu wurden durch einen Wettbewerb, woran die besten Architekten teilnahmen, ausgearbeitet. Als Resultat wurde eine Reihe neuer Häuserblocks aufgebaut. Die Arbeiterhäuser haben gemütliche Wohnungen. In den neuen Vierteln werden gleichzeitig sogenannte „Kulturheime" für Versammlungen, Unterhaltungen usw. und Schulen für die Kinder gebaut.

Auf dem Gebiete der

Gemeindeunternehmungen

führt der Leningrader Sowjet die gleiche Politik wie in den übrigen Zweigen: Sie soweit als möglich der arbeitenden Bevölkerung zugänglich zu machen und in erster Linie die Bedürfnisse der Arbeiterbevölkerung zu befriedigen. Auf der elektrischen Straßenbahn ist **ein Sondertarif für Arbeiter und Angestellte eingeführt.** Monatlich werden von den Gewerkschaften 5 000 000 Anweisungen auf 35prozentige Ermäßigung ausgegeben. Außerdem sind die Tarifzonen in den Arbeitervierteln länger als im Zentrum, 5 Kilometer gegen 3 Kilometer. Um den Arbeitern den Besuch der im Zentrum gelegenen Theater, Museen und dergleich zu erleichtern, existiert ein ermäßigter Hin- und Rückfahrtstarif zum Zentrum. **Dadurch wurde die elektrische Straßenbahn ein Verkehrsmittel für die Arbeiter.** Vor dem Kriege kamen auf den Kopf der Bevölkerung 149, im Jahre 1925 aber 224 Tramwayfahrten jährlich.

Alle Maßnahmen der Kommunalwirtschaft werden einer detaillierten Durcharbeitung in der Kommunalsektion des Leningrader Sowjets unterworfen. In der Sektion arbeiten gegenwärtig 263 Mitglieder des Sowjets, davon sind 49 Prozent Arbeiter und 51 Prozent Angestellte. Die Sektion hat neben den Plenarversammlungen eine Reihe von Kommissionen für die einzelnen kommunalen Wirtschaftszweige. Durch die Mitglieder des Sowjets hält die Gemeindewirtschaft immer eine enge, tagtägliche Fühlungnahme mit den Arbeitern Leningrads aufrecht.

Der proletarische Klassenstandpunkt ist die Grundlage der ganzen Kommunalpolitik des Leningrader Sowjets. Die kommunale Sowjetwirtschaft stellt die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Die Lebensbedingungen des Arbeiters zu verbessern, ihm freudige Erholung nach seiner für die Allgemeinheit geleisteten Arbeit zu geben, die Stadt aus einer Anhäufung von Zinskasernen zu einem gesunden, lichten, geliebten Aufenthaltsort aller Arbeitenden zu machen; darin liegt die Hauptaufgabe der kommunalen Sowjetwirtschaft. Durch die Initiative und Energie der Arbeiter selbst wird bei uns frei und froh ein neues Leben geschaffen.

Morgen, Dienstag, abend 8 Uhr im „Volkspark" öffentliche Versammlung

Genosse Böttcher, Leipzig, spricht zum Sachsen-Konflikt Arbeiter, erscheint in Massen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260426-11/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Die Kommunisten für Arbeitersport

In der Dienstagsitzung des **Preußischen Landtags** begründete Genosse Sellheim erneut einen kommunistischen Antrag, dem **Arbeiter-Turn- und Sportbund** aus Staatsmitteln **eine Million Mark** für seine Zwecke **zur Verfügung zu stellen.** Der Antrag, der von sämtlichen Arbeiter-Turn- und Sportverbänden unterstützt wurde, wurde im Ausschuß **mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.** Die kommunistische Fraktion erneuert gleichfalls den im Ausschuß abgelehnten Antrag, für die Lehrgänge des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, **70 000 Mark zu bewilligen.** Hier im Plenum müssen die sozialdemokratischen Parlamentsvertreter Farbe bekennen, ob sie ebenso wie im Ausschuß diese **Anträge ihrer eigenen Parteigenossen** in der Arbeiter-Sportbewegung **niederstimmen wollen.**

Die Pfälzer gegen das Reichsbanner

Auf dem Kreistag der Pfälzer Arbeitersportvereine in Landau wurde ein Antrag des Reichsbanners, den Ordnerdienst für die Pfälzer Arbeiter-Olympiade, die im Mai stattfindet, dem Reichsbanner zu übertragen, mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Fünf Arbeiter-Fußballvereine der Pfalz drängen seit Monaten beim Bundesvorstand auf Vermittlung von russischen Mannschaften zur Austragung gemeinsamer Wettspiele. Der Bundesvorstand setzt, wie bei anderen Vereinen, auch gegen die Pfälzer seine Sabotage fort.

Mussolini ärgert sich

Auf Befehl Mussolinis haben die Sportvereine Italiens die Beziehungen zu den österreichischen Sportorganisationen abgebrochen, weil der österreichische Fußballbund beschloß, die internationale Tagung der bürgerlichen Fußballverbände nicht zu beschicken, wenn sie in Rom stattfindet.

Fußball

Arbeiter-Sport-Club Halle

Anläßlich des zweiten Stiftungsfestes am 24. und 25. April hatte der Arbeiter-Sport-Club mehrere auswärtige Mannschaften zu Gaste. Anwesend waren folgende Vereine:

Fußball. Eintracht Schkeuditz mit 1. und Jugendmannschaft. Turnverein Jahn Roitzsch 2.

ASC. 1. — Eintracht Schkeuditz 1. 3 : 1

ASC. hat Anstoß und zieht vor das gegnerische Tor. Durchbruch wird gut abgefangen und Schkeuditz, welche eine ungleich bessere Spielweise zeigten, verlegt das Spiel zum größten Teil in ASC.s Spielhälfte. ASC. findet sich nicht zusammen. Die Läuferreihe war wieder einmal vollständig ungenießbar. Bis Halbzeit kann Schkeuditz ihr einziges Tor verlegen.

Nach Wiederanstoß findet sich ASC. durch Umstellung der Stürmerreihe besser zusammen, ohne aber in der nächsten halben Stunde Zählbares zu erreichen. In den letzten 20 Minuten, dem üblichen Endspurt, gelingt es nach guten Leistungen Schkeuditz war die technisch bessere Mannschaft. ASC. suchte durch Eifer auszugleichen. Ein Unentschieden hätte das Spiel besser gekennzeichnet. Schiedsrichter Kümpler (Kröllwitz) leitete zufriedenstellend.

Turnverein Jahn Roitzsch 2. — ASC. 3. 2 : 2. Hierbei entspricht das Resultat dem Spielverlauf. Beide Mannschaften zeigten eine angenehme Spielweise.

Eintracht Schkeuditz Jugend — ASC. Jugend 2 : 1.

Die Gäste die technisch bessere und körperlich stärkere Mannschaft. Sie gewannen verdient.

Fußballergebnisse im 8. Bezirk

In Greppin standen sich gestern Greppin 1. und Sp.V. Sandersdorf im Serienspiel gegenüber. Greppin hat in der ersten Halbzeit etwas mehr vom Spiel und kann bis Halbzeit mit 2 : 0 in Führung gehen. Nach Halbzeit kann Sandersdorf ein Tor aufholen. Greppin kann als Sieger den Platz verlassen. In Wolfen spielten Wolfen 1. gegen Piesteritz 1. 1 : 4 für Piesteritz, Ecken 4 : 1 für Piesteritz. Von Anstoß an flottes Spiel mit gegenseitigen Torbesuchen, bei dem Wolfen etwas mehr vom Spiel hatte. Halbzeit 0 : 0. Kurz nach Halbzeit geht Piesteritz durch Elmeier in Führung. Wolfen zieht gleich, muß sich aber drei Tore gefallen lassen. Wolfen Jugend — Gräfenheinichen Jugend 1 : 0, Ecken 7 : 0.

Um 3 Uhr traten dann die Alten Herren von Bitterfeld und Holzweißig in Bitterfeld an. Sie führten ein schönes flottes Spiel vor, bei welchem die Zuschauer 1 : 0 führen. Nach Halbzeit gleicht Bitterfeld durch Halbr. auf, mit Wind zwischen auf ihre Kosten kamen. Holzweißig geht in Führung und kann bis Halbzeit mit Nun hat Bitterfeld mehr vom Spiel und stellt das Resultat auf 3 : 1. Zu bemerken ist, daß Bitterfeld mit zwei Mann verstärkt war.

Freie Turnerschaft Schmölln (Thüringen)

Wir suchen für 2. Pfingstfeiertag erstklassigen Gegner nach Schmölln (Thüringen).

Fußballabteilung Freie Turnerschaft Schmölln (Thür.), Geschäftsstelle Dammgasse 5.

Handball

Schönebeck 1. — ASC. 1. 5 : 1 (3 : 0).

3.15 Uhr pfiff Sportgenosse Schaaf (Wörmlitz) das von Anfang flott und fair durchgeführte Spiel an. Schönebeck hat Anstoß und setzt sich zum größten Teil in ASC.s Spielhälfte fest. Durch gute Kombination konnte Schönebeck in der ersten Halbzeit dreimal erfolgreich sein.

Nach Wiederanstoß findet sich ASC. etwas besser zusammen, was auch durch ein Tor zum Ausdruck kam. Trotzdem konnte Schönebeck noch zweimal für ihre Farben einsenden. Schönebeck hat durch ihr Spiel, welches sie hier zeigten, den Sieg mal und ganz verdient. Der Schiedsrichter sollte bei seinen Entscheidungen nicht immer so kleinlich sein, sonst zufriedenstellend.

Waldlauf des 6. Bezirks in der Dölauer Heide

Ueber 400 Teilnehmer am Start — Große Zuschauermassen

Die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung macht sich in der breiten Masse der Arbeiterschaft immer mehr bemerkbar. Scheinbar ringt sich die Erkenntnis durch, daß einzig und allein die Arbeiter-Sportbewegung den wirklich wahren Sport zeigt. In diesem Zeichen stand gestern der Waldlauf. Die Durchführung des Waldlaufes war außer einem kleinen Mangel als hervorragend anzusprechen. Am Start und Ziel standen große Massen Zuschauer. Die Arbeiter-Samariter leisteten mustergültige Arbeit, ihnen sei besonders gedankt. Zuerst wurden die Sportlerinnen losgeschickt. Als erste erreichte **Martha Lösch** (Sportverein Kröllwitz) in **4,56 Minuten** das Ziel. Ihnen folgten die Schülerinnen. Hier war **Liesbeth Jentsch** (Fichte Halle) in **3,57 Minuten** die erste. Die anderen folgten dicht auf. Die sechste, welche durch das Ziel lief, kam mit den Worten: „Ach, es ist doch eine Plag" an.

Nunmehr wurden die Sportler auf die große Reise geschickt. Eine stattliche Anzahl am Start, mit scharfen Tempo gehts ab. Nach ungefähr 500 Metern löst sich die Spitzengruppe los und zieht hurtig weiter. Während dieser Zeit traten die Schüler an den Start. Beim Starschuß kam es zu einem kleinen Sturz infolge Uebereifers, er lief aber glücklicherweise gut ab. Schon nach vier Minuten ging **Meier** (Fichte Halle) als erster durchs Zielband. Hierbei wurde festgestellt, daß die Schülerinnen dieselbe Strecke mit drei Sekunden besser gelaufen waren. Dann kam unsere Jugend zu ihrem Rechte, und zwar mußte diese 3,5 Kilometer laufen. Auch dies wurde geschafft, wenn es auch manchem schwer wurde. **Hans Ackermann** (Diemitz) in 16 Minuten wurde erster. Kurz bevor die Jugend ihren Lauf beendet hatte, kam die Spitzengruppe der Sportler an. **Walter Müllhof** (Sportlust) lief die Strecke von sechs Kilometern in der Zeit von 20,50 Minuten, dichtauf folgte **Fischer** (ASC.) mit 21 Minuten. In kurzer Aufeinanderfolge kamen nach und nach alle Sportler an. Bei den Sportlern über 30 Jahre war **Lindner** (VfB. Lettin) erster. Nach kurzer Rast im frischen Waldesgrün ging es dann mit munterem Gesang nach dem „Lindenhof". Jeder nahm sich vor, das nächste Mal noch mehr zum Gelingen der Arbeitersportveranstaltungen beizutragen. Mit kräftigem „Frei Heil" nahm man gegenseitig Abschied.

Die Ergebnisse des Waldlaufes sind wie folgt:

Schülerinnen: 1000 Meter.

1. Liesbeth Jentsch (Fichte, Halle) in 3 Minuten 57 Sekunden. 2. Ida Lorenz (Fichte, Halle) 4 Minuten 24 Sekunden. 3. Gertrud Anustadt (Fichte, Halle). 4. Hertha Werner (Fichte, Halle).

Schüler: 1000 Meter.

1. Meier (Fichte, Halle) 4 Minuten. 2. Willi Bökelmann (Dieskau). 3. Göbel (Othello). 4. Weber (BC. Giebichenstein).

Jugend: 3,5 Kilometer.

1. Hans Ackermann (Diemitz) 16 Minuten. 2. Herbert Lehmann (Schkeuditz). 3. Heine (Giesen). 4. Willi Weiße (Rockendorf). 5. Karl Schulze (VB. Lettin). 6. Erich Ufer (VB. Passendorf).

Sportlerinnen: 1000 Meter.

1. Martha Lösch (Sportv. Kröllwitz) in 4 Minuten 56 Sekunden. 2. Irma Kohlig (Fichte, Halle). 3. Martha Henze (Sportv. Kröllwitz). 4. Martha Hahn (Sportv. Kröllwitz). 5. Linda Sonneberg (Sportlust).

Sportler: 6 Kilometer.

1. Walter Müllhof (Sportlust) in 20,50 Minuten. 2. Walter Fischer (ASC.) 21 Minuten. 3. Walter Hohmann (Fichte, Ammendorf) in 22,26 Minuten. 4. Kurt Dietrich (Sportlust) 22,33 Minuten. 5. Fritz Schreiber (VB. Lettin). 6. Otto Wolf (Fichte, Halle). 7. Schammelt (Dieskau).

Sportler über 30 Jahre: 6 Kilometer.

1. Walter Lindner (VfB. Lettin). 2. Karl Köhlberg (Sportlust).

Mannschaftssiege:

1. Sportlust 18 Punkte. 2. Fichte Ammendorf 31 Punkte.

F. Pabst.

Beim gestrigen Waldlauf wurden im „Lindenhof" zwei Straßenschuhe verwechselt, abzugeben bei P. Friedrich, Halle, Triftstraße 27; ebenso ist eine Weste liegengeblieben, abzuholen im „Lindenhof".

Freie Turner Schönebeck 2. — ASC. 2. 8 : 1.

Auch hierbei war die Spielstärke der beiden Mannschaften die gleiche wie bei den beiden 1. Mannschaften.

Man kann sagen, die ausgetragenen Spiele waren ein schöner Erfolg für die Arbeiter-Sportbewegung.

Jeßnitz 1. Handballmannschaft weilte mit ihrer 1. Jugend in Bitterfeld zum Gesellschaftsspiel. Jugendspiel 1 : 0 für B. Spielverlauf: Beide Mannschaften aufeinander, bei beiden fehlt vor allen Dingen Fangen, Stellungsspiel und Zuspiel. Spielverlauf der 1. Mannschaften: Resultat 0 : 0. Beide Mannschaften im Stellungsspiel gut. Jeßnitz war Bitterfeld im Fangen etwas überlegen.

Gesellschaftsspiele für Sonntag, den 2. Mai.

1. Klasse: 3 Uhr Othello 1. — Adler 1., Othello-Platz (R. Albig, Fichte); ½2 Uhr Fichte Ammendorf 1. — Sportlust 1., Ammendorf (Lorenz, Atlas); 5 Uhr ASC. 1. — Nietleben 1., Peißnitz (Diener, Achilles).

2. Klasse: ½1 Uhr Wasserportv. Ammendorf 1. — Atlas 1., Ammendorf (Sportlust); 3 Uhr Lösnitz 1. — Peißen 1., Teicha (Kröllwitz); 11 Uhr Minerva 1. gegen Merseburg 1., Minerva-Platz (Othello); 2 Uhr Othello 2. — ASC. 2., Othello-Platz (Adler); 10 Uhr Fichte 3. — VfB. Kröllwitz, Fichte-Platz (Atlas); ½3 Uhr Diemitz 1. — Nietleben 2., Diemitz (Minerva); 10 Uhr Sportlust 2. — Ammendorf 2., Sportlust-Platz (Diemitz).

Sportlerinnen. ASC. — Schwimmer, Peißnitz (Nietleben); 2 Uhr Fichte gegen Sportlust, Fichte-Platz (Atlas); 10 Uhr Minerva — Achilles, Minerva-Platz (Wasserportv. Ammendorf).

Schüler. 9 Uhr Minerva — Achilles, Minerva-Platz (Schwimmer); ½10 Uhr Giebichenstein — Fichte Halle-Süd, Peißnitz (ASC.); 9 Uhr Fichte Halle-Süd gegen ASC., Fichte-Platz (VfB. Kröllwitz); ASC. Sportlerinnen — Schwimmer muß ASC. noch Zeit angeben.

Prüfungsspiele.

Zu dem Jugendspiel Othello — Ammendorf um 10 Uhr Othello-Platz werden die Sportgenossen Schröter Hübert, Zeitz, Naumburger Straße 47a; Kassierer: Ernst Döblich, Weißenfels, Kleine Teichstraße 21; Schriftführer: Heinrich Dorstein, Weißenfels, Zeitzer Straße 44; Technischer Leiter: Otto Schäfer, Weißenfels, Waldheimstraße 8.

Allen Bezirksvereinen sind die schlechten finanziellen Verhältnisse des Bezirksrates bekannt, und da das Bezirks-Turn- und Sportfest vor der Tür steht, werden auch Mittel benötigt, um die Vorarbeiten zu erledigen. Leider sind bis jetzt sehr wenig Beiträge eingegangen. Alle säumigen Vereine werden hiermit aufgefordert, auf dem schnellsten Wege ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Beiträge betragen pro Mitglied der Turnsparte 45 Pfennige; darin sind enthalten die Beiträge für Kreisrat, Kreisturnsparte, Bezirksrat und Bezirksturnsparte. Mitglieder der Fußballsparte begahlen nur den Beitrag für den Bezirksrat, und zwar pro Mitglied 5 Pfennige. Alle Beiträge gehen an den neuen Kassierer Ernst Löslich, Weißenfels, Kleine Teichstraße 21.

J. A.: Heinrich Dorstein.

Turner

4. Bezirk, 5. Kreis. Bekanntmachung.

(Vereine! Ausschneiden!)

Um Unregelmäßigkeiten der Bezirksvereine aus dem Wege zu räumen, lasse ich nochmals die Adressen des neugewählten Bezirksrates folgen:

Vorsitzender: Schröter Hübert, Zeitz, Naumburger Straße 47a; Kassierer: Ernst Döblich, Weißenfels, Kleine Teichstraße 21; Schriftführer: Heinrich Dorstein, Weißenfels, Zeitzer Straße 44; Technischer Leiter: Otto Schäfer, Weißenfels, Waldheimstraße 8.

Um Unregelmäßigkeiten der Bezirksvereine aus dem Wege zu räumen, lasse ich nochmals die Adressen des neugewählten Bezirksrates folgen:

Vorsitzender: Schröter Hübert, Zeitz, Naumburger Straße 47a; Kassierer: Ernst Döblich, Weißenfels, Kleine Teichstraße 21; Schriftführer: Heinrich Dorstein, Weißenfels, Zeitzer Straße 44; Technischer Leiter: Otto Schäfer, Weißenfels, Waldheimstraße 8.

Verbindlich. Die Vollsitzung findet heute, Montag, abend im „Volkspark" statt. Der Spielausschuß trifft sich um ½8 Uhr zur Sitzung der Fußballer. Gesamt Mag (Wörmlitz) ist zur Vollsitzung geladen.

A. Rosebaug.

Kegler

Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Halle.

Amtlich. Am 2. Mai findet unser Bezirksausscheidungskegeln in Bassendorf statt. Es spielen folgende Mannschaften vormittags von 8 bis 1 Uhr der **1. und 2. Gruppe:**

1. Hugo Fahr, Freien Lauf Halle. 2. Br. Hellmich, Solidarität Halle. 3. Fr. Hellmich, Solidarität Halle. 4. Karl Kulets, Frisch Drauf Halle. 5. Paul Schaaf, Freiheit Halle. 6. Horng, Freiheit Halle. 7. Ertel, Freien Lauf Halle. 8. Seifert, Frisch Drauf Halle. 9. Schneider, Frisch Drauf Halle. 10. Voigt, Freie Bahn Halle. 11. Geiersbach, Vorwärts Halle. 12. Dippold, Freie Neune Halle. 13. Hähne, Unter uns Halle. 14. Martin, Brüderlichkeit Halle. 15. Pohle, Halle-Süd, Halle. 16. Bähr, Schierpig. 17. Klaus, Halle-Süd, Halle. 18. Willy Schuster, Unter uns Halle. 19. Pohle, Brüderlichkeit Halle. 20. W. Hoffmann, Halle-Süd, Halle.

Von 1 bis 3 Uhr spielt Acherselben.

Von 3 Uhr spielen folgende Mannschaften der 3. und 4. Gruppe:

21. Fr. Andreas, Einigkeit Groitsch. 22. O. Schulter, Einigkeit Groitsch. 23. P. Andreas, Einigkeit Groitsch. 24. R. Speck, Ammendorf. 25. Oswald, Ammendorf. 26. Rothe, Ammendorf. 27. Mothes, Passendorf. 28. Dietrich, Ammendorf. 29. Zorn, Einigkeit Groitsch. 30. Mülle, Einigkeit Groitsch. 31. Böttcher, Ammendorf. 32. Steiegel 2. Neumark. 33. Steiegel 1. Neumark. 34. Steiegel 1. Neumark. 35. O. Mitsching, Lieskau. 36. E. Mitsching, Lieskau. 37. W. Klaus, Lettin. 38. K. Lehmann, Dölau 39. Niederhausen, Neumark. 40. Zörner, Dölau. 41. Eiter 2. Ammendorf.

Sämtliche Sportgenossen haben eine halbe Stunde vor Start anzutreten. Das Startgeld beträgt 1 Mark. Arbeitslose haben ihren Erwerbslosenausweis unbedingt mitzubringen. Spielregel wie bei den Serienspielen. Jede Gruppe hat sich einen Gruppenleiter zu wählen, welche für die genauen Resultate verantwortlich gemacht werden. Holzahl, Spitzen und Punktzahl müssen bei jedem einzelnen Sportgenossen genau ausgerechnet werden.

J. A.: Hermann Lange.

Arbeiter-Keglerbund, Ortsgruppe Halle.

Am 25. April fand im „Volkspark" ein Propagandaspiel zwischen Meulhau-Merseburg und Brüderlichkeit Halle statt. Es wurden folgende Resultate erreicht: Meulhau 840,4 Punkte, Brüderlichkeit 854,0 Punkte, somit ein knapper Sieg für Brüderlichkeit mit 13,6 Punkten, nach Punkten gleich 2 : 0 für Brüderlichkeit. Am Mittwoch verunglückte unser Kegelbruder Hammelmann, an dessen Folgen er am Sonnabend verstarb. Kegelbrüder, welche sich an der Beerdigung beteiligen wollen, müssen sich Dienstag abend auf der Kegelbahn einfinden zwecks Bekanntgabe der Zeit und des Tages.

J. A.: P. Kurtem.

Am Donnerstag, dem 27. April, findet im „Volkspark" ein Wettspiel zwischen dem Frauenkegelklub Frei Lauf und dem Kegelklub Freien Lauf um 7 Uhr statt.

J. A.: Lange.

Vereinsmitteilungen

Der Kegelklub Brüderlichkeit nimmt noch einige Sportgenossen auf. Interessenten melden sich Dienstag abend 7 Uhr auf der Kegelbahn im „Volkspark".

Wirinea

15] Roman von Lydia Sejfullina

Von neuem unterbrach ihn Magara mit dumpfer Stimme:

„Sende aus, o Herr, nach meiner Seele!"

Die Kerzen flatterten unruhig. Immer gelangweilter und dumpfer klang Jegors Stimme. Magara begann unter den teilnehmenden, den gleichgültigen, den traurigen und den insgeheim spöttischen, lebendigen Menschenaugen zu leiden. Er sah, daß sogar seine Angehörigen die Stube verlassen hatten. Nur sein Weib, das sein Kopftuch tief ins Gesicht gezogen hatte, stand zu seinen Häupten. Leidenschaftlicher und lebhafter begann er zu beten:

„Erlöse mich, o Herr, nimm mir den Atem aus dem Leibe. O erbarme Dich, o Herr, Deines Knechtes ..."

Wirinea zupfte Anissja am Kleid:

„Laß uns nach Hause gehen. Er wird, wie es scheint, noch nicht so bald sterben."

Anissja zuckte ärgerlich mit der Schulter, folgte ihr jedoch gern aus der Stube. Als sie von neuem zum Sterbelager Magaras kamen, war die Sonne schon weit über Mittag hinaus. Schon zum sechsten Mal brannten die Kerzen vor den Heiligenbildern herunter. Das Volk hatte ausgeruht und drängte sich von neuem in der Hütte. Magara aber lag immer noch lebend da. Er fühlte den erkaltenden Atem des Tages und rückte unruhig mit dem Kopfe auf dem Kissen umher. Er hielt für längere Zeit den Atem in der Brust zurück, atmete dann jedoch geräuschvoll aus und begann zu husten. Die eine von den schwarzgekleideten Greisinnen neigte sich zu ihm:

„Fällt Dir das Sterben schwer, Väterchen, oder nicht? Es scheint als wenn Du nicht sterben, sondern am Leben bleiben solltest. Das Volk ist des Wartens müde. Was fühlst Du in Deinem Innern: wird der Tod bald kommen, oder wird es noch lange dauern?"

Magara sah die Alte scheel an. Er antwortete nicht, sondern zog nur ärgerlich die Brauen hoch. Der niedrig gewachsene, graubärtige Jegor unterbrach sein melancholisches Beten. Er wandte sich mit seinem ganzen Körper Magara zu, blickte ihn an und rief ihm voller Teilnahme:

„Du mußt die Augen fester zudrücken, darfst jene Lebenden nicht so anstarren. Denke an das Deine und halte den Atem recht fest an, laß ihn nicht heraus. Preß die Zähne aufeinander, ja, die Zähne mußt Du aufeinanderpressen."

Ein bartloser Bursche mit schalkhaften Augen platzte lachend heraus. Er zwinkerte der rotwangigen Anissja zu und sagte: „Den lebendigen Atem wirst Du wohl nicht zurückhalten können! Wenn er durch den Mund nicht herauskann, so wird er an einer anderen Stelle herausfahren."

Ein leises Lachen ging durch die Menge. Mokeicha, die vorne stand, stöhnte auf. Jegor blickte das Volk an und sagte mit schroffer, strenger Stimme:

„Jagt diese Hundskerle hinaus! Das ist ein gemeingefährliches Volk! Nicht einmal sterben lassen sie vor Gott einen leidenden Menschen."

Und er begann wieder lebhafter mit näselnder Stimme:

„Du wirst mich mit Ysop besprengen, und ich werde rein werden; Du wirst mich waschen, und ich werde weißer als Schnee erstrahlen ..."

Alsbald wandte er sich aber wieder zu Magara:

„Weißt Du, Sawelij, Du könntest mal ein Weilchen ohne Psalmen daliegen. Ich weiß gar nicht, wie das kommt, ich bin so müde und will mir mal ein bißchen Bewegung machen. Wirst Du liegen bleiben?"

Magara änderte die Lage seiner eingeschlafenen Arme und brummte vor sich hin:

„Geh nur ... Jetzt wird es bald so weit sein, ich plage mich ja schon so lange."

Mirka wechselte mit dem schalkäugigen Burschen einen Blick. Sie konnte das Lachen nicht zurückhalten, ihre Zähne erglänzten und ihre von übermütiger Heiterkeit flackernden Augen leuchteten wie Gold auf. Und sie rief lauter, als sie es selbst gewollt hatte:

„Großväterchen Sawelij! Auch Du sollteest aufstehen und Dir ein wenig Bewegung machen. Du hast Dir gewiß den Rücken wund gelegen, he?"

Von allen Seiten her ertönten Stimmen:

„Halt Dein Maul, Du albernes Weib!"

„Schmeißt sie aus der Stube raus, Onkel Jakow!"

„O Gott, was ist denn das? Wie wenig Scheu die Leute vor Gott haben!"

„Was wollt Ihr denn? Wenn es auch einfältig war, so hat sie vielleicht doch die Wahrheit gesagt: er sollte doch aufstehen, wenn der Tod nicht an ihn heran will."

„So sage doch gerade heraus, lieber Mann: willst Du sterben oder hast Du es Dir anders überlegt?"

„Sawelij, Du mußt noch inniger beten! Das Volk wartet schon so lange."

„Werde zornig, Magara, und stirb! Was macht Du denn so lange?"

Da rief Mokeicha zornig mit lauter Stimme, als wäre sie keine Greisin:

„Die Mirka hat das Volk aufgewiegelt. Die verfluchte Hure! Selbst die heiligste Stunde muß sie einem Menschen verderben! Schafft sie fort, Ihr älteren Männer!"

Aber das Lachen und die Unterhaltung wurden in den Reihen immer lebhafter, immer ungehinderter Und als Echo ertönte von der Straße die besorgte Stimme eines Bauernjungen:

„Wasjka! Er stirbt immer noch nicht! Komm, wir wollen „Schweinchen" spielen!"

Magaras altes Weib war vor Scham ganz in sich zusammengeschrumpft. Mit zitternden Händen rückte sie alle Augenblicke das Tuch auf ihrem Kopfe zurecht, um ihr Gesicht zu verdecken.

„Eine Schande ... Nichts wie Schande! Er hat sich selbst und auch das Volk betrogen. Was wird jetzt kommen, wenn er nicht stirbt?"

Ihr Mann tat ihr leid, zugleich aber ergriff Zorn ihr Herz. Wenn er schon danach gestrebt hatte, ein Heiliger zu werden, so hätte er ein richtiger Heiliger werden sollen und sich nicht zum Gelächter machen dürfen! Sie brach in Tränen aus und bedeckte ihr Gesicht mit der Schürze.

Als Jegor in die Stube zurückkam, fragte er sie erleichtert:

„Er ist wohl gestorben? Ich werde nicht recht daraus klug, warum das Volk so aufgeregt ist."

Magara richtete sich auf den Bänken auf, betrachtete alle mit seinen kummervollen Augen, ließ sich von neuem zurücksinken und streckte sich aus. Das Gelächter verstummte. Die Leute hielten den Atem an. Alle nahmen einen strengeren Gesichtsausdruck an. Lange herrschte Schweigen in der Stube. Magara unterbrach es, indem er von neuem heiser aufseufzte. Er richtete sich wieder auf, setzte sich auf die Bänke. Heftete seine, von der ungeheuren, leidenschaftlichen Anspannung aufleuchtenden, unheimlich glühenden Augen starr auf die Heiligenbilder. Er betete und flehte inständig mit den Augen. Wieder begannen die Leute in den hinteren Reihen zu sprechen. Gedämpftes Gelächter traf abermals Magaras Ohr. Da richtete er sich in seinem ganzen hohen Wuchs auf. Er seufzte tief aus voller Brust auf und murmelte mit kaum vernehmbarer Stimme:

„Gott hat mir den Tod verweigert. Er hat ihn mir versprochen und ihn nicht gesandt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260426-11/fragment/page=0008

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1945, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1069 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, den 26. April 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 97

Der Bezirksparteitag hat gesprochen

Kampfansage gegen alle Feinde Sowjet-Rußlands – Bekenntnis für die Linie der Komintern – Gelöbnis für revolutionäre Arbeit unter den Massen

Begrüßungsansprachen

Sonnabend abend begann, unter Teilnahme von 133 Delegierten und einer großen Anzahl von Gästen im hallischen „Volkspark" der Bezirksparteitag der KPD. für den Bezirk Halle-Merseburg. Wesen und Ziel des Parteitages zeigte Genosse Lademann in seinen einleitenden Begrüßungsworten auf, in denen er ausführte: Wir sind zusammengekommen zu ernster Arbeit, um die notwendige politische Klärung vorzunehmen, um eine leninistische Partei zu schaffen. Wir tagen heute in einer objektiv günstigen Situation, und wir werden Stellung nehmen zu sehr wichtigen Beschlüssen, die uns als Kommunistische Partei im Bezirk Halle-Merseburg ein Stück vorwärts bringen sollen, sowohl in politischer wie organisatorischer Hinsicht. Der Parteitag möge einen Wendepunkt darstellen zur Konsolidierung unseres Bezirks, er muß ein Auftakt werden zu neuer Arbeit, zur Erfüllung wichtiger Aufgaben im Interesse der Revolution.

Genosse Lademann gibt darauf die Tagesordnung bekannt:

1. Politischer und organisatorischer Bericht der Bezirksleitung, Referent Genosse Lademann.

2. Politische Lage und unsere Aufgaben, Referent: Genosse Thälmann.

3. Anträge und Wahlen.

Nach Bekanntgabe der Geschäftsordnung wird Abstimmung über einen Antrag zur Tagesordnung vorgenommen, der ein Korreferat des Genossen Koegler verlangt. **Der Antrag auf ein Korreferat wird mit großer Mehrheit abgelehnt.**

Es erfolgt die Wahl des Bureaus und der Kommissionen, und dann erhält Genosse Berger als Vertreter des Zentralkomitees das Wort **zur Begrüßung des Parteitages:**

Im Namen des Zentralkomitees wünscht er dem Parteitag den besten Erfolg. Das ZK. weiß genau, daß der Bezirk Halle-Merseburg einer der wichtigsten der deutschen Partei ist. Das ZK. läßt dem Parteitag übermitteln, daß es in Zukunft den Bezirk mit allen Mitteln zu unterstützen gedenkt. Der Parteitag tritt im Augenblick sehr günstiger Entwicklungsmöglichkeiten zusammen. Wir durchlaufen zwar eine Periode der relativen Stabilisierung, und trotzdem hat unsere Partei in der letzten Zeit große Erfolge erzielt, hat den Damm, der aufgerichtet war zwischen uns und den Massen, den sozialdemokratischen Arbeitern, bis auf kleine Ueberreste niedergerissen. Wir sind hineingegangen in die Massen und haben bewiesen, daß die Kommunistische Partei die Arbeiterklasse zu führen versteht. Sie hat bewiesen, daß sie nicht nur ihre geschichtliche Aufgabe erkannt hat, die Revolution durchzuführen, sondern daß sie dem deutschen Proletariat täglich und stündlich zeigt, daß sie die Massen auch um die Tagesforderungen in den Kampf führt. Wenn uns früher die Sozialdemokraten an die Rockschöße hängen konnten, wir seien Steigbügelhalter der Reaktion, und wenn wir mit aller Lungenkraft uns gegen diese Unterstellung zur Wehr setzen mußten, **so ist durch die augenblickliche Politik und Taktik der Partei diese Behauptung der SPD. von selbst gefallen.** Wir wissen, daß wir diesen Kurs verstärken müssen. Das Zentralkomitee will mithelfen, daß Mitteldeutschland durch unsere Partei wieder das rote Herz Deutschlands wird. Das ZK. weiß, daß das mitteldeutsche Proletariat eine große Kampfestradition hat, es weiß aber auch, daß eine große Passivität infolge der verschiedenen Niederlagen und Unterdrückung herrscht. Es weiß auch, daß die Passivität unserer Genossen bereits zu weichen beginnt, und wir wollen alle Kräfte zusammennehmen, daß wir einen mächtigen Aufstieg in Mitteldeutschland erleben. Genosse Berger schließt seine Begrüßung mit einem Hoch auf die Kommunistische Internationale, auf die Kommunistische Partei und das deutsche revolutionäre Proletariat.

Zu Beginn der Sonntagsitzung ist ein Genosse aus Hamburg eingetroffen, der den Parteitag aufs herzlichste begrüßt und die Wünsche des revolutionären Hamburger Proletariats dem Bezirksparteitag Halle-Merseburg übermittelt. **Hamburg und Mitteldeutschland sind zwei Bezirke, die beide ihre revolutionäre Tradition heißen.** Während 1921 in Mitteldeutschland die Arbeiter auf den Barrikaden kämpften, hätten die Hamburger Arbeiter dies im Jahre 1923 getan. Der Genosse berichtet von der vor wenigen Tagen stattgefundenen Hamburger Parteiarbeiterkonferenz, an der 600 Arbeiter teilgenommen haben. Die Zentrale habe für ihre Resolution alle Stimmen erhalten bei fünf Stimmenthaltungen. Es sei lächerlich, von einer Korsch-Opposition in Hamburg zu sprechen. Gleichfalls schwinde der Einfluß des Genossen Urbahns immer mehr. **Er wünscht dem Parteitag, daß er im Sinne der Zentrale, im Sinne der Komintern seine Beschlüsse fasse und auf diesem Wege vorwärts marschiere.**

Vor Eintritt in die Diskussion über das Referat des Genossen Thälmann erhält fernerhin zur Begrüßung des Parteitages der Genosse Shi Kai Chi das Wort. Er wird mit lebhaftem Beifall und mit dem spontanen Gesang der „Internationale" empfangen. Als Vertreter der KP. Chinas und der Kuomintang-Partei überbringt er die brüderlichen Grüße der revolutionären Arbeiter und Bauern Chinas. Diese führen einen erbitterten und schweren Kampf gegen die schamlose Unterdrückung und Ausbeutung durch die internationalen Imperialisten der kapitalistischen Staaten. Dann fährt er fort: „Genossen, Ihr als einer der stärksten Bezirke der Partei, seid zusammengekommen, um die Waffen des Klassenkampfes zu prüfen, die Ihr Euch durch jahrelange Erfahrung angeeignet habt. In unserem Lande ist der Kampf viel schwieriger. Unsere Arbeiterbewegung ist noch sehr jung, und wir müssen erst die Erfahrungen sammeln, die zum endgültigen Siege notwendig sind. Wenn in den letzten Wochen durch imperialistische Intrigen die Konterrevolution Vorteile errungen hat, so sind wir trotzdem des endgültigen Sieges gewiß. Der Freiheitswillen eines 400-Millionen-Volkes läßt sich durch militärische Machtmittel nicht unterdrücken. Aber uns steht zur Seite die Sympathie der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt. Unser Nachbar ist die Sowjetunion, der einzige und wahre Freund des revolutionären Chinas.

Die Revolution in China hat bereits einen festen Stützpunkt, die Kanton-Regierung; diese beherrscht ein Gebiet, das beinahe zweimal so groß ist, wie Deutschland. Dort übt die Kouomintang-Partei die Regierungsgewalt aus. Sie verfügt über eine Armee von über 300 000 bewaffnete Arbeiter und Bauern. **Diese Regierung hat die achtstündige Arbeitszeit eingeführt.** Darum hassen die Imperialisten die Regierung unseres Landes und versuchen, sie durch Aushungerung und Waffengewalt zu stürzen. Aber die Arbeiter und Bauern in China sind fest entschlossen, die revolutionären Errungenschaften bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen bis zum endgültigen Siege. Ich fordere Euch auf, die Worte Lenins zu beherzigen: **Verbrüderung der Arbeiter und Bauern mit den Kolonialvölkern zwecks gemeinsamen Kampfes gegen den Klassenfeind. Es lebe die Kommunistische Partei, es lebe die Sowjetunion, es lebe die Weltrevolution!"**

(Fortsetzung Seite 3.)

Die angenommenen Resolutionen

An die politischen Gefangenen!

Der Bezirksparteitag Halle-Merseburg entbietet allen proletarischen politischen Gefangenen die brüderlichsten Grüße. Er verpflichtet alle Parteigenossen, unablässig eine breite Kampagne für die Freilassung der hinter Kerkermauern schmachtenden Klassenbrüder zu führen. Die Partei muß alle Kräfte mobilisieren, um einen systematischen politischen Kampf für die Befreiung des letzten Klassengenossen aus den Klauen der korrumpierten deutschen Klassenjustiz zu führen. Der Bezirksparteitag Halle-Merseburg entbietet vor allem den proletarischen politischen Gefangenen, die in den mitteldeutschen Klassenkämpfen in vorderster Reihe gestanden haben, die brüderlichsten Grüße.

Die Schandurteile der letzten Zeit (z. B. die Verurteilung der [illegible] ...nstigung des „Volks- [illegible] Staatsanwaltschaft im [illegible] ...ehen des inzwischen [illegible] ...ssen den letzten unserer [illegible] ...nnung aller dieser [illegible] ...olche Entrüstung bei [illegible] ...ch Millionen Prolet- [illegible] ...sprengen und unseren [illegible] ...ischen Gefangenen ist [illegible] ...Ranges und muß von [illegible] ...rchgeführt werden. [illegible] ...rasten, bis der letzte [illegible] ...r Mitte steht.

[illegible]

...g Halle-Merseburg [illegible] 25. April 1926.

...itages Halle- ...n Exekutive

[illegible] ...sich vorbehaltlos auf [illegible] ...kutive, die der Partei [illegible] ...ung der entscheidenden [illegible] ...daß die Politik des [illegible] ...des Offenen Briefes [illegible] ...Exekutive und aller [illegible] ...t, die Fortsetzung und [illegible] ...zu unterstützen.

[illegible] ...alle anderen opportunistischen Abweichungen, bestreit von allen Schwankungen, muß die jetzige Politik der Partei auch im Bezirk Halle-Merseburg energischer und zielbewußter als bisher in Anwendung kommen, um so die Entfaltung aller Kräfte und den Aufstieg der Partei im Bezirk zu ermöglichen.

Der Bezirksparteitag billigt besonders die durch die Erweiterte Exekutive erfolgte scharfe Verurteilung der unbolschewistischen, kominternfeindlichen Auffassungen und Methoden, wie sie seit dem Erscheinen des Offenen Briefes von einigen ultralinken Führern vertreten wurden und wie sie heute verstärkt von der Gruppe Korsch-Rolf-Schwarz vertreten werden.

Er billigt die bereits getroffenen Maßnahmen des ZK. und fordert das ZK. auf, gegen die parteischädigenden Fraktionstreibereien der Korsch-Schwarz-Gruppe den schärfsten und unerbittlichsten Kampf zu führen und ruft den Arbeitern, die sich in der Gefolgschaft der kominternfeindlichen Gruppe Korsch-Schwarz befinden, zu, sich von diesen unkommunistischen Elementen zu lösen und auf dem Boden der Beschlüsse der Erweiterten Exekutive mitzuarbeiten.

Ebenso entschieden lehnt der Bezirksparteitag die von der Gruppe Ruth-Fischer-Urbahns vertretenen politischen Ansichten und Auffassungen ab. Er begrüßt gleichzeitig auch die scharfe politische Stellungnahme gegen diese Gruppe, welche die Voraussetzung für das Bestehen der ausgesprochen gegenrevolutionären Propaganda der Korsch-Schwarz in den Reihen der Kommunistischen Partei und Internationale ist.

Gerade die Ruth-Fisch-Maslow-Urbahns-Gruppe ist augenblicklich die gefährlichste und schädlichste Gruppierung in unserer Partei, da sie unter dem Deckmantel einer kominternfreundlichen und parteitreuen Argumentation antileninistische und unmarxistische Begriffe und Anschauungen mit aller ihr zu Gebote stehenden Demagogie und Diplomatie in die Partei einschmuggeln will.

Diese Gruppe ist weiterhin von dem Unglauben und Pessimismus an die freghafte Kraft des Proletariats wie an dem Aufstieg und sozialistischen Aufbau Sowjet-Rußlands behaftet und hindert durch ihr defaitistisches Geschrei und unsinnige Verdächtigungen wie „Die Komintern geht nach rechts", „Das ZK. steht unter dem Einfluß der Rechten", die Partei an der Zusammenfassung aller ihrer Kräfte zur Bewältigung der vor der Partei stehenden Tagesaufgaben und an ihrer inneren Konsolidierung.

Die Erweiterte Exekutive hat recht, gerade diese Gruppe als die politisch prinzipienloseste und zur Parteiführung am ungeeignetsten zu erklären, noch dazu, weil sie objektiv und tatsächlich durch ihre unklare und schwankende Stellungnahme nur den offenen Antibolschewisten à la Korsch und Schwarz in die Hände arbeitet.

Der Bezirksparteitag erklärt sich auch einverstanden mit der Stellungnahme der 6. Erw. Exekutive und des Zentralkomitees gegen alle rechten Gruppierungen, soweit sie noch in der Partei bestehen.

Der Bezirksparteitag billigt die Haltung der deutschen Delegation gegenüber der von der Genossin Klara Zetkin vertretenen Auffassung zur Frage des Oktober 1923. Der Bezirksparteitag sagt allen fraktionellen Sonderbestrebungen und Bindungen innerhalb der Partei den schärfsten Kampf an und fordert alle Parteigenossen auf, ehrlich und aktiv an der Durchführung der Politik, wie sie im Offenen Brief vorgezeichnet und durch die Erweiterte Exekutive erneut gutgeheißen worden ist, mitzuarbeiten.

Die Partei muß jetzt wirklich alle Kräfte zusammenreißen, die Normalisierung des Parteilebens beschleunigen, neue Führerkader herausbilden, den wachsenden Einfluß der Partei auf die breitesten Schichten der Arbeiterschaft, auf die Kleinbauern, Landarbeiter und Mittelstandsschichten organisatorisch auswerten und festigen.

Dies kann nur erreicht werden durch Aktivierung aller Mitglieder und Parteiorganisationen, durch den Ausbau der Parteidemokratie, die aber nichts zu tun hat mit irgendwelchen Konzessionen an parteischädliche und parteizerstörende Gruppen innerhalb der Partei.

Der Bezirksparteitag beauftragt die neue Bezirksleitung, mit aller Schärfe gegen diese parteifeindlichen Strömungen vorzugehen, bei gleichzeitiger unermüdlicher ideologischer Aufklärungsarbeit zur Gewinnung aller proletarischen Elemente, die sich in das Lager jener Gruppierungen verirrt haben.

Die Hauptaufgabe unserer Partei ist darum die schleunigste Liquidierung aller Fraktionskämpfe durch zähe und unermüdliche Aufklärungs- und Schulungsarbeit im Sinne des Marxismus-Leninismus, zur Bildung einer wirklichen bolschewistischen Partei.

Die Resolution für die politischen Gefangenen wurde einstimmig angenommen.

Die Resolution zur Erweiterten Exekutive sowie die Resolution zur politischen Lage und unseren Aufgaben wurden angenommen mit

125 Stimmen gegen 6 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260426-11/fragment/page=0009